INTERIM

15. April 1993

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info **Nr. 236** 2,50 DM

17.-21.4.1993 IOC-Prüfungskomision in Berlin

1.:

IOC-Bonzen angreifen!

2.:

Aktionstage gegen das IOC vom 17.4.-20.4.93

täglich um 22.00 Uhr:

"Trommelfeuer gegen das IOC"

trommeln, pfeifen, lärmen,...

Ort: Grand-Hotel (Friedrichstr./Behrenstr.)

- Utensilien bitte selbst mitbringen -

- letzte Infos auf der AKKraak-Fete am 17.4. im SO36 -

Sonntag, 18.4.93, **15.00 Uhr**

...8...9...aus! knock out Olympia!

Anti-Olympia-Demo: Treffpunkt Checkpoint Charlie/
U-Bahn Kochstraße

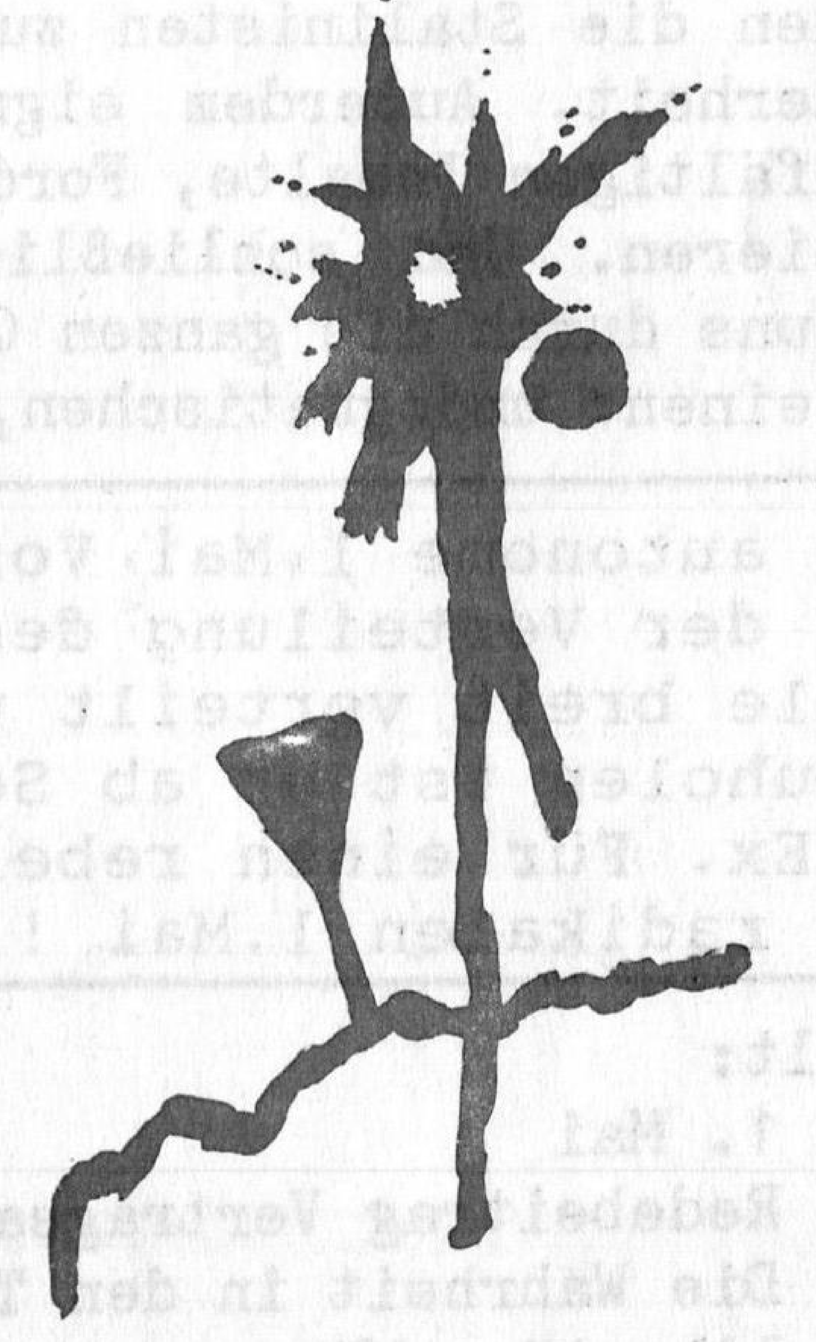
Ab Sonntag den 18.4. ab 19.00 Uhr ist das **EX/Mehringhof**

Info-Stelle für die NOlympia-Aktionstage

Montag, 19.4.93, **18.30 Uhr**

NOlympia-Fahrrad-Demo rund ums IOC.

Treffpunkt: Alex (Weltzeituhr)



3.:

OLYMPIA VERHINDERN!!

Hallo,
Wieder einmal ziert antiolympisches die Titelseite. Ob der Freude über den Besuch der IOC-Komission, konnten wir es nicht lassen.
Für dei Wettbewerbe der kommenden Tage wünschen wir allen Anti-Olympioniken und -Olympionikinnen viel Erfolg und gute Unterhaltung. In den letzten Wochen haben unsere VolxsportlerInnen ja schon eindrucksvoll unter Beweis gestellt, zu welcher Leistung sie in der Lage sind. Auch wenn dabei sein auch diesmal wieder alles sein sollte, möchte wir den vorbildlichen Einsatz unseres Anti-Olympioniken Carlo Weber hervorheben. Er hat es durch eine ausgezeichnete Medienarbeit verstanden, selbst die geringsten Sportaktivitäten ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu hiefen.
Riesig gefreut haben wir uns über die Existenz eines autonomen 1.Mai-Vorbereitungsplenums. Die benötigte Unterstützung sollten wir ihnen unbedingt zukommen lassen, wenn wir den Vereinnahmungsversuch der bisherigen Vorbereitungsgruppe etwas entgegensetzen wollen. Dieses wird von einigen ML-Gruppen und Stalinisten derartig dominiert, daß eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihnen kaum noch möglich scheint. Die Bereitschaft zur Kooperation mit ML-Gruppen erreicht ihre Grenze, wenn ein paar Kader versuchen, die vermeintliche Schwäche der selbstorganisierten Gruppen dazu zu nutzen, sich selbst an die Führung derjenigen zu stellen, die nichts von ihnen wissen wollen. Die 6-jährige Geschichte des 1.Mai ist lebendiger Ausdruck der Rebellion von unten gegen jede Form von Herrschaft und Ausbeutung (bei aller Widersprüchlichkeit). Die selbstbestimmten Kämpfe tausender Frauen und Männer lassen sich nicht vereinnahmen und auf Parteilinie bringen, sondern richten sich genau dagegen.
Trauriger Höhepunkt der ML-Politik ist die Arroganz mit der sie über die Bedenken hinwegfegen, welche von Prenzelberger Basisinitiativen an der Demo-Route geübt wurden (S.4). Zu kritisieren bleibt natürlich auch die Schlafmützigkeit der Autonomen, die den Funktionalisierungsversuch erst möglich gemacht hat. Trotzdem wünschen wir dem autonomen 1.Mai-Vorbereitungsplenum viel Erfolg bei ihrem Bemühen, der ML-Taktik noch etwas entgegenzusetzen. Egal, wie dies im einzelnen aussehen wird, wird entscheidend sein, daß alle die zur Demo kommen, auch den Charakter derselben, offensiv mit bestimmen. In einem Meer von Transparenten, werden die Stalinisten zu dem, was sie wirklich sind: eine verschwindend geringe Minderheit. Außerdem eignen sich Transparente auch hervorragend dafür, unsere vielfältigen Inhalte, Forderungen und Kämpfe gut sichtbar nach außen zu transportieren. Und schließlich geben sie der Demo den offensiven Charakter, den wir uns durch die ganzen Querelen nicht kaputtmachen lassen sollten.
Für einen: undogmatischen, rebellischen, antiautoritären, radikalen.....1.Mai!!!!

Das autonome 1.Mai Vorbereitungsplenum braucht Unterstützung bei der Verteilung des 1.Mai-Aufrufs. Er soll an möglichst viele breit verteilt werden, um so in die Mobilisierung einzugreifen. Abzuholen ist er ab Sonntag, 18.4., nach der Anti-Olympia-Demo im Ex. Für einen rebellischen, undogmatischen, widerspenstigen und radikalen 1.Mai !

Inhalt:

Ordner:
Fels-Seminar
Kerstin Winter
Familie Hachouche
Wenn die Anarchisten...
Androgyne Antirassistinnen
Fluchschrift
Bonner BrandstifterInnen

Impressum
Herausgeberin: Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

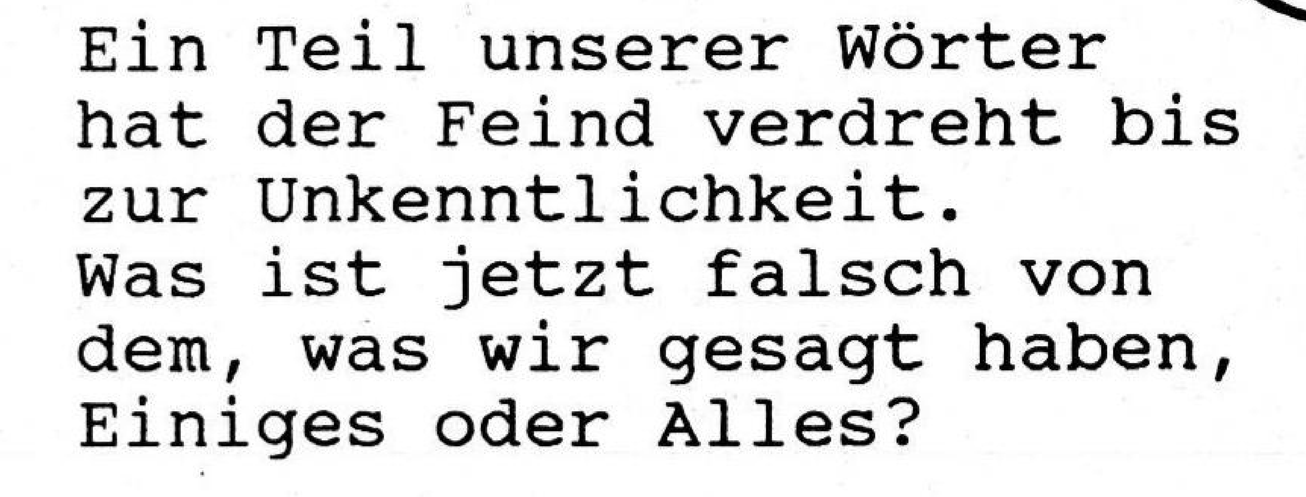
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Olympia 2000 verhindern!



Demo: 18.4., 15 Uhr
Checkpoint Charlie



AN DIE SCHWANKENDEN

Du sagst:
Es steht schlecht um unsere Sache.
Die Finsterniss nimmt zu.
Die Kräfte nehmen ab.
Jetzt nachdem wir so viele Jahre
gearbeitet haben, sind wir in
schwierigerer Lage als am Anfang.
Der Feind aber steht stärker da
als jemals, seine Kräfte
scheinen gewachsen.
Er hat ein unbesiegbares
Ansehen angenommen.

Wir aber haben Fehler gemacht,
es ist nicht zu leugnen.
Unsere Zahl schwindet hin.
Unsere Parolen sind in
Unordnung.

Ein Teil unserer Wörter
hat der Feind verdreht bis
zur Unkenntlichkeit.
Was ist jetzt falsch von
dem, was wir gesagt haben,
Einiges oder Alles?

Auf wen rechnen wir noch?
Sind wir Übriggebliebene,
herausgeschleudert aus dem
lebendigen Fluss?
Werden wir zurück-
bleiben, keine mehr
verstehend und von keiner
verstanden?
Müssen wir Glück haben?

So fragst du. Erwarte
keine andere Antwort als die
Deine





Was olle Brecht vor mehreren Jahrzehnten formuliert hat, scheint gerade wieder brandaktuell.
Mit Bestürzung haben wir die Protokolle des 1.Mai Vorbereitungsplenums verfolgt. Die Dominanz traditioneller ML Positionen und die "Brückenschlag Diskussion" zum DGB hat unserer Meinung nach die ursprüngliche Ausrichtung der 1. Mai Demonstration auf den Kopf gestellt. Sie ist, ohne die Vereinahmung durch DGB und Parteien, seit 1988 ein Ausdruck des rebellischen Berlins und Umland. Zehntausende haben sich dort versammelt, um ihre unterschiedlichen Ansätze widerständischen Lebens zu demonstrieren.
Einige dieser Ansätze stehen an grundsätzlichen Punkten im Widerspruch zu unseren feministischen Interessen, das müssen wir auch deutlich zeigen. Trotzdem war/ist diese Demonstration für uns eine Gelegenheit, mit unseren Positionen sichtbar zu sein. Schließlich sind wir ein Teil des widerspenstigen Berlins, und als solcher sind wir wild entschlossen, dies mit vielen frauen auch an diesem 1.Mai auf die Strasse zu tragen (sonst auch!!!).

Bringen wir unsere Parolen in Ordnung, fangen wir endlich an Antworten zu finden. Sicher werden es nicht immer die gleichen sein, aber nur wenn auch andere sie mitkriegen, können sie überprüft werden.

Für einen lautstarken, autonomen, undogmatischen radikalen, Frauenblock auf der 1.Mai Demo 1993.

VV 21.4.93 20 Uhr Versammlungsraum Mehringhof

1000 Berlin 61 Gneisenaustr. 2a

Erst kam das Kapital und dann die Revolutionäre, die aus langjähriger Kampferfahrung wissen, wos langgeht

Nun wissen wir es also genau: die revolutionäre 1. Mai-Demo kommt zu uns in den Prenzelberg. Wir planen seit längerer Zeit ein eigenständiges 1.-Mai Fest im Prenzlauer Berg, und dies in eindeutiger Abgrenzung von der sog. rev. 1.-Mai Vorbereitung. Von uns eingeladen, um unsere Ablehnung der Demo- Route entgegenzunehmen, legten sie uns freundlich, aber bestimmt, eine Kopie der Route vor, die sie sich ausgesucht hatten, bereit, das eine oder andere kleine Sträßchen mit uns zu diskutieren, nach dem Motto: Ihre Schlauheit und unsere Ortskenntnis! Rosenstraße und Scheunenviertel sollten die Highlights sein; plötzlich (?) für sie die Kultstätten des antifaschistischen Widerstands, die das Herzstück der diesjährigen revolutionären 1.Mai-Demo bilden sollten. Außerdem ließe sich die Demo mit den geplanten Olympiabauten im Prenzlauer Berg zusätzlich garnieren.
Daß die Route mitsamt ihrem Planungsstab von sämtlichen von ihnen angesprochenen Gruppen im Prenzlberg abgelehnt wurde, störte sie herzlich wenig.
Wenn sich zur Selbstlegitimierung des sog. Vorbereitungsplenums Inhalte und Bezüge für manche Westlinke (und nur um solche handelt es sich in diesem Vorbereitungsplenum) nur noch im Osten finden lassen, ist dies eine revolutionäre Bankrotterklärung, die sie bitteschön zu Hause abfeiern sollen.

Wir haben überhaupt keinen Bock:

- auf Zusammenarbeit mit Stalinisten.
- auf die Toleranz von Stalin- und Mao-Fressen auf Fahnen, die den Ossis zeigen sollen, wos langgeht
- auf die scheiß West-Arroganz, mit der der Osten/wir kolonisiert werden soll(en)
- auf eine Westszene, die stumpf hinter der Demo herläuft, egal wohin, egal ob Inhalte, hauptsache sie geht 13.00 Uhr O-Platz los.

Wir fordern von allen, die an der Demo teilnehmen wollen:
- den Boykott der Demonstration unter der Leitung dieses Plenums und der Route in den Prenzelberg.
- die entgültige Distanzierung von allen stalinistischen, maoistischen und sonstigen autoritären Gruppen

noch eine revolutionäre O.S.T.B.L.O.C.K. - Gruppe

ZITATE:

"Deshalb lassen wir uns von euch nicht vorschreiben, wo unsere Demo langgeht."

"Wir wollen durch den Osten laufen, weil ihr da so breite Straßen habt."

"Wir werden eure Ablehnung im rev. 1. Mai-Plenum vortragen, aber das wird sicher nichts an der Route ändern."

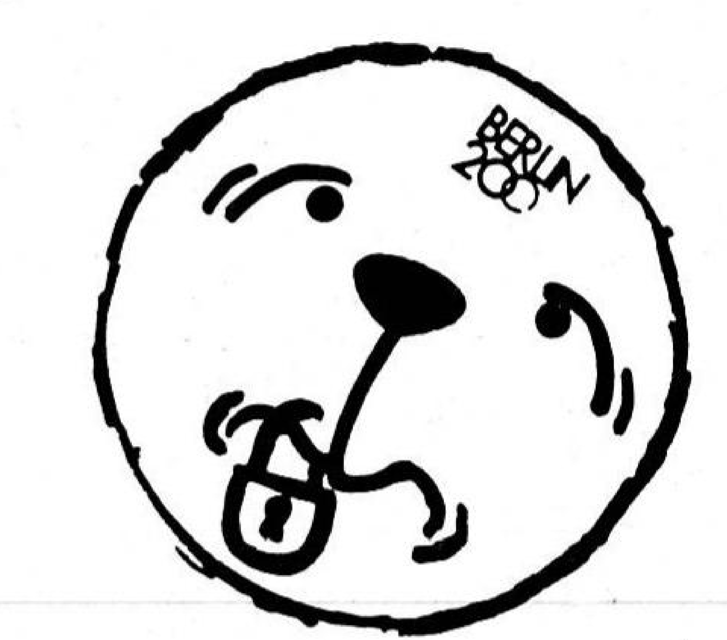
"Durch euer bewußtes Fernbleiben von unserem Vorbereitungsplenum habt ihr euch selbst ausgegrenzt und deshalb auch nicht mehr mitzureden." (Die SED begründete ihre Legitimation auf ähnliche Art und Weise: "Arbeite mit, plane mit, regiere mit!")

LESERBRIEF

Mit Begeisterung habe ich vernommen, daß die rev. 1.Mai-Demo so richtig durch den Osten gehen soll. Geschlagen mit dem Mal des zu spät geborenen durfte ich nicht alle Höhepunkte der sozialistischen Entwicklung in meiner so wundervollen soz. Heimat mitbekommen.
Ich mußte den Verrat am Sozialismus mit ansehen, die Konterrevolution miterleben. Endlich ist es mir wieder gegeben, den wahren Gedanken der Arbeiterklasse manifestiert zu sehen. Wehende Fahnen mit den Köpfen der einzigen revolutionären Führer- daß ich dies noch erleben darf!
Noch eine Bitte: ich fand die Militärparaden der Nationalen Volksarmee immer so toll. Kriegt ihr das vielleicht noch auf die Reihe?

Missionieren wir gemeinsam die durch das Kapital verirrten ~~Schafe~~ ArbeiterInnen des Ostens!

Ein einsamer Kämpfer aus dem Osten der Stadt



Bleiberecht VertragsarbeiterInnen, Kundgebung 7.4.93 Friedrichstr., Rede

Wenn die Regierenden von *humanitärer Aktion* reden, zucken wir unwillkürlich zusammen. Humanitäre Aktion, so bezeichnen die Regierenden die neue Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, die Armee-Abenteuer in Afrika und im Fernen Osten, - und: als humanitäre Aktion bezeichnen sie nun die Abschiebung der Vietnamesen und Vietnamesinnen, der Mosambikaner, Kubaner und Angolaner, die als VertragsarbeiterInnen einst in die DDR gekommen sind.

Die meisten haben sie schon abgeschoben. Von über 90.000 sind heute nur noch 15.000 in der Bundesrepublik. Die Abschiebungen der Vergangenheit liefen lautlos, im Windschatten der Pogrome.

Wer erinnert sich nicht an Hoyerswerda, an die rassistischen Ausschreitungen zuerst gegen die Mosambikaner, dann gegen die Flüchtlinge? Wer erinnert sich nicht an Rostock, an die rassistischen Attacken zuerst gegen die Flüchtlinge, dann gegen die VietnamesInnen? Das haben wir im Gedächtnis behalten, das haben wir ganz präsent vor unserem inneren Auge - aber daß die meisten Mosambikaner und VietnamesInnen unter dem Eindruck dieser Angriffe ausgewiesen wurden, darüber herrscht bis heute Schweigen. Das ist nicht bekannt, das ist in dieser bundesrepublikanischen Öffentlichkeit unterschlagen worden.

15.000 sind noch hier. Seiters der Innenminister will nun ihren weiteren Aufenthalt verknüpfen mit der Auflage, daß sie hier Arbeit finden. Sie kriegen aber keine solche Arbeitserlaubnis, da Arbeitsminister Blüm befohlen hat, daß zuerst Deutsche und EG-Ausländer die Arbeitsplätze bekommen. Es ist wie beim Hauptmann von Köpenick: Ohne Aufenthaltserlaubnis keine Arbeit, ohne Arbeit keine Wohnung, und wenn man keine Arbeit und Wohnung vorweisen kann, gibt es keine Aufenthaltserlaubnis - pardon, die VertragsarbeiterInnen sollen ja nur Aufenthaltsbefugnis kriegen. Aufenthalts*befugnis* - so heißt heute die unsichtbar gemachte Abschiebung, im Neudeutsch der Bürokraten.

Die ehemaligen VertragsarbeiterInnen werden abgedrängt in die Illegalität. Die werden hineingestoßen in andere Arten, in die häßlichen Arten der Einkommensbeschaffung. Und wer abgeschoben wird, so gut kennen wir doch auch von hier aus die Verhältnisse in Vietnam, Mosambik und Angola, wer abgeschoben wird, der kommt zurück. Illegal, versteht sich. Miserable Wohnbedingungen, Hungerlöhne, Polizeikontrollen, Großrazzien: Das soll der Alltag werden für einen Teil von uns, die wir uns hier versammelt haben, für einen Teil der Bevölkerung der BRD. Im Unterschied zum Hauptmann von Köpenick wird sich hier niemand mehr

trickweise als Polizist oder als Sachbearbeiter beim Arbeitsamt verkleiden können, denn die Gesellschaft, in der wir leben, soll aufgeteilt werden nach Hautfarbe, nach Sprache, nach Herkunft.

Der neue, staatliche Rassismus macht, daß jede Bevölkerungsgruppe einen eigenen legalen oder illegalen Sektor zugewiesen bekommt: Wie hieß es doch vorgestern im Radio, als in Marzahn ein Großaufgebot der Polizei aufmarschiert war: "Wenn man" - so hieß es im Radio - "wenn man auf die Vietnamesen zu sprechen kommt," - sagte der Reporter "denkt man sofort ..." - ja in solchen Verhältnissen leben wir, sag mir, aus welchem Land du kommst, und ich sage dir, was du in dieser Hackordnung machen darfst: Ob du Tariflohn bekommst oder nur zwei oder drei Mark die Stunde. Ob du eine Arbeitserlaubnis bekommst oder ob du auf der Straße Dinge verkaufen mußt. Ob du in Ruhe dich auf der Straße bewegen kannst oder ob du von Schlägen und Schlimmerem bedroht bist. Sag mir woher du kommst, und ich sage dir, wie du hier wohnen darfst. In einer halbwegs vernünftigen Wohnung oder in Heimen und Lagern. In Fünfbett-Zimmern oder auf der Straße. Sag mir welchen Paß du hast, und ich weiß, ob dieser Staat dich ausweisen wird.

Asyl*kompromiß*. *Fortbildungs*programm für Vertragsarbeiter. Aufenthalts*befugnis*. Abschiebe*gewahrsam*. Welche Lüge, welche Feigheit, sie wagen es nicht, den staatlichen Rassismus beim Namen zu nennen.

Wo leben wir? In welcher Zeit leben wir?
Deutschland, bleiche Mutter,
Wie sitzest du besudelt
Unter den Völkern.
Warum preisen dich ringsum die Unterdrücker, aber
Die Unterdrückten beschuldigen dich?
Die Ausgebeuteten
Zeigen mit Fingern auf dich, aber
Die Ausbeuter loben das System
Das in deinem Hause ersonnen wurde!

Nach dem Nazifaschismus, in den fünfziger, in den sechziger Jahren sah ich als Kind die Italiener. In Westdeutschland. Die wurden damals harmlosklangvoll Gastarbeiter genannt. Damit sich keiner an die Geschichte der Fremdarbeiter erinnern sollte. Die Italiener, die ich damals sah, lebten am Waldrand in Holzbaracken. Sie arbeiteten für Bosch-Blaupunkt und sollten nach ein paar Jahren Maloche zurück nach Italien. Was hat es damals für Debatten, für Kämpfe gegeben. Schließlich haben sie es geschafft, wie wir alle wissen, weit vor der EG-Regelung konnten sie wie auch die TürkInnen, die GriechInnen, die SpanierInnen durchsetzen, daß sie hierbleiben. Mit Einschränkungen, für den Staat sind sie nach wie vor Menschen zweiter Klasse.

Und heute, die Roma und Sinti? Die ehemaligen VertragsarbeiterInnen? Die Flüchtlinge? Wir sehen: Die Herrschenden sind nicht humaner geworden, auch wenn im heutigen Amtsdeutsch Abschiebungen als humanitäre Aktion deklariert werden.

Aber wir wissen, daß es nicht so sein wird, wie sie sagen:

Der Staat kann machen, was er will, aber die VietnamesInnen und Mosambikaner werden hierbleiben, oder sie werden zurückkommen!

Hungerlöhne und Wohnmisere gibt es bereits, hier unter uns, aber das ist für uns keine Lösung, das wird nicht gutgehen, das nehmen wir nicht hin!

Und an den Grenzen: Da stellen sie Bundesgrenzschutz auf, noch und nöcher; aber auch wenn sie die Grenzen schließen, werden die Menschen kommen!

Und noch eins: Auch die Abschiebeknäste werden keinen ewigen Bestand haben!

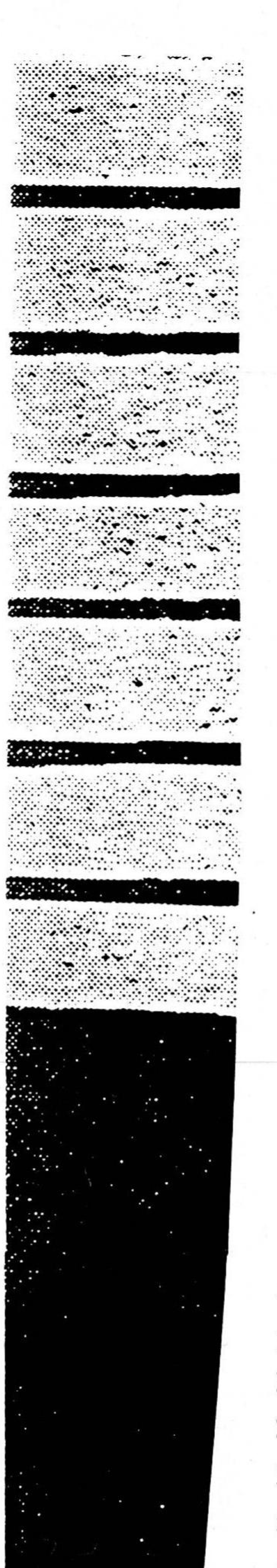
Die ehemaligen VertragsarbeiterInnen bleiben hier!

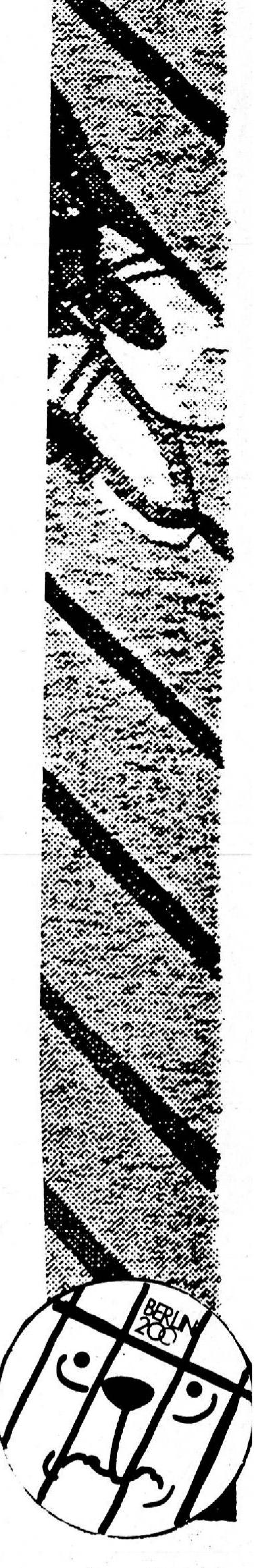
DIE WAHRHEIT IN DEN TATSACHEN SUCHEN !

Einige allgemeine, spezielle und sonstige Überlegungen, Thesen und Gedanken:

"Keinem wird es schlechter gehen." -
3,5 Millionen offizielle Arbeitslose; 2,7 Millionen versteckte Arbeitslose; 4,2 Millionen SozialhilfeempfängerInnen; 450000 angekündigte Entlassungen. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Wir befinden uns in einer Krise. Nach dem Aufschwung der achziger Jahre herrschte der Glauben, daß die Krise überwunden sei. Das tayloristisch-fordistische Akkumulationsmodell war ausgelaufen. das heißt, Massenproduktion (kennzeichnend dafür: das Fließband) und Massenkonsum der ArbeiterInnenfamilien stießen an die Grenzen der AkkumulationsHERRschaft. Die Kapitalisten konnten die Abnahme des Produktivitätsfortschritts nicht hin-

aus AUSBRUCH, 3.93






nehmen. Die tayloristisch-Fordistische Arbeitsorganisation führte zum Rückgang der Profitrate. Neue ökonomische Strukturen mußten durchgesetzt werden,d.h.,neue Arbeitsorganisationsformen und Produktionstechniken (z.B. die Mikroelektronik). Trotz der Unprognostizierbarkeit in bezug auf die jetzigen sozio-ökonomischen Strukturen (einige nennen es Postfordismus) einige Versuche,zu umreißen,was HERRschende gesellschaftliche Tendenzen sind,und mit denen mensch im Prozeß der Umstrukturierung zu rechnen hat.
Neue Technologien sollen die Produktivität der Arbeit entscheidend vergrößern. Das ist der Weg,den der Kapitalismus immer gehen muß,wenn nicht einfach zu barbarischen MItteln der absoluten Mehrwertproduktion übergegangen werden kann: Informationstechnologie, Biotechnik, Dienstleistungsrationalisierung.
MITTELS EINER NEUEN PRODUKTIONSTECHNIK SOLL EIN NEUES AKKUMULATIONSMODELL HERGESTELLT WERDEN.

Auf der Ebene von Staat und Politik heißt das: Umbau des Sozialstaats (BZW. ABBAU !),Schwächung der Gewerkschaften,Privatisierung.
Die Ausdifferenzierung der Arbeitsbedingungen geht rapide voran.Es entstehen ganz neue Typen von Beschäftigungsverhältnissen,die sich sehr stark unterscheiden von den gut gesicherten,stark reglementierten Arbeitsverhältnissen im Fordismus. Die lohnabhängige Mittelschichten,die während des Fordismus immer bedeutungsvoller geworden sind,differenzieren sich im Zuge der Dienstleistungsrationalisierung ganz erheblich.Es gibt ganz neue und relativ starke Spaltungs-und Marginalisierungsprozesse in der Gesellschaft,die sich in der Ausdehnung von subproletarischen Schicht,von Dauerarbeitslosen und von nicht in der Produktion integrierten Jugendlichen ablesen lassen.
DIES MÜSSEN WIR ALS LINKSRADIKALE BEI DER ANALYSE DER RASSISTISCHEN MOBILISIERUNG MOMENTAN MITEINBEZIEHEN.
Allein in den westlichen Bundesländern ist der Abbau von weiteren 450 000 Arbeitsplätzen bereits angekündigt.
Mit insgesamt 5,2 Millionen erreicht die Arbeitslosigkeit selbst nach offiziellen Zahlen schon jetzt die Dimension der Weimarer Republik:
3,5 Millionen Erwerbslose, 1Million KurzarbeiterInnen und 1,7 Millionen Menschen in Weiterbildungsmaßnahmen,ABM usw. Der jüngst beschlossene Stopp aller neuen ABM-Maßnahmen (mit 250 000 Arbeitslosen mehr) ist als weiterer Angriff auf die Klasse zu werten.



Diese Krisenprozesse lassen sich solange nicht beseitigen,wie die Kapitallogik sich durchsetzt und vorHERRscht.
Nachdem das fordistische Kreislaufmodell,also die Produktionsausweitung durch Massenkonsum der ArbeiterInnenfamilien, zum Auslaufmodell geworden ist, sieht die Regierung Kohl gar keinen Grund die Krise durch eine antizyklische Politik etwas zu mildern.Sie fährt prozyklisch (Sparpolitik) und verschärft dadurch die Krise. Die Hauptlast des Abrisses des Sozialstaats tragen die Frauen.
Klaus Kinkel beschreibt die momentane Situation beim IHK-Empfang in Offenbach ungeschminkt wie folgt: Die deutschen Arbeitnehmer,die heute klagen,sollen sich das Schicksal der 4 Milliarden Drittweltbewohner vor Augen halten:Schon bei der Geburt zu wissen,daß es niemals eine Chance im Leben geben wird.
Er beweist damit,daß das Zusammenspiel von Kapitalismus und Sozialstaat/Demokratie ein Kompromiß, ein historischer Kompromß für die Metropolen (und im besonderen für Westeuropa und die BRD) war.

Diese Tatsachen und Tendenzen müssen die Konstituierung (verfasstheit) der Fundamentalopposition als Antifa bzw. FlüchtlingsunterstützerInnen aufbrechen.



Es geht nicht darum,die "Arbeiterklasse" als DEN Bezugspunkt wiederzufinden und wahre Kopfstände zu machen,um zu erklären was den jetzt die Klasse ist.
Es geht auch nicht darum,die Flüchtlinge wie heiße Kartoffeln als Objekte unseres Politikbetreibens fallen zu lassen und den Weg zu den rassistisch "verblendeten" ArbeiterInnen,die ihren "Haß auf die Gesellschaft" doch bitteschön nach oben und nicht gegen Flüchtlinge wenden mögen, zu finden.
Schlechtes und fürchterliches Beispiel hierfür ist ein autonomes Flugblatt zu den Pogromen in Mannheim-Schönau.Dort wurde unter der Überschrift "REBELLION IST GERECHTFERTIGT - Aber so geht es nicht!" ein Versuch gestartet,die deutschen RassistInnen zu "überreden",ihre Wut über Mieterhöhung,Vernachlässigung des soz. Wohnungsbaus und so weiter gegen die HERRschenden zu richten.
Damit fallen wir hinter den Stand vieler Diskussionen erschreckend zurück.
Nocheinmal ganz kurz:

RassistInnen sich immer noch als sozial Deklassierte vorzustellen,die von den Auswirkungen der Kapitalistischen Wolfsgesellschaft ganz direkt betroffen sind und von Politikern...,den HERRschenden verführt werden, an ihrer Stelle "Nicht-Deutsche" anzugreifen,ist albern und sollte in die Schublade des vulgärmarxistischen Haupt-und Nebenwiderspruchsdenken verbannt werden.
In sofern muß die Mehrschichtigkeit (der Gründe) der aktuellen rassistischen Mobilisation auch immer wieder betont werden.
Aber es muß uns als Linksradikale doch auch darum gehen,nicht nur einen antirassistischen Abwehrkampf und Flüchtlingsunterstützung zu betreiben.
Wir müssen auch Antworten geben können auf die sozio-ökonomische Entwicklung in Großdeutschland.
Es wäre auch nicht schlecht das autonome,kollektive Gedächnis wieder aufzufrischen und eine gewisse Kontinuität linksradikaler Aktivitäten hinzukriegen.
Was ist zum Beispiel mit den Jobber-und Erwerbsloseninis geworden ?!

"Das Ziel von allen unseren Kämpfen ist die Überwindung des kapitalistischen Systhems,der Kampf für eine herrschaftsfreie,klassenlose Gesellschaft.(...)
Wenn wir eine herrschaftsfreie Gesellschaft errichten wollen,dürfen wir auf dem Weg dahin nicht die hierarchische Abgrenzung vollziehen,zwischen uns,dies angeblich gefressen haben, und dem Rest der Klasse,den "Normalos".Was nicht heißt,das wir das,was un s ausmacht,zurückzunehmen,sondern vielmehr die Ideologien und Anschauungen, die die Menschen in das System einbinden und isolieren (Volksgemeinschaft, neue Mütterlichkeit,"wenns der Wirtschaft gut geht,gehts uns auch gut",Arbeitsethos, Rassismus, Frauenunterdrückung (...),kapieren und über ihre Entlarvung und die Vermittlung,wies anders geht,Knacken."

Soweit ein Zitat aus der Karlsruher Stadtzeitung von September 84 (dem Wildcat-Vorgänger). Rassismus wurde,das zeigt sich auch in der Textpassage, in den Überbau,zu den "Anschauungen und"I deologien" verbannt,es darf nicht darum gehen, Sexismus und Rassismus nur zu "Kapieren", sondern offensiv anzugreifen.
Doch diese Blinden Flecken der operaistisch-klassenkämpferischen Fraktion der Autonomen darf uns nicht dazu bringen, antikapitalistische Rhetorik und Praxis aufzugeben.
Wir sollten nicht nur über die Analyse des Rassismus zu einer Kritik an der Ökonomie,an dem Kapitalismus kommen.

WER NICHT ÜBER PATRIARCHAT UND SEXISMUS REDEN WILL,

SOLLTE ZU ANARCHISMUS SCHWEIGEN

Auf den ersten beiden Tagen dieses Libertären Kongresses HERRschte eine frauenfeindliche, von Männern dominierte Atmosphäre.

Es gab verschiedene Formen von patriarchalem Verhalten und Strukturen:

- Eine Frau wurde von einem Mann zusammengeschlagen, ohne daß andere anwesende Männer eingriffen
- es gab sexistische Anmache
- es gab Versuche von Männern, in Frauenschlafräume zu gelangen
- Frauen wurden bedroht (auch unter Alkoholeinfluß)
- auf der Demo gab es martialisches Auftreten von Männern (massive Störung des FrauenLesben-Blocks, Zeigen des erhobenen Mittelfingers)
- WIE IMMER: männlich dominantes Redeverhalten
- ...

Dies sind nur einige Beispiele sexistischer Männergewalt auf den Libertären Tagen.

Erst nach all diesen Vorfällen fand am Samstag auf Druck der Frauen ein Männerplenum statt, auf dem die Auseinandersetzung mit dem stattgefundenen und dem eigenen sexistischen Verhalten von vielen Männern verweigert wurde. Stattdessen wurde mehr über Obdachlosigkeit, Alkohol und Sicherheitsdienste geredet. Es zeigte sich, daß es auch unter anarchistischen Männern viel zu wenig Auseinandersetzungen (bzw. Bereitschaft) dazu gibt, über patriarchale Strukturen zu reden.

Diese patriarchalen Strukturen und Verhaltensweisen und unser Umgang damit sind kaum anders als die patriarchalen Strukturen der Gesamtgesellschaft und entsprechen keineswegs den libertären Ideen. Wir denken, daß jeder Mann sich mit seinem eigenen patriarchalen Verhalten auseinandersetzen muß. Jeder Mann hat die in dieser Gesellschaft stattfindende patriarchale Sozialisation durchlaufen. Auch wer sich selbst als Anarchist definiert, übt immer wieder patriarchale Gewalt aus, auch wenn er das subjektiv nicht will. Das müssen wir uns bewußt machen und daran arbeiten.

NEHMEN WIR ENDLICH UNSERE ANARCHISTISCHEN IDEEN ERNST!

Wir fordern für die restlichen Libertären Tage:

- Rückzug aller Männer aus den gemischten AGs und Auseinandersetzungen über den eigenen Sexismus, auch in Verbindung mit anderen politischen Bereichen
- es zu respektieren, wenn Frauen sich von Männern bedroht fühlen, auch wenn wir das nicht so empfinden
- Achten wir auf unser eigenes Verhalten und das der anderen, greifen wir ein!
- freiwilliger Verzicht auf Alkohol

Wir fordern bzw. schlagen vor für die Zukunft:

- Thematisierung von Patriarchat und Sexismus - tragen wir die angefangenen Diskussionen in unsere Strukturen zuhaus!
- strukturelle Änderungen für nachfolgende gemischte Kongresse:
  - Männereingangs- und abschlußplenum
  - geschlechtsgetrennte AGs mit nachfolgendem Austausch
  - freiwilliger Verzicht von Männern auf Alkohol
- Veranstaltung eines Männerkongresses zum Thema Sexismus und Patriarchat

TRAGEN WIR DIE AUSEINANDERSETZUNG ENDLICH IN UNSEREN ALLTAG!

Einige Männer aus der Männer-AG

Trefen für die Männer aus Berlin, die bei den libertären Tagen in Frankfurt ware: DO. 22.4.93 im blauen Salon, 20.00 Uhr



Aufruf zum
PROFEMINISTISCHEN MÄNNERMEDIENARCHIV

Wer wir sind: Wir sind bisher vier Männer und wollen in Hamburg ein solches Archiv aufbauen. Wir wollen dazu noch mehr werden um dann noch einen Männerrundbrief vom Archiv aus herauszugeben. Das Archiv selbst wird vermutlich im Rahmen des "Archivs für soziale Bewegungen", im Stadtteilzentrum "Rote Flora" Platz finden. Bisher gibt es bereits ein Postfach im Infoladen Schwarzmarkt. Im Männercafe im Döse sind wir auch des öfteren anzutreffen. Dieses Positionspapier stellt erst einen vorläufigen Stand dar. Eine Voraussetzung für das Projekt ist eure Mitarbeit daran. Wie diese aussehen kann ist unten näher beschrieben. Allerdings sei hier schon gesagt das wir uns über Post mehr als freuen, und Spenden dringend benötigt werden.

Aufgaben und Zweck des Archivs:

- Sammeln von aktuellen Auseinandersetzungen zu Vergewaltigung, Patriarchat, Männerstrukturen, usw. in linken Gruppen.
- Sammeln von Papieren die versuchen antipatriarchale Schwerpunkte in herkömmliche Politansätze (Internationalismus, Rassismus, usw.) einzubauen.
- Kritikpapiere an linken Strukturen oder Männerverhalten allgemein.
- Diskussionspapiere zur Entwicklung von positiven Männeransätzen.
- Sammeln von sonstigen antisexistischen Männermedienbeiträgen (Artikel, Radiosendungen, Videos, Plakate, usw.).
- Dokumentieren von Männeraktionen gegen Sexismus und Patriarchat.
- Sammeln von sonstigem Männerbewegtem.
- Dokumentieren des gesammelten in Rundbriefen (siehe hierzu den Absatz "profeministischer Männerrundbrief")

Ziele des Archivs:

- Darstellung der Auseinandersetzungen der linken Männerszene.
- Ansätze liefern für eine "radikale Männerbewegung".
- Darstellen wie Bedürfnisse von uns Männern aussehen können, bzw. was sich an unserem Verhalten unter uns ändern sollte.
- Aufarbeitung von linken Männermyhten.
- Entwicklung neuer Revolutionsansätze.
- Kritische Reflektion des linksradikalen Alltags, bzw. Männerverhalten in Internationalismusarbeit, Antifa, usw.
- Forum für bundesweite Diskussionen antisexistisch orientierter Männer.
- Ausdruck unseres Bedarfs an neuen Befreiungsansätzen. Gerade auch für unsere "Befreiung".

ZUM PROFEMINISTISCHEN MÄNNERRUNDBRIEF

Erscheinungsweise: Am liebsten 1- oder 2- monatlich. Notfalls aber auch vierteljährlich oder unregelmäßig. Hängt von der Praxis bzw. ob Post kommt ab.

Zweck des Rundbriefes:

- Veröffentlichung von Artikeln, Flugies, und anderem das beim Archiv landet.
- Terminveröffentlichungen.
- Diskussionsforum (Hängt von Erscheinungsweise ab)
- Verbreitungsorgan für Aktionen oder Kampagnen
- Berichte/Protokolle von Männertreffen (Zb Libertäre Tage, Infoladenmännertreffen, usw).
- Redaktioneller Teil in Form von Schwerpunktthemen zu Männerantifa, profeministischer Internationalismus, MRT, Männercafes, Vergewaltigung bzw. unser Umgang mit Vergewaltigern, usw.

Ziele des Rundbriefes:

Ausdruck bzw Forum von radikalen, antisexistischen, antirassistischen Männern. Forum für Männerdiskussion, bzw Themen die damit einhergehen. Klar... suche nach neuen Befreiungsansätzen. Antreibendes Blatt für die isolierten Männerzusammenhänge in der Großstadt und der Provinz. Raus aus der Festung der Einsamkeit.

Voraussetzungen:

Bedarf, mind. 250 Stück Auflage, Erhalt von Papieren aus der Szene, bzw funktionierendes Archiv, Beteiligung von Männern an Diskussionen, Redaktionelle Mitarbeit von anderen Städten, zb durch Vergabe von Schwerpunktthemen an interresierte Gruppen und Einzelpersonen.

Wichtig:

Im Projekt sollte auch über Männerspezifisches hinaus, an neuen Befreiungsansätzen gebastelt werden, in denen alle Formen von HERRschaft und Unterdrückung aufgegriffen werden sollten. Es gibt keine Befreiung von unserer

Männerrolle ohne die Befreiung der Gesellschaft von jeglicher Form von Privilegien und Macht. Bis zur Realisierung des Rundbriefes wird es sicherlich noch dauern. Trotzdem, oder gerade deswegen wäre es von Interesse für uns, was für Interessen ihr am Rundbrief hättet , bzw. ob ihr ihn abonnieren wolltet.
Wenn ihr weiteres Interesse am Archiv habt könnt ihr uns 10.- dm schicken. Dafür erhaltet ihr dann, solange das Geld reicht, erste Rundbriefe von uns über die Entwicklung des Archivs und des Rundbrief/Zeitungsprojektes.

UNSER AUFRUF AN EUCH !

BETEILIGT EUCH AM PROJEKT
SCHICKT UNS ARTIKEL, FLUGIES, AKTIONSBERICHTE, USW.
SCHREIBT UNS OB IHR LUST HÄTTET EIN SCHWERPUNKTTHEMA ZU MACHEN, DEN RUNDBRIEF ZU ABONNIEREN, ODER/UND ZU VERKAUFEN.
SPENDET GELD FÜR DAS PROJEKT

Postadresse: Profeministisches Männermedienarchiv, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36
Spendenkonto: Christian Reichert, Kontonummer: 1201/ 475702, Hamburger Sparkasse, Bankleitzahl: 200 505 50 * Stichwort: Männerarchiv*

Weshalb der Zusatz "PROFEMINISTISCH" beim Archiv und Rundbrief ?

Jede Auseinandersetzung mit der Männerrolle muß eine Auseinandersetzung mit der eigenen HERRscherrolle beinhalten. Es gibt, ohne die Einbeziehung der Bedürfnisse anderer, keine Befreiung von der patriarchalen Zurichtung zum Mann. Denn meist sind es eben auch unsere Privilegien, die den Bedürfnissen von FrauenLesben, Schwarzen, MigrantInnen oder anderen im Wege stehen. Und somit letztlich auch uns selbst, auf dem Weg in eine HERRschaftsfreiere Gesellschaft.
Gerade in der sogenannten Männerbewegung ist die HERRscherrolle oft kein Thema mehr. Gesucht wird vielmehr eine, mehr oder weniger individuelle, von der Gesellschaft losgelöste "Befreiung". Die Auseinandersetzung mit eigenem und strukturellem Sexismus, bzw. weiteren Unterdrückungsverhältnissen wie Rassismus oder Imperialismus, wird dort oft als kontraproduktiv erlebt. Als Behinderung auf dem Weg zur Individuellen "Befreiung".
Wir vertreten die Meinung, daß ein solches Vorgehen zwar punktuell das eigene Verhalten ein wenig verändern kann, aber das grundsätzliche Zwangs- und Gewaltverhältnis hierbei erhalten bleibt. In einer patriarchalen Gesellschaft, erzeugt auch jedes neue Männerleitbild wieder patriarchale Rostflecken, wenn es nicht ständig hinterfragt wird. Veränderung braucht kollektive Formen die jede Art von HERRschaft ablehnen.
Wir beziehen uns in unseren Positionen ausdrücklich auch auf Positionen von FrauenLesben. Das heißt, FrauenLesbenpositionen waren ein Ansatz für uns mit unserer HERRscherrolle auseinanderzusetzen, und dadurch verdrängte Bedürfnisse von uns, auch wieder mehr wahrzunehmen. Wir wollen (und können?) Frauenlesbenbedürfnisse weder übernehmen noch diese ignorieren. Wir wollen diese aber wahrnehmen und uns dazu verhalten.
Wir denken, das jedes antisexistische Engagement von uns Männern nur dann ein Ziel für uns bilden kann, wenn wir darauf zustreben dabei das Verhalten unter uns Männern aufzubrechen. Wenn wir (wieder?) lernen uns mehr Nähe zu geben und Verantwortlich mit uns umzugehen. Aber wir glauben auch, daß sich nur ein neues reaktionäres Männerleitbild entwickelt, wenn wir die Augen für die Bedürfnisse anderer, nicht offenbehalten.
Wir müssen Die Gesellschaft entwickeln oder sie entwickelt uns. Das heißt, daß neben dem eigenen Verhalten auch die bestehende Welt(UN)ordnung verändert werden muß, wenn unser Alltag nicht weiterhin fremdbestimmt verlaufen soll. Wir, als weiße Männer sollten dabei im Bewußtsein behalten, daß wir in erster Linie Profiteure und nicht Opfer des Systems sind.
Eine radikale Männerbewegung sollte unserer Meinung nach zwei Schwerpunkte gleichzeitig haben:

1.) Die Aufarbeitung unseres eigenen Verhaltens in Männergruppen, mit dem Ziel, Bedürfnisse wie Nähe und Wärme wieder empfinden und geben zu Können.

2.) Den Kampf gegen alle Formen von HERRschaft (patriarchaler, imperialer, kapitalistischer, usw.) mit direkten Aktionen und Aufklärung "auf der Straße".

Eine radikale Männerbewegung muß nach unserem Verständnis immer auch profeministisch sein. Wir würden uns wünschen, daß dies so wäre, und somit der Zusatz profeministisch, vor Männermedienarchiv gestrichen werden könnte. Doch dem ist leider nicht so. Eine Auseinandersetzung mit der Männerrolle, ohne antisexistische Grundlage, wird unseren Ansprüchen nach HERRschaftsfreiheit nicht gerecht. Trotzdem ist es Voraussetzung für unsere "Befreiung", daß wir uns eigene Ansätze, Wege und Formen eines freieren und gefühlvolleren Zusammenlebens, unter uns entwickeln.
Wenn wir sagen, daß wir uns den Alltag unter uns Männern wärmer gestalten wollen, dann heißt das auch, daß wir es Männern schwerer gestalten wollen (letztlich auch uns), ihre Privilegien auszuleben. Ansonsten wären wir doch zu schnell wieder auf dem Weg zu Männersolidarischen Strukturen, die auf Kosten von FrauenLesben und anderen gehen. Und das wär nu wirklich nix neues.......

die archivmänner, märz 93



INTERVIEW MIT EINER REVOLUTIONÄREN ZELLE

Auf den folgenden 11 Seiten gibts ein Interview, das welche von uns mit einer rz gemacht haben. Da die GenossInnen selber schon eine Einleitung gemacht haben, sparen wir uns lange Worte. Wir wollen euch noch mal auf das ID-Buch "Früchte des Zorns" hinweisen, das eine hervorragende Dokumentation der bisherigen rz-Geschichte darstellt. Lohnt sich auf jeden Fall! Und sonst? Mit dem Lay-out wirds leider etwas eng, macht euch auf enge Buchstaben und Bleiwüsten gefasst.

Im letzten Jahr ist von einer revolutionären zelle ein Papier veröffentlicht worden, in dem sie das Ende ihrer Politik erklären und begründen. Seither gab es eine umfassende Diskussion zu den Positionen der revolutionären zellen und ihrer Aktionen wie schon lange nicht mehr.
Wir, eine revolutionäre zelle, die sich an der Flüchtlingskampagne beteiligt hat, möchten uns zu der Kritik äußern und unsere Positionen darlegen. Einige Genossinnen und Genossen von der radikal haben Fragen aufgeschrieben, auf die wir nun schriftlich und öffentlich antworten wollen.
Unser Interesse ist, daß an den Fragen und Antworten weiterdiskutiert wird, weil wir die breite Auseinandersetzung zur Flüchtlingskampagne und zur Politik der revolutionären zellen besonders jetzt dringend für nötig halten. Wir können und wollen nicht losgelöst von Menschen und Gruppen, die radikalen Widerstand entwickeln, unsere bisherige militante Politik fortsetzen.
Die Diskussionsergebnisse werden einen Einfluß auf unsere weitere Politik haben.
Unsere Diskussion bezieht sich hauptsächlich auf die Positionen im Papier "Das Ende unserer Politik". Die Diskussionen um das Papier "Gerd Albartus ist tot" finden wir genauso wichtig, obwohl wir jetzt nicht darauf eingehen.
Lest und diskutiert den Text, spart nicht mit Kritik und schreibt was dazu. Gebt die Sachen rum, veröffentlicht sie auch in euren Medien.
Wer sich mit der Geschichte der revolutionären zellen und der roten zora bis heute auseinandersetzen will, kann jetzt eine aktuelle Zusammenfassung von ihren Texten unter dem Titel "Früchte des Zorns" über den id-verlag beziehen.



radikal: Ihr gehört nicht zum Traditionsverein der revolutionären zellen. Wie seid ihr dazu gekommen, euch revolutionäre zellen zu nennen. Um euch mit der Flüchtlingskampagne des Traditionsvereins in einen politischen Zusammenhang zu stellen und dazu kontinuierlich was zu machen, hättet ihr euch auch einen anderen Namen geben können. Ihr hättet dann rüberbringen können, daß ihr andere seid, die sich aber politisch auf die Flüchtlingskampagne beziehen. Warum habt ihr euch anders entschieden?

Eine revolutionäre zelle: Dazu müssen wir etwas weiter ausholen. Wir sind eine Gruppe von Frauen und Männern, die sich zum autonomen bzw. feministischen Spektrum zählt. Schon bevor wir uns als revolutionäre zelle an der Flüchtlingskampagne beteiligten, ging es uns um die Entwicklung von militantem Widerstand. Auf einen thematischen Bereich hatten wir uns nicht festgelegt, aber internationalistische Bezüge versuchten wir immer herzustellen. Unsere Aktionen begriffen wir auch als Beitrag für die Diskussion über militanten Widerstand. Die erhoffte Auseinandersetzung kam aber nicht zustande.
Wir stellten uns folgende Fragen: Wie können wir die Bewegungsorientiertheit und die damit verbundenen Hochs und Tiefs mit einer politischen Kontinuität ein Einklang bringen? Wie ist darin militanten Widerstand perspektivisch zu gewährleisten und weiterzuentwickeln? Die revolutionären zellen standen uns stehen mit ihrem Konzept genau für dieses Bemühen, dem militanten Widerstand eine Kontinuität zu verleihen. Sie hatten den militanten Kampf nie als ausschließlichen Schwerpunkt bestimmt. Ihr erklärter Anspruch war es immer, Teil der Bewegung zu sein, deren Stand und Diskussionen mitzubekommen und ihre Stärken und Schwächen zu kennen. Dieses Selbstverständnis hat für uns auch heute noch seine Gültigkeit.
Das von den revolutionären zellen propagierte Konzept der "Vermassung" - wir nennen es Verbreiterung - daß sich also möglichst viele Gruppen als revolutionären zellen eigenständig organisieren sollen, finden wir nach wie vor richtig. Jede Gruppe muß sich selbst die Voraussetzungen für ihren militanten Kampf schaffen und sich in Diskussionen die eigenen Inhalte erarbeiten. Dazu stehen wir, auch wenn wir Kritik daran haben, wie dieses Konzept teilweise aufgegriffen und umgesetzt wurde.
Spätestens mit der Flüchtlingskampagne '86 war nicht mehr klar, ob das Prinzip der revolutionären zellen noch seine Gültigkeit hat. Die "Vermassung" wurde nicht mehr propagiert. Zum ersten Mal wurde mit der Flüchtlingskampagne ein thematischer Schwerpunkt gesetzt, ohne daß es eine Bewegung im linksradikalen Spektrum dazu gab.
Dies und die Tatsache, daß die Flüchtlingskampagne von einem geschlossenen Kreis von revolutionären zellen getragen wurde, warf für uns die Frage auf, ob es überhaupt möglich ist, sich als neue revolutionäre zelle an der Flüchtlingskampagne zu beteiligen. Aus verschiedenen Überlegungen haben wir uns dann dafür entschieden.
Für uns als gemischt Gruppe war es von Bedeutung, daß wir uns auf die Geschichte der beiden militanten Zusammenhänge revolutionäre zellen und rote zora beziehen konnten. Uns ist klar, daß sich der Widerspruch, aus einem gemischten Zusammenhang heraus gegen patriarchale Strukturen zu kämpfen, nicht auflösen läßt. Nur durch ständige Auseinandersetzungen läßt sich auch in einer militanten Gruppe eine Basis zur Zusammenarbeit erhalten bzw. weiterentwickeln. Das heißt nicht, daß an ihr um jeden Preis festgehalten werden muß. Organisierung von Frauen entwickelt sich unabhängig von Männern und gemischten Zusammenhängen und zum Teil aus Konfrontation und Abgrenzung heraus. Zwischen den Männern und Frauen der

revolutionären zellen sind solche Prozesse gelaufen und Frauen haben die ihnen notwendig erscheinenden Konsequenzen gezogen.
Wir stehen hinter dieser Geschichte als Teil der Geschichte der revolutionären Kampfes in der BRD, weil er nicht nur unsere Köpfe, sondern auch unsere Herzen erreichte.
Wir wollen uns auf andere militanten Gruppen beziehen und eine gemeinsame Auseinandersetzung beginnen. Dies schien uns mit den revolutionären zellen aufgrund ihrer langen Widerstandsgeschichte eher möglich zu sein als mit anderen militanten Gruppen, deren Kontinuität wir nicht einschätzen konnten. Die Entscheidung als revolutionäre zelle zu kämpfen, war gleichzeitig die Entscheidung unseren Teil an Kontinuität und Verbindlichkeit zur Weiterentwicklung revolutionären Widerstandes beizutragen. Wir wollten unsere Vorstellungen und Fragen vermitteln, um die Flüchtlingskampagne weiter voranzubringen.
Wir hatten vor, unsere Überlegungen zu diesem Schritt vor unserer praktischen Intervention öffentlich zu machen und eine Diskussion zu beginnen. Diesen Ansprüchen sind wir aber aus verschiedenen Gründen nicht gerecht geworden und wir sehen es als Fehler an, daß wir diese Vermittlung nicht vor der Aktion hingekriegt haben. Denn unser Ziel war es auch, den Mythos um die revolutionären zellen abzubauen. Unser Vorgehen hat diesen Mythos nur reproduziert.

★

radi: Was verbindet ihr mit dem ursprünglichen Ansatz der revolutionären zellen? Verfolgt ihr weiterhin ein Konzept der sogenannten "Vermassung" ("Schafft eins, zwei, viele..."), wie es die revolutionären zellen früher propagierten?

rz: Wir verbinden mit dem ursprünglichen Ansatz der revolutionären zellen nach wie vor ein brauchbares Konzept für uns, um revolutionäre Politik weiterentwickeln zu können.
Die Qualität zeigt sich in der autonomen Organisierung, die den politischen und strukturellen Ungleichzeitigkeiten Rechnung trägt, und trotzdem die Möglichkeit beinhaltet, sich gemeinsam zu organisieren, um ein politischer Faktor zu werden. Hinter dem Konzept steckt die Einsicht, daß im Widerstand die praktischen Handlungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt sein dürfen.
Das Konzept transportiert die Erfahrung, daß militante Politik aus dem Alltag heraus und aus legalen Zusammenhängen entwickelt werden kann.
Wir sehen in dem Konzept immer noch die Möglichkeit einer Verbreiterung nach der Parole "Schafft eins, zwei, viele...". Aber nicht gedacht als ein Aktionsmodell, das die Mittel loslöst aus der politisch-inhaltlichen Diskussion. Etwa nach dem Schema: Aktion, Vermittlung, Verankerung, Vermassung. Das ist zu linear und statisch angelegt. Vermittlung, Verankerung und politische Weiterentwicklung müssen in einen Prozeß wechselseitiger Diskussionen eingebettet sein. Unter politischer Vermittlung verstehen wir mehr als Aktionserklärungen.

★

radi: Begreift ihr euch eher als Avantgarde oder als Bestandteil einer Bewegung, in der ihr nur eine andere Praxis habt?

rz: Die Beantwortung der Frage hängt im Wesentlichen davon ab, wie der Begriff "Avantgarde" bestimmt und in welchem politischen Kontext er benutzt wird.
Er hat seinen Sinn in der ML-Politik. Für unsere Strukturen ist der Begriff unbrauchbar, weil wir ein anderes Politikverständnis haben (sollten), woraus sich eine andere Organisierung ergibt.
Die Probleme und Widersprüche innerhalb unserer Strukturen lassen sich mit diesem Begriff weder fassen noch lösen. Trotzdem wird der Begriff oft benützt, um Konflikte und Widersprüche klar zu kriegen (z.B. informelle Hierarchien, männliches Politikverständnis, Unverbindlichkeiten, usw.). Auch die Gegenüberstellung "Avantgarde oder Bestandteil einer Bewegung" trifft die Problematik nicht.
Wenn z.B. eine Gruppe eine Initiative ergreift und damit politische Vorgaben macht, wird die Vermittlungsarbeit entscheidend. Gelingt sie nicht oder wird sie unterlassen, isoliert sich die Initiative. Die Distanz wird dann oft mit dem Vorwurf der Avantgarde erklärt. Häufig wird das Spannungsverhältnis zwischen militanter und nichtmilitanter Praxis zum Problem, weil eine hierarchische Bewertung der Mittel vorgenommen wird.

★

radi: Der Traditionsverein hat dieses Konzept (also der Vermassung) irgendwann über Bord geworfen, ohne noch was dazu zu sagen. Wie stellt ihr euch die Zusammenarbeit zwischen der Politik der revolutionären zellen und dem sogenannten legalen Bereich vor?

rz: In den letzten Jahren hat keine Zusammenarbeit mit den legalen Bereichen stattgefunden. Das liegt unseres Ermessens daran, daß der Austauschprozeß aufgegeben bzw. nicht entwickelt worden ist. Dieses Unvermögen, als revolutionäre zelle kontinuierlich im politischen Prozeß präsent zu sein, fällt uns jetzt ALLEN auf die Füße. Die Praxis der revolutionären zellen wird nur noch als randständig wahrgenommen und ihr Beitrag zur revolutionären Politik erscheint als relativ gering. Es sind unseres Ermessens nicht die welthistorischen Veränderungen, die für die Schwäche der revolutionären zellen verantwortlich sind, sondern die eigenen Unterlassungen, Fehler und Ungenauigkeiten, aber auch die fehlende Bezugnahme der Bewegung. Wie stellen wir uns also ein Zusammenarbeit vor, und welche Probleme und Widersprüche müssen dabei berücksichtigt werden?
Ein Problem bei der Verankerung der Politik der revolutionären zellen besteht in den Ungleichzeitigkeiten der linken Kämpfe, sowohl inhaltlich als auch in der Wahl der Mittel. Daraus ergeben sich Probleme des Austausches und der Vermittlung. Dabei geht es nicht, einfach nur festzustellen, daß eine politische Orientierung nicht aufgegriffen wurde, wie das '89 in der Erklärung zu Münster/Düsseldorf gemacht wurde. Damals kam noch verschärfend hinzu, daß die Linke den Schwerpunkt auf die Zusammenlegungskampagne und die Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen gelegt hatte und daneben die Solidaritätsbewegung zum Prozeß von Ingrid Strobl lief. Da einfach mit der Flüchtlingskampagne weiterzumachen, und der Tatsache der Ungleichzeitigkeit nur durch einen Seitenhieb ("die Repression wird aber nicht im Protest gegen die Repression selbst gebrochen, sondern durch die Verankerung sozialrevolutionärer Politik") Rechnung zu tragen, war falsch und bringt nichts.
Das Wechselverhältnis zwischen militanten Gruppen und der Bewegung entsteht also nicht automatisch und ist durch die Herausgabe von Aktionserklärungen allein noch nicht gewährleistet. Militante Aktionen können also nicht monolithisch in die politische Landschaft gestellt werden, und es kann nicht der politischen Dynamik überlassen bleiben, was daraus wird.
Um den Austauschprozeß wieder zu entwickeln bzw. zu erweitern, sehen wir folgende Notwendigkeiten:
- Die Bewegung muß sich zu der begonnenen Selbstkritik der revolutionären zellen und zu ihrem Verhältnis zu den revolutionären zellen öffentlich verhalten und in die Diskussion eingreifen.

- Die militanten Gruppen müssen die Auseinandersetzung um ihr Verhältnis zur Bewegung öffentlich machen.
Dazu wäre ein gemeinsames Diskussionsforum, wie beispielsweise die radikal, sicherlich hilfreich.
Die revolutionären zellen sollten insgesamt mehr Präsenz zeigen, also auch zu aktuellen Debatten und Ereignissen Stellung beziehen und in die Diskussion eingreifen. Die revolutionären zellen müßten sich überlegen, ob sie nicht ihr eigenes Medium (revolutionärer Zorn) wieder reaktivieren.
Der Austausch sollte sich auf Immigrantinnen und Immigranten und Flüchtlingsfrauen und -männer erweitern, damit auch da Diskussionen geführt werden können.

★

radi: Innerhalb des Traditionsvereins gab es offensichtlich sehr wenig konkrete Vorstellungen, wie ihre eigene Strukturen in einen größeren Rahmen eingebunden sein könnte. Die Autoren und Autorinnen von "Das Ende unserer Politik" schrieben: "*In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische*

Orientierung zu entwickeln, die mehr beinhaltete als einzelne Versatzstücke zu bestimmten Konflikten. Unser sozialrevolutionäres Theorieverständnis setzte sich bestenfalls mosaikartig aus der Summe der Kommentare und Analysen zu den einzelnen Widerstandsfeldern zusammen, eine feste Anbindung war so nicht möglich."
Sie stellen fest, daß in der Propagierung ihrer eigenen Kampfmittel als "Mittel für alle" eher ein Aktionsmodell als eine politische Theorie steckte. Es gab Zeiten, in denen das Mittel relativ massenhaft aufgegriffen wurde (z.B. in der Startbahn- und Anti-AKW/WAA-Bewegung. Im Nachhinein hat das aber eher den Geschmack einer kleinen Rebellion, eine längerfristige Organisierung entwickelte sich daran nicht. Welche Bedeutung hat dieses Mittel für euch? Habt ihr Vorstellungen, wie sich eure Praxis in eine Organisationsdebatte einbinden läßt?

rz: Die Einschätzung, daß es bisher nicht gelungen ist, das Konzept der revolutionären zellen inhaltlich-organisatorisch weiterzuentwickeln, stimmt natürlich. Aber ein überzeugendes inhaltliches Konzept allein hätte diese Weiterentwicklung nicht unbedingt gewährleistet, denn auch das kann aufgesetzt sein.
Dasselbe gilt für die praktische Seite. Über die Praxis allein kann keine dauerhafte Entwicklung stattfinden. Es kommt also wesentlich auf den Prozeß innerhalb der Bewegung an, der es ermöglicht, ein Konzept weiterzuentwickeln, da dies ja nie statisch gedacht, bzw. angewendet werden kann. Eine militante Gruppe muß, genauso wie andere Gruppen, so flexibel sein, daß sie auf gesellschaftliche Veränderungen oder Entwicklung in der Linken reagieren kann und diese in das weitere Vorgehen einbeziehen. Das heißt aus, daß eine Fixierung auf ein Kampfmittel falsch ist oder zum Ritual verkommt, weil sich nichts mehr daran dynamisiert oder weiterentwickelt.
Von einer Gruppe oder einem einzelnen Zusammenhang ist dieser Prozeß nicht zu gewährleisten. Die Organisationsstruktur der Bewegung zeigt da auch ganz deutlich ihre Mängel. Kein Zusammenhang kann sich selbstverständlich darauf verlassen, daß andere Gruppe inhaltliche oder praktische Vorschläge aufgreifen, sich an der Vermittlung beteiligen, bzw. sie in ihre Arbeit einbeziehen. Diese Bedingung muß bei allen Aktionen einbezogen werden, denn eine Arbeitsteilung in gegenseitiger Verantwortung ist kein diskutierter Konsens in der Bewegung. Jede Gruppe ist also mit der Notwendigkeit konfrontiert, die ganze Arbeit selbst zu übernehmen, was eine sehr hohe Anforderung bedeutet und sehr schnell zur Überforderung führen kann. Das heißt aber auch, daß begonnene Kampagnen reflektiert und zur Diskussion gestellt werden müssen, wenn die Einschätzung besteht, daß sich nichts daran entwickelt.
Von den revolutionären zellen gab es ja durchaus auch Diskussionsangebote, die viel zu wenig aufgegriffen und diskutiert wurden (Diskussion zum Mord an Karry, Knieschüsse/Korbmacher, lovesong). Was die Flüchtlingskampagne betrifft, hätte viel früher eine Diskussion beginnen müssen. Eine Organisationsdebatte ist also notwendig und muß inhaltlich geführt werden und nicht primär über die Mittel, wenn eine breitere Basis entstehen soll.
Es gab Phasen, in denen die militanten Mittel massenhaft aufgegriffen wurden, was unseres Ermessens daran lag, daß vom Stand der politischen Konfrontation her und aus den konkreten Erfahrungen heraus mehr politischer Sinn darin gesehen wurde, die Mittel anzuwenden. Daß es daran keine langfristige Organisierung gab, lag unserer Einschätzung nach daran, daß die jeweilige Bewegung politisch gescheitert ist, also keine Verständigung über die politischen Inhalte und Perspektiven entwickelt werden konnte. Das Weiterführen der militanten Aktionen kann das politische Scheitern nicht retten.

★

radi: Durch die öffentlichen Diskussionen, die im letzten Jahr zwischen den revolutionären zellen liefen, wird offensichtlich, daß ihre Organisierung an der Praxis orientiert war, d.h. das Verbindende, das Gemeinsame war ihre gleichförmige Praxis. Zweifellos ist eine Vernetzung an praktischen Punkten notwendig, trotzdem läuft sie Gefahr, in sich zusammenzubrechen, wenn es keine gemeinsam diskutierte inhaltliche Bestimmung dieser Struktur gibt. Wie seht ihr diesen Widerspruch zwischen praktischer Organisierung und inhaltlicher Übereinstimmung?

rz: Ganz so wie ihr sehen wir es nicht. Zumindest in der Flüchtlingskampagne muß es zwischen den beteiligten Gruppen eine inhaltliche Übereinstimmung gegeben haben.
Es fällt uns schwer, auf diese Frage eine auch für uns befriedigende Antwort zu finden. Wir haben bisher keinen Anteil an den internen Diskussionen.
Allgemeine Kritikpunkte lassen sich formulieren, z.B. am "Aktionsmodell". Aber die bisherige öffentliche Auseinandersetzung bietet noch zu wenig Basis, um eine abschließende Bewertung machen zu können. Die dafür nötige Transparenz müssen die beteiligten Gruppen leisten. Unterschiedliche Einschätzungen über das, was war und wie es gelaufen ist, wurden ansatzweise in den bisher veröffentlichen Papieren deutlich ("Das Ende unserer Politik", "Wenn die Nacht am tiefsten... ...ist der Tag am nächsten", "wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit").
Für uns bleibt es unklar, wo es sich um grundlegende Unterschiede oder um nachträgliches Zurechtrücken von Positionen handelt. Mitte der 80er haben grundsätzliche Diskussionen stattgefunden. Die inhaltlichen Differenzen haben auch zu Konsequenzen geführt (Ausstieg der revolutionäre zelle, die das Papier "Wenn die Nacht am tiefsten..." geschrieben hat). Diese ganzen Prozesse werden erst jetzt im Nachhinein bruchstückhaft sichtbar. Das erschwert die Diskussion. Der Alleingang der revolutionären zelle, die "Das Ende unserer Politik" geschrieben hat, drückt vielleicht tatsächlich einen ziemlich festgefahrenen Stand der internen Auseinandersetzungen aus. Genauso schwierig ist die Einschätzung der Situation der roten zora und ihres Verhältnisses zum Männer- bzw. gemischten Zusammenhang. Wir finden es wichtig, daß sich die rote zora dazu äußert.
Von außen betrachtet scheint uns z.B. der im Papier "Das Ende unserer Politik" sichtbare Widerspruch zwischen antirassistischem und antipatriarchalem Schwerpunkt nicht unüberbrückbar. Natürlich immer unter der Voraussetzung, daß wir nicht umhin kommen, nach politischen Wegen zu suchen, wie gemeinsames und sich trennendes auch in der Praxis seinen Ausdruck finden kann.
Doch ohne Berücksichtigung der realen Konflikte, die an den inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen gelaufen sind, nützen solche Aussagen wenig.

★

radi: Ihr habt die Flüchtlingskampagne des Traditionsvereins aufgegriffen. Inwieweit habt ihr euch da auf "existierende" Gemeinsamkeiten mit dem Traditionsverein bezogen, wo seht ihr die oben genannten politischen Eckpfeiler, wo sind eure Differenzen?

rz: Unsere Positionen haben sich seit unserer Entscheidung, uns in die Flüchtlingskampagne einzuklinken, weiterentwickelt. Was wir hier sagen, drückt unseren jetzigen Diskussionsstand aus.
Die Flüchtlingskampagne hat uns deutlich gemacht, daß sich antiimperialistische Politik und Solidarität auch auf Flüchtlingsfrauen und -männer hier beziehen kann und muß.
Wir teilen die Einschätzung der revolutionären zelle von '86: "*Was momentan vor sich geht, ist eine gigantische Umschichtung der Weltbevölkerung, deren Ausmaß die Migrationsbewegungen des 19. Jahrhundertes in den Schatten stellt und deren metropolitane Gestalt bisher nur die Spitze des Eisbergs darstellt.*"
Es wirft ein schlechtes Licht auf die Linke, wie wenig bis dahin Flucht- und Migrationsbewegungen als Folge imperialistischer Ausbeutungs- und Zerstörungspolitik im Bewußtsein waren, uns wie wenig sie sich mit der Situation und den Lebensbedingungen der Flüchtlingsfrauen und -männer, der Immigrantinnen und Immigranten hier auseinandersetzte.
In der Flüchtlingskampagne sehen wir eine gute Möglichkeit, die verschiedenen gesellschaftlichen Widerspruchslinien zu thematisieren, d.h. die patriarchalen, rassistischen und kapitalistisch-imperialistisches Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse deutlich zu machen. Potentiell lassen sich mit der Flüchtlingskampagne auch Bezüge zu anderen thematischen Berei-

chen und Kämpfen wie z.B. gegen Bevölkerungspolitik und Sextourismus, zu Häuserkampf und Stadtteilarbeit, Antifa und gegen EG'92 herstellen.
Schon zum Zeitpunkt unserer Entscheidung war uns der sozialrevolutionäre Ansatz, den die revolutionären zellen mit der Flüchtlingskampagne verbanden, unklar und zu wenig präzisiert. Die Analyse und Definition des revolutionären Subjekts, zu denen "ausgesteuerte Proleten, arbeitslose Jugendliche und Marginalisierte" gezählt werden, ist geschlechtsneutral gehalten und doch männlich besetzt. Frauen kommen, wenn überhaupt, nur am Rande vor.
Dahinter versteckt sich unausgesprochen die Hoffnung, daß sich ein nur nach sozialen und ökonomischen Kriterien bestimmbarer Teil der Bevölkerung als revolutionäres Subjekt erweisen soll. Wir finden diesen Ansatz falsch, weil die Revolten und Riots dieser sogenannten Unterklasse verklärt und überbewertet werden. Wir haben es aufgegeben, DAS revolutionäre Subjekt ausfindig zu machen und wir sehen es auch nicht in den Flüchtlingsfrauen und -männern.
Die Entscheidung für die Flüchtlingskampagne war für uns mit dem Anspruch verbunden, nach Bezugspunkten zu öffentlichen Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten, zu suchen. Wir finden es wichtig, daß politisch auf allen Ebenen gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik gearbeitet wird, und auch eine Zusammenarbeit mit Flüchtlingsfrauen und -männern, Immigrantinnen und Immigranten entwickelt wird.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß wir uns bewußt auf die Erfahrungen beziehen, die in der Unterstützungsarbeit und Antirassismusarbeit gemacht wurden. Sie haben wesentlich unsere Diskussionen und Vorstellungen beeinflußt. Die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsfrauen und -männern, Immigrantinnen und Immigranten und die Erfahrungen mit ihren eigenständigen Kämpfen zwangen die Linke (die in diesem Bereich tätig war und ist) zur Auseinandersetzung mit ihren eigenen rassistischen Strukturen und zur Überprüfung ihres Verständnisses von antirassistischer Arbeit. Zunächst mußte wir uns überhaupt erst mal mit Rassismus als einem Grundpfeiler zur Durchsetzung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen und seinen jeweiligen Erscheinungsformen auseinandersetzen. Eine Abschaffung eigener rassistischer Strukturen läuft nicht per Willenserklärung, sondern gestaltet sich viel anstrengender und schwieriger als ursprünglich gedacht.

radi: Wie lässt sich der Anspruch einer Verbreiterung der sozialen Basis mit dem Engagement bei der Flüchtlingskampagne vereinbaren? Die Auseinandersetzung mit dieser Thematik setzt doch ein hohes Bewußtsein voraus, wird also nur bei einem engen Kreis auf Interesse stoßen. Eine sozialrevolutionäre Ausrichtung würde doch sicher z.B. im Stadtteil, Wohnungskampf, Arbeit eher aufgegriffen werden?

rz: Natürlich haben wir den Anspruch ein Basis für unsere Politik zu finden, die sich möglichst noch verbreitert. Für uns stellt sich jedoch die Frage: Welche Inhalte werden in den jeweiligen Kämpfen mitgetragen? So wenig wie sich Männer selbstkritisch zu antipatriarchalen Inhalten bekennen und diese in ihrem Verhalten umsetzen werden, genauso wenig werden Weiße einfach bereit sein, rassistische Unterdrückungsverhältnisse konsequent anzugreifen, von denen wir auch mitprofitieren. Dieser Ansatz setzt ein Bewußtsein und eine Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der eigenen Eingebundenheit in dieses System voraus. Das ist leider nicht die Regel. Aber gerade deshalb sind die Versuche der Thematisierung dieser Unterdrückungsformen notwendig.
Unter bestimmten Bedingungen gibt es eine größere Chance, daß sich in der Stadtteilarbeit, im Wohnungskampf und bei der Lohnarbeit eher Kämpfe entwickeln und sich verbreitern, weil sich die Betroffenen perspektivisch eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen. Doch müssen solche Kämpfe nicht durchweg emanzipatorischen Charakter haben. Z.B. kann der Kampf für die Erhaltung des eigenen Arbeitsplatzes mit rassistischem Verhalten und rassistischer Ausgrenzung verbunden sein. Der rassistische Konsens der Gesellschaft macht deutlich, daß antirassistische Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen notwendig ist.

radi: Bis auf einige analytische Einsprengsel in den Erklärungen (Lufthansa Köln 10/86, Münster und Düsseldorf 5/89 und Ausländerbehörde in Böblingen 8/91) hatte die Flüchtlingskampagne keinen antipatriarchalen Anspruch und dementsprechend keine Formen der praktischen Umsetzung entwickelt. Das einzige Papier zum Thema "Was ist das Patriarchat?" tauchte unvermittelt, ohne Bezug zur Flüchtlingskampagne auf und ging in der Folge auch wieder ohne Reaktionen oder Diskussionen unter den revolutionären zellen unter. Innerhalb der revolutionären zellen hat sich weder ein theoretischer noch praktischer Ansatz daraus entwickelt, es wurde sich nicht mal darauf bezogen und das Thema aufgegriffen. Die Autorinnen und Autoren des Papiers "Das Ende unserer Politik" bezeichnen ihren Entwicklungsstand zum Thema als nicht politikfähig. Wie seht ihr das? Diskutiert ihr über Möglichkeiten, wie Männer- oder gemischte Gruppen praktische Ansätze oder Aktionen gegen patriarchale und sexistische Strukturen entwickeln können? Wenn nein, warum nicht?

rz: Die in den 3 genannten Erklärungen gemachten Aussagen zum Patriarchat sind nicht sehr umfassend. Wir denken, sie drücken das gemeinsame Niveau der jeweiligen Gruppe in Bezug auf die antipatriarchale Diskussion aus. Für Frauen sind sie sicher nicht Ausdruck des Stands ihrer eigenen Diskussionen, wohl mehr für den der Männer in den Gruppen.
In unserer Gruppe ist es so, daß wir Frauen keine Positionen mittragen, die die Männer sich nicht selbst erarbeitet haben. Das bedeutet einen permanenten politischen Widerspruch für uns Frauen in der Gruppe. Für uns Männer bedeutet



das den Anspruch, eine eigenständige Patriarchatsdiskussion weiterzuentwickeln, um für die weitere Praxis eine bessere Grundlage in der Gruppe zu gewährleisten. Wir Frauen verstehen unter besserer Grundlage nicht nur die Auseinandersetzung mit feministischen Theorien und die Erarbeitung antipatriarchaler Ansätze, sondern wir erwarten vor allem auch, daß sich dies im Verhalten gegenüber uns unter den Männer niederschlägt.
Real ist von uns Männer diese eigenständige Entwicklung nicht gelaufen, sondern sie läuft nur über Konflikte und Konfrontationen. Dadurch begrenzen wir die Handlungsfähigkeit und Ausdrucksmöglichkeiten der Frauen in der Gruppe. Wenn wir Frauen uns die ganzen Widersprüche und unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zwischen uns und den Männern herholen, finden wir nur wenig Gründe, die für einen gemischten Zusammenhang sprechen. Daß er besteht, ergibt sich vor allem auch aus unserer Geschichte und den daraus entstandenen Beziehungen. Die Widersprüchlichkeit und Brüchigkeit, die hinter dieser Entscheidung steht, bedeutet, daß der Zusammenhang auch immer wieder in eine Krise fällt oder in Frage steht.
Dieses Gefälle in der Patriarchatsdiskussion zwischen Männer und Frauen ist unseres Erachtens bis heute in der bundesweiten gemischten linksradikalen Bewegung gegeben und somit die Ausgangsbedingung für gemischte Politik. Der Diskussionstext "Was ist das Patriarchat?" ist für uns Männer ein Beispiel dieses Gefälles. Er brachte die Diskussion unter Männer nicht viel weiter, weil typischerweise die eigene männliche Rolle rausgelassen wurde. Die Distanz drückte sich für uns unter anderem in der Sprache aus. Ein Gruppendiskussionsprozeß wurde nicht sichtbar.
Eine Diskussion um diese Problematik hat uns ganz aktuell wieder einmal in heftige Widersprüche und Konflikte gestürzt. Nicht nur theoretische Unklarheiten, sondern vor allem unser Verhalten als Männer gegenüber Frauen und unter uns Männer hat uns die Kluft zwischen Anspruch und mangelnder Umsetzung vor Augen geführt. Für diese Auseinandersetzung müssen wir uns die nötige Zeit nehmen. Doch genau diese eigenständige Auseinandersetzung unter den Männern muß für uns Frauen sichtbar werden, damit die Grundlage für eine weitere gemischte Politik möglich bleibt.
Um es noch einmal zusammenzufassen: Was die Möglichkeit der praktischen Ansätze und Aktionen explizit gegen sexistische Strukturen betrifft, überwiegen bei uns die Unsicherheiten und Vorbehalte. Auf der theoretisch-analytischen Ebene haben wir einen Konsens gefunden, der sich trotz der Konflikte als tragfähig erweist, was aber nicht damit gleichgesetzt werden kann, daß er für uns Frauen immer befriedigend ist.
Die Objekte, Strukturen, Täter, die aus feministischen Zusammenhängen heraus angegriffen werden, können wir uns als gemischte Gruppe vom jetzigen Stand aus nicht als Angriffsziele vorstellen. Als gemischte Gruppe halten wir es für richtig an allen Angriffszielen die sexistischen Strukturen herauszuarbeiten, auch da gibt es noch viel zu tun und das schafft vielleicht die Basis, daß sich auf der praktischen Ebene perspektivisch mehr Möglichkeiten ergeben.
Die Konflikte, die auch in den gemischten militanten Zusammenhängen zwischen den Männern und den Frauen aufbrechen, müssen öffentlich diskutiert werden, um eine inhaltliche und praktische Weiterentwicklung zu ermöglichen.

★

radi: Die praktischen Angriffsziele von revolutionären zellen innerhalb der Flüchtlingskampagne waren fast ausschließlich die Institutionen u.a. ausführender Organe des staatlichen Rassismus gegen Flüchtlingsfrauen und -männer, Immigrantinnen und Immigranten. Die theoretische Grundlage der Flüchtlingskampagne ist weiter gefaßt. Da wird der Zusammenhang zwischen imperialistischer Vernutzung, Ausbeutung ganzer Kontinente, Zerstörung von Subsistenzwirtschaft und damit der Lebensgrundlage von Millionen von Menschen usw. als Ursache der weltweiten Flüchtlingsströme benannt. Dieser Zusammenhang wurde in den Angriffszielen selbst nicht sichtbar. Es hätten doch im Rahmen der Flüchtlingskampagne ja auch einzelne Aktionen laufen können, worin sich auch diese imperialistischen Grundlagen der staatlichen Flüchtlingspolitik verdeutlichen wie z.B. durch die Aktionen der roten zora gegen Adler, in deren Bestimmung mehrere Bezugslinien zusammenlaufen: 1. Ein Metropolenunternehmen läßt in einen Trikontland produzieren. 2. Ausbeutung von Frauenarbeit. 3. Eingriff in einen aktuellen Arbeitskampf.
Sind da Diskussionen gelaufen, das nicht zu tun, z.B. weil's vielleicht kräftemäßig nicht machbar war? Gab's politische Argumente dafür, sich ausschließlich auf Objekte und Personen des staatlichen Rassismus zu konzentrieren?

rz: Diese Frage können wir nur von uns aus beantworten, da wir nicht an der internen Diskussion in den revolutionären zellen beteiligt waren und sind. So wie die Flüchtlingskampagne inhaltlich begonnen hat und weiterentwickelt wurde, schien es uns einleuchtend, sich vorläufig auf den staatlichen Rassismus als Angriffsziel zu konzentrieren. Es wurde deutlich, welche Funktion die herrschende Flüchtlingspolitik hat, und wie sie auf den verschiedenen Ebenen durchgesetzt wird, vom Sozialamt, über die Ausländerbehörden bis zu den Verwaltungsgerichten. Neben der strukturellen Funktionsweise ist durch die Kampagne die Auseinandersetzung um die verantwortlichen, also die Schreibtischtäter und Schreibtischtäterinnen und deren Rassismus ins Licht gerückt worden.
Perspektivisch können wir uns aber trotzdem vorstellen, daß eine praktische Erweiterung der Kampagne möglich ist, weil dies auch theoretisch angelegt ist. Sie bietet die Möglichkeit, alle Ausbeutungsverhältnisse und Ausgrenzungsstrukturen praktisch anzugehen, sowohl in ihrer Unterschiedlichkeit als auch in ihrem Zusammenwirken.
Eine praktische Umsetzung sollte aber nur auf einer inhaltlich erarbeiteten Grundlage geschehen (siehe dazu die Patriarchatsdiskussion in der vorherigen Frage). Natürlich könnten innerhalb der Flüchtlingskampagne Angriffe gegen Frauenhändler stattfinden, die ihr Geld über den Sklavinnenhandel mit Flüchtlingsfrauen und Immigrantinnen machen. Genauso Angriffe auf Firmen und Kapitalisten, die Kapital daraus schlagen, daß sich Flüchtlingsfrauen und -männer, Immigrantinnen und Immigranten zu Billigstlöhnen hier in den Metropolen verkaufen müssen. Ebenso Angriffe auf Faschisten und ihre Propagandastrukturen, aber auch Angriffe auf die bürgerlichen Medien, die sich an der rassistischen und sexistischen Hetze gegen Flüchtlingsfrauen und -männer, Immigrantinnen und Immigranten beteiligen. Daß solche Aktionen innerhalb der Flüchtlingskampagne bisher nicht gelaufen sind, drückt der Stand der inhaltlichen Auseinandersetzung oder der Widersprüche aus.
In Bezug auf die Adler-Aktion haben wir eine andere Sichtweise. Die Adler-Aktion wurde aus Frauenzusammenhängen heraus entwickelt und umgesetzt. Ein Vergleich mit Aktionen aus gemischten Zusammenhängen ist daher aus oben erwähnten Gründen nicht so ohne weiteres möglich. Daß sich die Aktion so gut vermittelt hat, hängt unserer Meinung nach an der Kombination von Öffentlichkeitsarbeit, angewandtem Mittel, großem Schaden und der Tatsache, daß letztlich die Forderungen der koreanischen Arbeiterinnen erfüllt wurden. Die Meinung, daß sich an der Adler-Aktion mehr Bezugslinien praktisch umgesetzt hätten als an einer Aktion innerhalb der Flüchtlingskampagne, teilen wir nicht.
An einer Aktion innerhalb der Flüchtlingskampagne können kapitalistische, rassistische und sexistische Ausbeutungsinteressen gleichermaßen deutlich werden. So sichern beispielsweise die Abschiebegesetze und die Bestimmungen der "Ausländergesetze" in ihrer Funktion als Selektionsinstrumente unmittelbar die kapitalistische Verwertung der Flüchtlingsfrauen und -männer, Immigrantinnen und Immigranten. Darüber hinaus werden die sexistischen Aspekte der Gesetze deutlich in der Nichtanerkennung eigenständiger Frauenfluchtgründe, was mit dafür verantwortlich ist, daß Frauenmigration auch auf die Ebene von Heiratsmarkt und Zwangsprostitution gezwungen wird. Außerdem wird über die



Thematisierung der Fluchtursachen auch das Wüten der Konzerne im Trikont sichtbar.

★

radi: Die Orientierung der Flüchtlingskampagne auf die ausführenden Organe des staatlichen Rassismus läßt den Rassismus "im Volk" völlig außen vor. Dazu ein Zitat aus dem "zorn - extra, 9. Zeitung der revolutionären zellen, Okt. '86:" "*Antiimperialistische Politik in der BRD hat sich bisher an den beiden Polen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt und der Bekämpfung der imperialistischen Kriegsmaschine orientiert. Wir haben nicht die Illusion, daß die Immigrantinnen und Immigranten, Flüchtlingsfrauen und -männer in der BRD mit Teilen der westdeutschen Unterklassen rasch gemeinsame Interessen entwickeln können. Trotzdem muß antiimperialistische Politik genau da angesiedelt sein, wo sich rassistisch vermittelte Klassenspaltungen tendenziell aufbrechen lassen.*"

Die Autorinnen und Autoren gehen in diesem Zitat, sowie im gesamten Text davon aus, daß Rassismus als Herrschaftsinstrument zur Spaltung der Unterklassen, des Proletariats genutzt wird. Heute zeigt das Proletariat und andere Schichten, daß es einen eigenen Ausdruck des Rassismus hat (z.B. Pogrome wie in Hoyerswerda, Mannheim, Rostock,...) und auch gewissermaßen eigene Interessen verfolgt ("*Ausländer raus!*"), die teilweise über das hinausgehen, was staatlicher Rassismus gutheißt (z.B. Morde in Mölln):

Die Pogrome, die massiven Angriffe und Morde an Flüchtlingsfrauen und -männern, Immigrantinnen und Immigranten beweisen in längst vergessener Weise, daß das Proletariat, genauso wie alle anderen Schichten deutscher Frauen und Männer eine Art Herrenmenschentum verinnerlicht hat, das Haß auf alles "Andere", Nicht-selbstgelebte bedeutet. Dieser Rassismus unterscheidet im Gegensatz zu staatlichem Rassismus nicht, ob ausländische Menschen verwertbar sind oder nicht. Dieses verinnerlichte Herrenmenschentum ist in der Rassismusanalyse bislang wenig berücksichtigt worden. Das weiße Metropolenproletariat ist zumindest für die hiesigen Linken immer noch Hoffnungsträger revolutionärer Umwälzungen, dessen Rassismus als "Manipulation von oben" verharmlost wird.

Die Flüchtlingskampagne hat sich in erster Linie gegen den staatlich verordneten Rassismus gerichtet. Ihr seid davon ausgegangen, daß der Kampf um das faktische Aufenthaltsrecht der Flüchtlingsfrauen und -männer unter Umständen von den weißen Schichten das Proletariats isoliert bleibt.

"*Noch wissen wir nicht, ob sich an der Flüchtlingsfrage antiimperialistische Politik mit Konfrontationslinien im entgarantierten Sektor verbinden wird, aber der Kampf um das faktische Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und -männern ist auch dann richtig, wenn er vorerst von den weißen Schichten des hiesigen Proletariats weitgehend isoliert bleibt.*"

Wie geht ihr mit der Entwicklung in den letzten 3 Jahren um, wo Rassismus nicht nur von breiten Teilen der Bevölkerung ignoriert wird, sondern diese Bevölkerung samt dem Proletariat sich als zutiefst rassistisch erweist?

rz: Die bisherigen Mängel der Flüchtlingskampagne werden zum Teil in den öffentlichen Stellungnahme selbstkritisch reflektiert: "Die Mängel sehen wir u.a. darin, daß wir unseren Kampf nur auf den staatlichen Rassismus bezogen haben, auf die Ausländerämter, die Gerichte, auf die Täter von Ausweisung und Abschiebung. Den Rassismus großer Teile der Bevölkerung haben wir zur Kenntnis genommen." (aus: "Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit") Wir schließen uns dieser Selbstkritik an, obwohl wir das schwerpunktmäßige Ansetzen am staatlichen Rassismus zum damaligen Zeitpunkt richtig finden.

'85/'86 eröffneten die Politiker und Politikerinnen eine neue Runde in der Hetze gegen die Flüchtlingsfrauen und -männer, die weitere Abschreckungs-, Abschottungs- und Selektionsmaßnahmen legitimieren sollte. Z.B. wurde die DDR mit zinslosen Krediten geködert und ließ daraufhin keine Flüchtlingsfrauen und -männer mehr ohne Visa nach Westberlin; die Asylrechtssprechung wurde verschärft, indem die Verwaltungsgerichte massenhaft die Anerkennungsbescheide von Flüchtlingsfrauen und -männern kippten. Das Klima in der Bevölkerung wurde angeheizt, z.B. durch Errichtung von Zeltstädten. Die Folgen drückten sich unmittelbar in Anschlägen und Gewalt gegen Flüchtlingsfrauen und -männer und ihre Unterkünfte aus.

Diese Dimension des Rassismus uns seine Ursachen in der Bevölkerung sind sehr vernachlässigt worden, nicht nur von den revolutionären zellen, sondern von der gesamten Linken, der autonomen und der feministischen Bewegung. Der Rassismusbegriff war entweder reduziert (Spaltungsmittel der Herrschenden) oder inhaltlich kaum gefüllt.

Inzwischen ist uns bewußt geworden, daß die verinnerlichten rassistischen Denk-, Handlungs- und Gefühlsstrukturen wesentliche Organisationsmerkmale der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur sind, die koloniale Geschichte und BRD-speziell die nationalsozialistische Vergangenheit widerspiegeln. Der Prozeß der Verinnerlichung reproduziert sich ständig in Menschen. Daß das fast immer zugunsten der Herrschenden aufgeht, liegt unseres Ermessens daran, daß es sich für jede Person scheinbar auszahlt. Das heißt, daß das eigene Selbstwertgefühl durch Ausgrenzung oder Abwertung anderer erhöht wird, bis hin zur realen Sicherung eigener Privilegien und materieller Interessen. In diesem Prozeß sind die Menschen also nicht nur Opfer oder Verführte der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch aktiv Beteiligte.

Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre und die damit einhergehende Schärfe des Aufbrechens von Rassismus war in seiner Gesamtdimension für uns nicht vorhersehbar. Ein wesentlicher Kristallisationspunkt für diese Entwicklung war die "Wiedervereinigung" und das damit verbundene massenhafte Aufbrechen von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Das Bestehen zweier deutscher Staaten war zwar immer der sichtbare Ausdruck der Niederlage des Nationalsozialismus. Mit der "Wiedervereinigung" wurde die Nachkriegsära für beendet erklärt. Deutschland darf wieder aus seinem braunen Schatten treten. Die Zeit der Zurückhaltung und Sühne ist vorbei. Deutschland darf und soll sich wieder als vollständige Nation fühlen. Doch dieses Nationalgefühl läßt sich

nach 40 Jahren Zweistaatlichkeit nicht ohne weiteres wiederherstellen. Dafür sind die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zu groß. Das Einzige, was die Menschen über alle bestehenden Unterschiede und Widersprüche an Gemeinsamkeit angeboten wird, ist ihr Deutschsein bzw. eine angebliche deutsche Identität. Diese macht sich an der deutschen Volkszugehörigkeit fest. Mit ihr verbindet sich die Vorstellung der Überlegenheit deutscher Kultur, Normen und Werte. Mögen diese Begriffe im Einzelnen noch so verwaschen sein, so wird damit doch die freiwillige Einbindung in die bestehende Herrschaftsstruktur erreicht. Die Konstruktion einer deutschen Identität braucht die gleichzeitige Konstruktion einer als minderwertig eingestuften ethnischen Gruppe und sie gelingt nur in Abgrenzung von als fremd konstruierten Menschen.
Die "Wiedervereinigung" hat so mehrere Tabus gebrochen. Das Volk ist wieder stolz, deutsch zu sein, die deutsche Geschichte wird revidiert, antisemitische und rassistische Muster nehmen wieder zu und Pogrome, Vertreibungen, antisemitische Aktionen und rassistische Morde werden von vielen als legitime politische Handlungsweise empfunden und offen befürwortet.
Der Nationalismus großer Teile der Bevölkerung macht es den Herrschenden möglich, jetzt z.B. den uneingeschränkten Einsatz der Bundeswehr durchzusetzen. Somit ist es dem BRD-Imperialismus möglich, neben seiner ökonomischen auch seine militärische Vormachtstellung innerhalb der EG und weltweit zu festigen und auszubauen.
Die radikale Linke ist dieser Entwicklung gegenüber relativ hilflos, weil die Begrenztheit unserer bisherigen politischen Theorie und Praxis offen zu Tage tritt. Auch der militante Angriff auf den staatlichen Rassismus ist eben nur ein Teil des Kampfes.
Deshalb ist es wichtig, daß auch im legalen Bereich am Aufbau von Strukturen gearbeitet wird, die nicht nur Schutz und Verteidigung oder Angriffe gegen Rassisten und Faschisten oder deren Strukturen möglich machen, sondern auch die Voraussetzung bieten in die öffentliche Auseinandersetzung einzugreifen. Wir halten es aber auch für falsch, wenn in Bezug auf die Bevölkerung ein entweder/oder-Denken das politische Handeln bestimmt. Wir müssen versuchen, die Menschen für eine antirassistische Alternativ zu gewinnen, auch wenn sie nicht gleich und von a bis z unsere Positionen teilen. Eine antirassistische Perspektive wirklich zu füllen, also nicht nur in den Kampf gegen... ist eine Aufgabe, die wir nicht vor uns her schieben dürfen.

radi: Neben diesem eben angesprochenen "völkischen Rassismus" stellen wir immer wieder fest, daß auch die "Linke" nicht frei von Rassismen ist. Seht ihr das auch so? Wenn ja: Wie geht ihr mit dieser Selbstkritik um?

rz: In eurer vorherigen Frage bezeichnet ihr die Bevölkerung und das Proletariat als "zutiefst rassistisch", während ihr jetzt von der Linken sagt, daß sie nicht frei von Rassisten sei. Die Art der Formulierung und Unterscheidung drückt für uns schon die Ungenauigkeit des Umgangs mit dem eigenen Rassismus aus.
Als Linke sind wir nicht weniger "zutiefst rassistisch" in dem Sinne, daß unsere Wahrnehmung, unser Denken, unsere Gefühle und Verhaltensweisen rassistisch geprägt und verinnerlicht sind. Nur drückt sich das oft subtiler aus. Bei der Auseinandersetzung über die weißen Flecken antirassistischer Politik steht die Linke noch an ihrem Anfang. In der Flüchtlingskampagne wurde dieser Punkt fast gar nicht thematisiert. Der Rassismusvorwurf an uns Linke und Feministinnen hat seine Berechtigung. Dies muß zur Bereitschaft führen, die eigenen theoretischen Ansätze auf eurozentristische Sichtweisen hin zu überprüfen.
Wir könne nicht von einer gemeinsamen Front von Kreuzberg bis Los Angeles oder Rio reden. Was wir für uns hier in den Metropolen als Erklärung der Verhältnisse anzubieten haben und was wir daraus an Politik ableiten, kann nicht einfach auf die Verhältnisse anderer Gesellschaften vor allem im Trikont übertragen und den Menschen dort übergestülpt werden. Schnell formulierte Gemeinsamkeiten werden der Komplexität der Herrschaftsverhältnisse nicht gerecht. Das gilt für die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsfrauen und -männern, Immigrantinnen und Immigranten.
Im politischen Alltag und in der Zusammenarbeit mit Flüchtlingsfrauen und -männern, Immigrantinnen und Immigranten besteht die Notwendigkeit, das eigene Verhalten auf seinen Rassismus hin zu überprüfen. Über die Bereitschaft zur Reflexion des eigenen Rassismus können wir zwar unsere Wahrnehmung sensibilisieren, aber gegen die Gefahr, weiterhin rassistische Verhaltensweisen - oft in sehr subtiler Weise - auszuüben, sind wir nicht gefeit. Darunter fällt für uns auch der "positive Rassismus", mit dem Flüchtlingsfrauen und -männern, Immigrantinnen und Immigranten Eigenschaften zugeschrieben werden, die in unser Bild von ihnen hineinpassen. Sicher besteht auch die Gefahr, daß wir Linke lernen, unser Verhalten äußerlich der Kritik anzupassen, ohne uns um eine gründliche Auseinandersetzung und Veränderung zu bemühen. In ähnlicher Weise haben auch Männer auf die Patriarchatsdiskussion reagiert, ohne sich eigenständig Gedanken zu machen. Aber genau das ist unsere Aufgabe, wenn wir eine Basis für eine Zusammenarbeit mit Flüchtlingsfrauen und -männern, Immigrantinnen und Immigranten schaffen wollen. Das heißt für uns auch, unseren Rassismus offensiv zu thematisieren.

radi: Was steht ihr zu dem "triple-opression"-Ansatz, der u.a. in dem "3:1"-Papier vertreten wird?

rz: Wir bewerten den "triple-opression"-Ansatz im "3:1"-Papier als einen Versuch, zusammenhängend die unterschiedlichsten Gewaltverhältnisse und ihre wechselseitige Durchdringung darzustellen. Er bringt damit einen theoretischen Ansatz, der sich in der schwarzen Frauen- und Lesbenbewegung in den letzten Jahren entwickelt hat, in die gemischte autonomen und militante Linke. Es ist daher ein wichtiger Text.
Daß er so begeistert aufgenommen wird, was nicht gleichgesetzt werden kann mit seiner wirklichen Aufarbeitung und Auswirkung auf das politische Verständnis hauptsächlich von Männern, wundert uns etwas. Vielleicht entlastet er viele Männerherzen, weil er zu den wenigen Ausnahmen von Texten gehört, in denen von männlicher Seite aus der Versuch gemacht wird, sich ernsthaft mit Rassismus und Sexismus auseinanderzusetzen und differenzierter Position zu beziehen.
Wir können jetzt auf den "3:1"-Text nicht inhaltlich eingehen, weil wir das nicht so kurz machen können und wollen. Wie aus unseren Antworten deutlich geworden ist, stehen wir in unserer analytischen Herangehensweise diesem Ansatz nicht so fern. Genauere Diskussionen um den Ansatz müssen auch bei uns noch geführt werden.



radi: Die Autorinnen und Autoren des Papiers "Das Ende unserer Politik" knüpften den Erfolg der Flüchtlingskampagne an den eigenständigen Widerstand der hierhergekommen Flüchtlingsfrauen und -männer und stellen jetzt frustriert das Ausbleiben solcher Prozesse und Kämpfe fest. Aus dem Papier "Das Ende unserer Politik": *"Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarischen Schichten ergeben würden, die eine rassistische Spaltung überwinden könnten. Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung - und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen "reformistischen" Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen."*
Habt ihr eure Praxis zur Flüchtlingskampagne auf solche Erwartungen gestützt und welche Rolle spielt es für euch, daß die Flüchtlingsfrauen und -männer sich nicht als das erhoffte Unruhepotential herausstellen? Daß Prozesse zwischen Flüchtlingsfrauen und -männern, unteren sozialen Schichten und radikaler, linker Scene nicht in diesem Maße gelaufen sind, obwohl es durchaus auch Ansätze gibt? Die Erfahrung von Unterstützer- und Unterstützerinnengruppen, die zusammen mit Flüchtlingsfrauen und -männern gegen die staatliche Unterdrückung und rassistische Angriffe Widerstand leisten, wollen wir keinesfalls unter den Tisch kehren.

rz: Auch die Erfahrungen, die Unterstützer- und Unterstützerinnengruppen in ihrer Arbeit gemacht haben, zeigen, daß wir einen eurozentristischen Blick haben und positiven Rassismus produzieren.
Flüchtlingsfrauen und -männer, Immigrantinnen und Immigranten kommen zwar teilweise aus Befreiungskämpfen und dem politischen Widerstand ihrer Herkunftsländer. Sie bringen jedoch oft daraus andere politische Erfahrungen mit hierher und sie leben und wehren sich hier auch unter anderen Bedingungen als wir. Das Interesse von vielen Flüchtlingsfrauen und -männern ist nicht primär, hier den antiimperialistischen Kampf (ob mit oder ohne uns) zu führen. Viele Flüchtlingsfrauen und -männer unterstützen erst mal den Kampf und den Widerstand in ihren Ländern. Oft besteht das Interesse von Flüchtlingsfrauen und -männern vor allem darin, in Europa sicher zu leben und ihre Existenz zu gewährleisten. Daß sie dies häufig auf aus unserer Sicht reformistischen Wegen oder mit Überlebens- und Existenzsicherungstechniken machen, die wir nicht kennen bzw. ablehnen, hängt mit ihren Bedingungen und Interessen zusammen. Daß wir allzu schnell ihre so bedingte politische Arbeit und ihren Widerstand aus unserer Sicht als inakzeptabel ablehnen oder gar nicht wahrnehmen, ist unser Problem. Ein weißes Problem. Diesen "Frust" aus falscher Erwartung haben wir dann zu recht, und er wäre eigentlich Anlaß genug, um uns mit unserem Rassismus und unseren Projektionen auseinanderzusetzen. Wir sollten differenzieren:
- Zwischen individuellem Fluchtinteresse bzw. Fluchtgründen und der Tatsache, daß eine verstärkte Migration den Herrschenden und der Bevölkerung in den Metropolen ein Problem geworden ist, nämlich ein Problem für ihren Wohlstand und ihre Herrschaft;
- Zwischen Lebens- und Kampfbedingungen von Flüchtlingsfrauen und -männern im Trikont und hier.

Flüchtlingsfrauen und -männer, Immigrantinnen und Immigranten können genauso wenig als homogene politische Gruppe betrachtet werden wie die "Unterklasse", das "Proletariat" oder die Frauen. Sie kommen aus unterschiedlichen Ländern, waren bzw. sind in unterschiedlichen politischen Parteien organisiert, was ihre Zusammenarbeit untereinander auch nicht einfach macht. Das wurde von weißen Linken oft nicht wahrgenommen oder ignoriert. Wenn wir uns auf Flüchtlingsfrauen und -männer, Immigrantinnen und Immigranten beziehen, sollten wir unsere Vorstellungen und Erwartungen gründlicher hinterfragen, da sonst die Gefahr besteht, daß wir eine aufgesetzte Solidarität üben und paternalistisch (= bevormundend d.S) "Politik machen", statt solidarisch zusammen Widerstand zu entwicklen bzw. zu unterstützen.

★

radi: Die revolutionäre zelle, die das Papier "Das Ende unserer Politik" schrieb, stellte darin fest, daß in der antirassistischen Arbeit sehr viele Strukturen zusammengebrochen seien, und ihre Kampagne nicht die erwartete Resonanz gefunden hat. Für uns stellt sich das anders dar. Erstens gibt es, zumindest in einigen Regionen wesentlich mehr Gruppen, die sich mit der Problematik beschäftigen, wie '86, als die revolutionären zellen mit ihrer Kampagne begonnen haben. Außerdem sind wir der Meinung, daß die Kampagne ein ganz wichtiger Grund dafür war, daß sich viele Autonome, auch schon vor den jetzt stattfindenden faschistischen Pogromen, in diese Arbeit eingeklinkt hatten. Auch wir selbst sind durch die Kampagne sensibilisiert worden. Viele Aktionen in den Jahren '90 und '91 wären ohne die "Vorarbeit" der revolutionären zellen vielleicht so nicht gelaufen. Wie seht ihr das?

rz: Für uns ist die Feststellung, daß viele Strukturen in der antirassistischen Arbeit zusammengebrochen sind, in dieser Allgemeinheit auch nicht nachvollziehbar. Es mag sein, daß dies vielleicht für einzelne Städte zutrifft, doch bundesweit betrachtet sieht das eher anders aus.

Ab '90/'91 haben viele Menschen aus der radikalen Linken und der feministischen Bewegung begonnen antirassistische Initiativen zu entwickeln oder sich mit Rassismus auseinanderzusetzen. Ob die Flüchtlingskampagne auslösendes Moment dieser antirassistischen Arbeit war, ist fraglich. Sicherlich ist es so, daß viele Genossinnen und Genossen zur Flüchtlingskampagne eine positives Verhältnis haben, aber bei der Bekundung von Freude über einzelne Aktionen der revolutionären zellen stehen geblieben sind. Inwieweit die Flüchtlingskampagne auf die jeweilige politische Arbeit indirekt gewirkt hat, ist schwer einzuschätzen und bleibt im Augenblick offen. Eine beiderseitige politische Bezugnahme fand nicht statt. Uns ist keine antirassistische Gruppe bekannt, die sich öffentlich zur inhaltlichen Bestimmung der Flüchtlingskampagne geäußert hat.

Wir denken, daß ein viel entscheidenderer Faktor für die Mobilisierung der radikalen Linken der eigenständige Kampf von Flüchtlingsfrauen und -männer war. Sei es der Bettelmarsch der Roma in Nordrhein-Westfalen '90, die Kirchenbesetzung der Roma in Tübingen '90/'91, die Kirchenbesetzungen in Neumünster '91 bzw. in Norderstedt oder die TU-Besetzung in Berlin '91/'92. Bei all' diesen Aktionen war die Linke gefordert, ihre Parole "Hoch die internationale Solidarität" in die Praxis umzusetzen. Und gerade durch die Unterstützung dieser Kämpfe wurden viele Erfahrungen gemacht, aber auch Fragen aufgeworfen, die bei einigen Gruppen zu einer kontinuierlichen antirassistischen Praxis führten. Was wir besonders gut und wichtig fanden, war, daß viele Gruppen, die Unterstützungsarbeit geleistet hatten, ihre politische Arbeit reflektierten und zur Diskussion stellten. Die weitergehende inhaltliche Diskussion wurde aber nur von antirassistischen Gruppen bzw. von Teilen der radikalen Linken geführt. Die revolutionären zellen trugen bisher dazu wenig bei. Im Gegenteil, die politische Entwicklung in den letzten Jahren wurde von den revolutionären zellen, insbesondere der gruppe, die das Papier "Das Ende unserer Politik" geschrieben hat, ignoriert.

★

radi: Mittlerweile bemühen sich Teile der Linksradikalen um einen antirassistischen Politikansatz, einen Ansatz, der sich mit der Antifa-Arbeit verbindet. Gegen die faschistische Offensive und die täglichen Angriffe auf Flüchtlingsfrauen, -männer und ausländische Menschen ist praktischer Antifaschismus und Antirassismus zu einem breit aufgegriffenen Handlungsfeld geworden. Könnt ihr euch vorstellen, als revolutionäre zelle Teil dieser Bewegung zu sein?

rz: Durch die inhaltlichen Überschneidungen ist der Bezug der Flüchtlingskampagne zur Antifa-Bewegung eigentlich hergestellt. Das Entsetzen über die Morde und Angriffe auf Flüchtlingsfrauen, -männern und -kinder, Immigrantinnen und Immigranten, obdachlose Menschen, behinderte Menschen und Linke hat vor allem auch für die Antifa-Zusammenhänge praktische Konsequenzen gehabt: Z.B. Kontaktaufnahme zu Flüchtlingsfrauen und -männern, Schutz vor Wohnheimen, Abwehr von Angriffen und eigene Angriffe auf Faschisten und deren Strukturen. Der Handlungsdruck drängt aber die Reflexion von Fehlern und genaueren Strategien in den Hintergrund. Rassismus und Antisemitismus wurden bisher zumeist innerhalb der Faschismusdiskussion abgehandelt, bzw. hinten angestellt. Auch die Parole: "Gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus" ist, was die gemischten Zusammenhänge angeht, nicht wirklich gefüllt. Beim Kampf gegen den Rassismus fällt die Thematisierung des patriarchalen Gewaltverhältnisses wieder häufig weg. Wirksame Strategien gegen das massenhafte Aufbrechen von Rassismus und die rechte Organisierung gibt es noch nicht. Mit der Parole "Schlag die Faschisten, wo ihr sie trefft!", die vor allem in Verhinderungsaktionen von Faschotreffen zum Ausdruck gebracht wurde, kann nicht dem Rassismus in der Bevölkerung begegnet werden. Da gilt es andere Strategien zu entwickeln. Dies beinhaltet natürlich eine Selbstkritik, der sich die revolutionären zellen stellen müssen, da sich der rassistische Konsens in der Bevölkerung genausowenig nur durch Anschläge gegen Institutionen des staatlichen Rassismus aufbrechen läßt.

Ob sich also aus Antifa-Zusammenhängen eine kontinuierliche antirassistische Arbeit entwickelt, hängt von einer inhaltlichen Aufarbeitung sowie einer Diskussionsbereitschaft zwischen antifaschistischen und antirassistischen Gruppen ab. Im Kampf gegen die herrschende Flüchtlingspolitik und den Rassismus auf der Straße gibt es genügend gemeinsame Möglichkeiten, durch mehr Bezugnahme könnte sich eine stärkere Basis für den Widerstand entwickeln.

★

radi: Demnächst wird das Asylgesetz erneut verschärft. Zwischen der BRD und Rumänien wurde ein Roma-"Deportationsvertrag" abgeschlossen. Dadurch werden weniger Flüchtlingsfrauen und -männer legal in die BRD kommen können. Viel mehr Flüchtlingsfrauen und -männer werden illegal einreisen und sich hier aufhalten müssen. Wird diese verschärfte Situation bei euch Auswirkungen in Theorie und Praxis haben?

rz: Die Auswirkungen der neuen Asylpolitik auf unsere grundsätzlichen Einschätzungen sind nicht so wesentlich. Die staatliche Politik war spätestens seit '86 unter anderem auf die Illegalisierung von Flüchtlingsfrauen und -männern angelegt. Seither ist es offensichtlich, daß die Politik der Abschottung eine Bedingung für die Selektion von Flüchtlingsfrauen und -männern ist. Weitere Bausteine dieser Politik sind das Ausländergesetz, das Asylverfahrensgesetz, die Änderung des Artikels 16 GG, usw.

Wir denken, das Abkommen mit Rumänien, und die daraus resultierenden Abschiebungen, ermöglicht auch eine billige Verwahrung eines Teils der Flüchtlingsfrauen und -männer und ein kostengünstiges Abrufen von notwendig werdendem Arbeitskräften. Das Abkommen mit Rumänien hat sicherlich eine Pilotfunktion für andere osteuropäische Länder. Den absolut unerwünschten Flüchtlingsfrauen und -männern bleibt nur noch, sich illegal in Europa zu bewegen und zu arbeiten.



Die Flüchtlingsfrauen und -männer und besonders die Illegalen sind faktisch entgarantiert, hoch mobil, extrem billig und jederzeit austauschbar. Illegale Arbeitskräfte werden von den Herrschenden in Europa schon seit Jahren einkalkuliert. Sie sind für's Kapital in vielen Wirtschaftbereichen nicht mehr wegdenkbar. Illegale Frauen müssen sich immer häufiger sexistisch verkaufen (Pornoindustrie, Prostitution, Ehe, usw.).

Ein weiteres Ziel der rassistischen und sexistischen Arbeits- und Marktpolitik in Europa ist, unter anderem durch die Existenz der Illegalen, den Druck zu erzeugen, damit die einheimischen Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Marktpreis selbst nach unten korrigieren. Dieser Druck wird noch erhöht durch den aktuellen Angriff auf die Sozikohle, das Wohngeld, die sozialen Leistungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Lebenshaltungskosten und Steuern. Dadurch geschieht zwangsläufig eine weitere Umverteilung der sozialen Arbeit zu Lasten der Frauen.



Nach Mölln verlangen die Herrschenden, daß die Menschen ihre rassistische Gewalt gegenüber den Arbeitsimmigrantinnen und -immigranten zu unterlassen haben, weil sie hier gebraucht werden. Die Illegalen könnten für den offenen Rassismus ein "neues" Haßobjekt werden, die dann keinen Schutz von gesellschaftlichen Gruppen zu erwarten haben. Deshalb müssen die illegalen Flüchtlingsfrauen und -männer auch ein Bezugspunkt in unserem Kampf gegen Rassismus sein. Es besteht die Notwendigkeit, unsere Sichtweise bezüglich den Lebensbedingungen und Widerstandsstrukturen der illegalen Flüchtlingsfrauen und -männer in Europa zu ändern und auf diesem Hintergrund unsere Praxis zur Unterstützung ihres Kampfes abzuleiten und zu entwickeln.
Das staatliche Interesse ist, die Flüchtlingsfrauen und -männern, von den Immigrantinnen und Immigranten zu spalten. Dem müssen wir z.B. durch gemeinsame antirassistische Aktionen entgegenwirken. Den Wegbereitern der rassistischen Selektion - bis hinein in die Gewerkschaften, Grüne und christliche Kreise - muß politisch offensiv entgegengetreten werden. Angriffe auf staatliche Institutionen, die Selektion und Abschottung organisieren, genauso wie auf Kapitalrepräsentanten, die direkt von der Arbeitskraft der Illegalen profitieren, sind notwendig.

★

radi: Randale auf den Straßen und Plünderungsaktionen, der Gebrauch von Mollis, militante Angriffe auf Bullen, vieles, was lange Zeit hierzulande hauptsächlich von Linken praktiziert wurde, wird mittlerweile von den Rechten als Mittel im politischen Kampf benutzt und ist daher nicht mehr eindeutig zuzuordnen. Als Beispiel seien nur die massenhaften Brandanschläge, die Plünderungen und Randale von Rechten (mit Bevölkerungsunterstützung) in Rathenow (Brandenburg) oder die Angriffe von rechten Jugendlichen auf die Bullenwache in Senftenberg genannt. Das Mittel an sich ist längst nicht mehr nur von links besetzt. Es besteht die Gefahr, daß unsere Aktionen in eine Reihe mit den tagtäglichen rechten Aktionen gestellt werden. Der Anschlag der revolutionären zellen auf das Ausländeramt in Böblingen im August 91 wurde in den Medien als Anschlag von Rechtsradikalen dargestellt. Die Autorinnen und Autoren des Papiers "Das Ende unserer Politik" vertraten die Ansicht, daß sich der Gebrauch von Feuer und Flamme heutzutage verbiete.
Die Aktionen des Traditionsvereins gegen Korbmacher und Hollenberg oder Aktenklau und Aktenvernichtung in Ausländerbehörden sind z.B. Angriffsziele, die sich klar gegen den rechten Apparat richten. Das sind allesamt keine Angriffsziele der Rechten. Wir würden das eher so sehen, daß wir uns ganz genau und phantasievoll überlegen müssen, wie das Ziel jeweils zu erreichen ist. Wenn es z.B. um die ZAST geht bzw. um die Akten und Computerdaten dadrin, ist es vielleicht besser und eindeutiger, die Akten und Disketten rauszuholen als das Gebäude abzubrennen. Wir finden es gerade heute notwendig, mit solchen Aktionen den von Staat und Wirtschaft propagierten "antirassistischen Konsens der Deutschen" in Frage zu stellen. Für uns w[illegible] es also eher eine Frage der Gena[illegible]keit und nicht des Mittels an sich. Oder wie seht ihr das?

rz: Wie wir schon sagten, sollte kontinuierliche militante Praxis nicht nur durch Aktionen sichtbar werden. Die differenzierte inhaltliche Vermittlung unserer Analysen und Ziele sind wesentlicher Bestandteil unserer Politik und von militanter Praxis nicht abtrennbar. Deshalb kann die Frage nach dem Mittel nicht isoliert diskutiert werden. In jedem praktischen Schritt sollte die Notwendigkeit und Möglichkeit einer revolutionären Veränderung hier sichtbar werden, und darin auch die Erfahrung, daß Widerstand möglich ist.
Dabei stimmen wir euch zu, daß unser Repertoire um ideenreiche Mittel erweitert werden könnte, wenn die Bedingungen es zulassen. Wann welche Aktionen gerechtfertigt sind, um dem Ziel revolutionärer Gegenmacht näher zu kommen, müssen wir politisch genau bestimmen. Die aktuelle gesellschaftliche Situation muß einbezogen werden, d.h. auch die Tatsache, daß Rechte und Faschisten sich ähnlicher Mittel bedienen wie wir. Dadurch werden die Mittel an sich, wie z.B. Brandanschläge, nicht falsch. Entscheidend ist die Vermittelbarkeit von Aktionen, die von verschiedenen Aspekten abhängt: Schon am angegriffenen Objekt sollte eindeutig klar werden, warum und von welcher politischen Seite der Angriff erfolgte. Heute ist es um so wichtiger, die Unterscheidbarkeit zu faschistischen Angriffen sicherzustellen. Z.B. schließt sich deshalb für uns ein Angriff auf nicht bewohnte Lager aus, auch wenn wir für die Abschaffung von Lagern sind. Darüberhinaus sollte die Anwendung der militanten Mittel der Akzeptanz in der Bewegung entsprechen. Bei jeder Aktion muß gewährleistet sein, daß ein Risiko für unbeteiligte Menschen ausgeschlossen ist.
Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor ist die jeweilige Stärke der Linken und der Stand der antirassistischen Bewegung gesamtgesellschaftlich gesehen. Je nach dem Kräfteverhältnis ist die Vereinnahmung und Kanalisierung von Protestpotential innerhalb der Bevölkerung durch Staat und Medien größer oder kleiner. Beispielsweise wird aktuell von den politisch Verantwortlichen die Kampagne gegen Haß und Gewalt inszeniert, um unter anderem damit linksradikale Politik und militante Praxis zu denunzieren und zu isolieren. Wir müssen diesem Versuch durch politische Diskussion und Praxis entgegensteuern (Unseres Erachtens ist das ansatzweise am 8.10.92 in Berlin bei der Weizsäcker-Kundgebung gelungen).



rz: Das Papier "Das Ende unserer Politik" hat uns betroffen gemacht und erst einmal - wohl nicht nur bei uns - eine Verunsicherung ausgelöst. Zusammen mit dem Papier zu Gerd Albartus und dem Papier der raf (vom August '92) kommt zum Ausdruck, wie schlecht es um die Wechselbeziehung zwischen militanten und nicht-militanten Gruppen steht. Wir wollen die aufgeworfenen Fragen und Probleme nicht vom Tisch wischen. Wir sehen die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Aufarbeitung, wie wir es schon gesagt haben. Auf jeden Fall sind wir nicht am Ende unserer Politik.

Die gesellschaftlichen Widersprüche und Gewaltverhältnisse haben zwar ihr "Gepräge" verändert, aber es sind immer noch die selben und sie sind nicht weniger geworden. Die Erosion der ehemaligen sogenannten sozialistischen Staaten hat eine längere Geschichte, die lange vor '89 begann. Sie war sichtbar, auch wenn der Zusammenbruch nicht so schnell vorhersehbar war. Vor fast 10 Jahren haben die revolutionären zellen und die rote zora in ihrem Diskussionspapier schon Einschätzungen in diese Richtung formuliert (im Papier zur Friedensbewegung). Und wir müssen es nicht betonen, daß wir mit dieser Art von Sozialismus keine Vorstellung einer befreiten Gesellschaft verbinden.

Natürlich haben sich die Bedingungen für linksradikale Politik durch den Zusammenbruch weiter verschlechtert. Nichtkapitalistische Utopien sind für noch weniger Menschen hier als Alternative vorstellbar. Im Gegenteil, viel mehr Menschen reproduzieren nationalistische und rassistische Ideen, und sehen darin eine Lösung ihrer Probleme. Dadurch ist es schwieriger geworden für linksradikale Inhalt ein Bewußtsein zu schaffen oder überhaupt Gehör zu finden. Angesichts der veränderten Verhältnisse müssen wir noch mehr gegen das Gefühl von Ohnmacht ankämpfen.

Aber weder die Großmachtbestrebungen der BRD, noch die Ausrichtung nach Osten oder die sogenannte neue Weltordnung stellen etwas völlig neues dar. Wer von dieser Geschichte überrollt wurde, hatte entweder die Augen fest verschlossen oder gebraucht diese Geschichte jetzt vielleicht nur als Vorwand, um der Mühe mit revolutionärer Politik ein Ende zu machen. Es ist auch keine Organisierung des Widerstandes auf einer ganz anderen - gar einer "höheren" - Ebene erforderlich, sondern überhaupt erstmal eine tragfähige Organisierung. Wer es aufgegeben hat, die "Wechselbeziehung zwischen legalen und illegalen Kampfmethoden" mitzubestimmen und sie nicht einmal mehr einfordert, darf sich nicht wundern, wenn die "Vermassung" nicht eintritt.

Die Krise der Linksradikalen rührt unseres Ermessens nicht daher, daß sie in den Strudel der Auflösung der ehemaligen Ostblockstaaten gerieten. Unsere Krise begann nicht erst mit der "Wiedervereinigung". Das Elend und die Fehler linksradikaler Politik - mangelnde Organisierung und verbindliche Strukturen - wurden schon länger kritisiert.

Zu all' dem ist schon viel geschrieben worden. Alle sind aufgefordert ihren Teil zur Verbesserung unserer Bedingungen beizutragen. Wir sind aber nicht an dem Punkt angelangt, militante Formen des Widerstands von vornherein ad Acta zu legen. Ob und wie es mit linker Politik, ihren Strategien und Kampfmitteln weitergehen wird, wird die gemeinsame zukünftige Diskussion zeigen.

★

radi: Ein Teil des Traditionsvereins schreibt im Papier "Das Ende unserer Politik": "*Wir ziehen heute die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die Form und Struktur unseres Kampfes Ausdruck einer bestimmten Phase der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD nach 1968 war, die unwiderruflich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den darauffolgenden Zersetzungsprozessen, der deutschen Wiedervereinigung und der im zweiten Golfkrieg skizzierten "Neuen Weltordnung" ihr Gepräge verändert haben. (...) Die objektive Analyse dessen, was seit 1989/90 historisch gelaufen ist, (...) erforderte im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstands. Aber wir können das nur noch als leeren Anspruch formulieren. In Wahrheit sind wir von der Geschichte überrollt worden.*"

Die Autorinnen und Autoren ziehen unter anderem daraus die Konsequenz ihre militanten Aktionen einzustellen. Wir gehen davon aus, daß ihr diese Konsequenz nicht gezogen habt. Heißt das, daß ihr die zitierte Einschätzung nicht teilt oder aus der gleichen Einschätzung andere Schlüsse zieht?



Am Anfang der Organisation hört das bewegte Denken auf

"Klar reproduzieren wir dabei in einer Art und Weise das System aber das läuft ja in unserem ganzen Leben."

Ein Genosse von der Antifa (M) in einem Interview mit der Radikal

0. Eine lange Vorbemerkung

In der März-Ausgabe Nr.147 der Radikal findet sich ein hochspannendes Interview zwischen den beiden Radikal-Redakteurinnen Hinz und Kunz, sowie zweier KritikerInnen Paul und Paula mit zwei Leuten der Antifa (M) - im folgenden AfM abgekürzt - aus Göttingen. Hintergrund des Gespräches ist das Anliegen der AfM sich nicht nur einfach banal zu organisieren sondern auch gleich eine ganze "Organisation" aufbauen zu wollen. Dieser immense Anspruch wirft nicht nur eine Reihe von Fragen auf, sondern provoziert auch die skeptische Nachfrage. Anhand einiger Passagen in dem Interview, wollen wir uns um eine Kritik hauptsächlich am Organisationsvorschlag der AfM aber auch ihrer Interview-Partner-GegnerInnen bemühen.

Vorweg sei jedoch die Frage aufgeworfen, warum wir überhaupt bereit sind unsere Zeit und Mühe im formulieren nachfolgender Zeilen zu "verschwenden"? Immerhin könnten wir ja unsere Zeit auch mit einer "Kritik" beispielsweise der Jusos, der Jungen Union, der Republikaner und dergleichen mehr füllen. Darüber hinaus wurde dieser Text noch nicht einmal mit der Illusion geschrieben damit in nächster Zeit irgendetwas an der Theorie und Praxis der AfM verändern zu können.

Dabei ist das formulieren einer tatsächlichen Kritik ein vorraussetzungsvolles Unternehmen. Denn diese Kritik hat sich im Unterschied zu einer Denunziation, die in der Regel wenig mehr als eine Gegenidentifikation im Sinne von: "Du magst mich nicht, also mag ich dich nicht" ist, eines Horizontes zu versichern; ein Horizont, in der auch die einzelnen Genossinnen von AfM irgendwann einmal ihren Platz finden werden, und zwar spätestens dann, wenn sie mit ihrem Organisationsunfug gescheitert sein werden. Wir bedauern, daß wir diesem Anspruch mit den nachfolgenden Zeilen nur unvollständig gerecht werden.

Wir finden daß die Kritik an der AfM deshalb lohnt, weil diese Gruppe glaubt sich mit ihrem Organisationskonzept im Sinne einer "Kritik" und "Lösung" auf die Halbheiten und Paradoxien in der Praxis der autonomen Bewegung beziehen zu können. Da wir uns selber gegenüber diesen bescheuerten Verhältnissen als einfache Autonome verstehen und es auch in Zukunft - zumindestens bis zur Weltrevolution - gerne bleiben wollen, sehen wir uns herausgefordert die von der AfM als Kritik mißverstandene Denunziation dessen was wir fühlen, denken und manchmal auch zu praktizieren zu versuchen zurückzuweisen.

Darüber hinaus steht für uns das von dieser Gruppe durchgezogene Konzept exemplarisch für eine unbegriffene Reaktion auf eine krisenhaft erfahrene Wirklichkeit; eine Realität in der in der Tat auch für uns das Alte zerfällt und das Neue noch nicht entstanden ist. Dabei ist es keine neue Tatsache, daß gerade in Zeiten der Krise die Sekten aller Coleur zulauf haben. Und so wie sich die bürgerlichen Politiker in der Krise in die Kirche flüchten, so suchen vermutlich auch viele Leute, die sich bislang autonom-bewegt fühlten - sofern sie nicht resignieren (wollen) -, ihr Heil in quasi religiösen Organisationsgebilden. Dieser Re-Dogmatisierungs-Prozeß scheint zwar vorübergehend Orientierung gegen die Verunsicherung in einer zunächst einmal undurchsichtiger gewordenen Realität zu ermöglichen, gleichwohl bleibt damit auf jeden Fall die (Selbst-)Kritik an diesen Verhältnissen auf der Strecke. Daraus muß notwendigerweise folgen, daß diese Gruppe in naher Zukunft - ob nun mit oder ohne Begründung - ohnehin nur das machen wird was sie will.

Wir wollen aufzeigen, daß diese deprimierende Tatsache Teil des Problems und nicht Teil seiner Lösung sein kann. Wenn wir nachfolgend anhand einiger Passagen des Radikal-Interviews versuchen den Nachweis für die oben genannten Behauptungen zu führen, so skizzieren wir damit ein Moment einer möglichen Perspektive, die allemal noch zur Vorraussetzung hat, wenigstens bereits erkannte Dummheiten nicht (noch einmal) zu praktizieren.

Wir haben in unseren Bemerkungen bewußt auf eine genauere Diskussion der aktuellen Reichweite des Begriffes des "Antifaschismus" verzichtet. Die derzeitige Situation läßt es für uns fraglich erscheinen, ob dieser durch die 30er und 40er Jahre durch Weltwirtschaftskrise, Terror, Krieg und Massenmord historisch aufgeladene Begriff noch dazu taugen kann dem heutigen BRD-Ensembel von ökonomischer Weltmarktintegration, antisemitisch-multikultureller Gesellschaft, von Großkapital und Medienindustrie gesponserte Lichterkettenmeere und zum Teil 12-jährigen Neo-Nazis (?) kritisch zu begegnen. Aus unserer Sicht ist irgendwann einmal die Frage zu diskutieren, ob dieser Begriff außer der kompromißlosen Moral des "Nie wieder Faschismus" konzeptionell nur noch ein Zitat der Vergangenheit ist. In dieser Diskussion wäre auch zu klären, ob sich der bisherige autonome Antifaschismus nicht lieber selber in eine umfassendere und damit zugleich kritischere Perspektive transformieren sollte.

1. Zur praktischen Vor-Geschichte der Antifa (M)

Es ist nicht einfach als relativ ahnungslose Außenstehende die "Geschichte" einer bestimmten autonomen Gruppe schreiben zu wollen. So sind wir angewiesen auf die "Informationen" die diese Gruppe bereit ist selbst von sich zu geben, können aber in diesem und jenen Fall auch auf ein paar eigene in diesem Zusammenhang wieder aktuell werdende Erfahrungen im Sinne von Informationen zurückgreifen. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann aber in keinem Fall erhoben werden. Nach Durchsicht einer Reihe von Publikationen und Stellungnahmen der AfM ergibt sich zur Frage ihrer Vor-Geschichte für uns grob folgendes Bild:

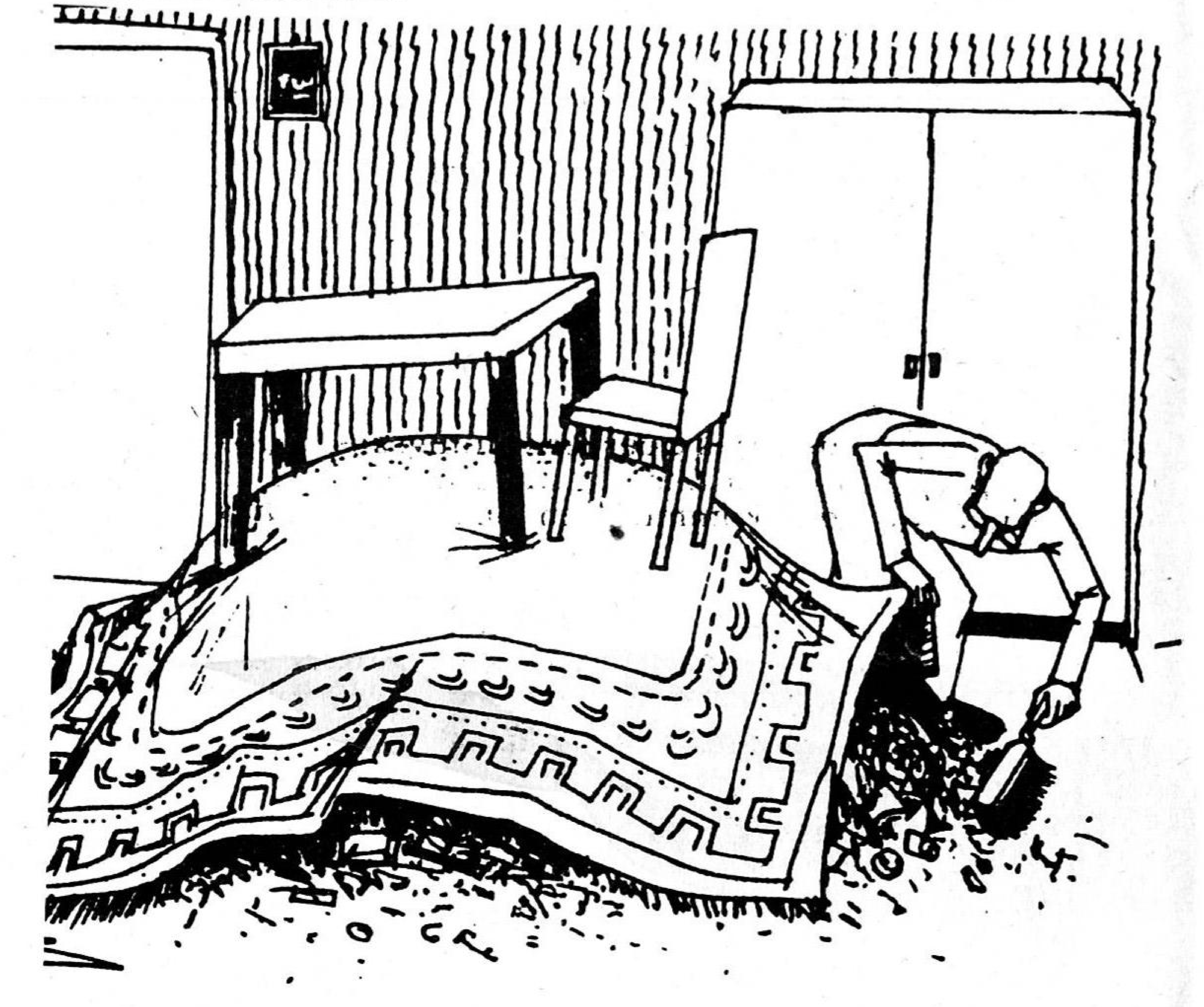
Vom aggressiven antiimperialistischen Antifaschismus...

Ein paar Companieros der AfM scheinen erste wesentliche politische Erfahrungen in der norddeutschen Antifa in den 80er Jahren gesammelt zu haben. Stichwortartige Daten in diesem Zusammenhang sind der Angriff auf den NPD-Parteitag im Oktober 83 in Fallingbostel im Rahmen einer Demonstration von 2500 Leu-

ten und eine Aktion von 350 Leuten im Oktober 1987 gegen ein Herbstlager der Wiking-Jugend. Kennzeichnend für den damaligen (norddeutschen) autonomen Antifaschismus waren Auseinandersetzungen mit legalistisch-reformistischen SPD-DGB-DKP Kräften. Ihnen wurde in der Theorie ein aggressiv gemeinter Antiimperialismus und in der Praxis Militanzbereitschaft entgegen gesetzt. Trotz großen Engagements der unmittelbar Beteiligten endete die letzte Aktion dieses Zusammenhangs im Oktober 1987 zum einen an der mangelnden Resonanz und zum anderen in einem Aktionsfiasko im Oktober 1987. Ein großer Teil der damals weiträumig von den Bullen in dem Dorf Hetendorf festgesetzten Antifas war auch aufgrund massiver Alkoholprobleme nicht in der Lage der Zumutung einer Bullenblockade längere Zeit zu widerstehen.
Folgt man den Angaben der AfM weiter, dann löste sich dieser sich autonom verstehende norddeutsche Antifa-Zusammenhang aus internen Querelen heraus auf[1]. Einige Companieros, die später die AfM betrieben, scheinen sich danach in der Zeit zwischen 1988/89 in Göttingen in die Antifa-Bündnisarbeit mit dem DGB gestürzt zu haben, in denen es zu einigen größeren Aktionen gekommen ist (Mackenrode). Insbesondere aufgrund des von bürgerlicher Seite auf den DGB ausgeübten Drucks zog dieser sich wieder aus diesem Bündnis zurück. Nach eigenen Angaben tauchte der Name der Antifa (M) das erste Mal im März 1990 als offizieller Name im Rahmen einer "Nie wieder Deutschland-Demonstration auf.
Für die Zeit bis zum Sommer 1991, wo die AfM ihr Organisationskonzept der Öffentlichkeit vorgestellt hat, scheinen einzelne GenossInnen dieser Gruppierung ihre Aktivitäten einfach (?) über (oder unterhalb von) ein paar Brüchen innerhalb der Göttinger Szene betrieben zu haben. Dort wo viele GenossInnen die Patriarchats- und Vergewaltigungsdiskussion scheinbar inkonsequent und ergebnislos, aber auf jeden Fall selbstquälerisch hin und hergewälzt haben, unternahmen Leute von der AfM insbesondere an den Schulen erste Antifa-Organisierungschritte.

...zur Ordnungsmacht

Seit der Vorstellung des Organisationskonzeptes hat die AfM - soweit wir wissen - zwei Demos in Göttingen organisiert. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere eine Sylvester-Demo 91/92 sowie eine Demonstration am 2.10.92. Das besondere an diesen Demonstrationen bestand darin, daß die öffentlich verbreitete Demo-Konzeption eine Vermummung und Behelmung der TeilnehmerInnen vorsah. Eine Begründung seitens der AfM für diese Ausrüstung war nicht ersichtlich, da sie nicht mit unmittelbaren Angriffs- oder Verteidigungsabsichten gegen irgendwas oder irgendwen im Rahmen dieser Demonstrationen verbunden wurde. Im Gegenteil: Die Vorraussetzung dieses Unternehmens bestand seitens der AfM in der gleichzeitigen informellen Zusicherung an die Bullen, die Stadt und die Geschäftsleute das keine Scheiben eingeschlagen werden. Die AfM versuchte dieses Konzept zum einen durch von ihr aufgestellte Ordnerkräfte durchzusetzen. Interessant in diesem Zusammenhang erschien auch die Ankündigung, daß wenn trotzdem etwas schief gehen sollte, - gleichsam als könnte man den sozialen Prozess stillstellen - die gesamte Demo sofort angehalten würde um die Sache aufzuklären.
Da die Bullen in Göttingen nach einem Jahrzehnt mehrfach fehlgeschlagener Repressionskonzepte gegen die Göttinger autonome Scene ohnehin ratlos sind, wie diese in den Griff zu bekommen ist, sind die klügeren von ihnen vermutlich aktuell ganz dankbar für das Auftauchen einer neuen Ordnungsmacht auf der Straße. Dabei dient das gerade in der BRD minutiös ausgefeilte "Demonstrationsrecht" mitnichten dazu, jede Bewegung blind zu zerschlagen. Im Gegenteil: Die in diesem Zusammenhang richtungsweisende Brokdorf-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1985 macht es den Bullen zur Pflicht die unbedingte Zusammenarbeit und Kooperation mit allen Demonstrationsorganisatoren - jenseits von deren Aussehen, vermuteten Absichten, Bekenntnissen oder sonstwas - zu suchen. Hintergrund dieser als "liberal" mißverstandenen Konzeption ist die von schlauerer Staatsseite auch gegen dumm prügelnde Bullen durchgesetzte banale Absicht, den Konflikt zwischen Staat und der Bewegung in die Bewegung selbst hinein zu verlagern. Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich dann auch karnevalistische Umzüge mit Helm und Vermummung durchaus eine Zeit lang tolerieren. Diese Konzeption wird insoweit auch von dem Lokalblatt "Göttinger Nachrichten" flankierend unterstützt, die entgegen ihrer Praxis im vergangenen Jahrzehnt bereitwillig eine Vielzahl von Stellungnahmen der AfM abdruckt.



---

1 *Gerade eine genaue Beschreibung der von der AfM in diesem Zusammenhang angedeuteten internen Querelen hätten wir außerordentlich spannend gefunden. Wer hat damals in der Norddeutschen Antifa warum welche Position vertreten, welche tatsächlichen politischen aber psychologischen Kontroversen hat es zwischen den unmittelbar Beteiligten gegeben, wie haben sie sich überhaupt wie gegenüber anderen aber auch untereinander verhalten usw. ? Alles Fragen von deren Beschreibung und Diskussion für nachfolgende Antifa-Generationen nur zu lernen wäre. So bleibt zur Erklärung von internen Querelen der damaligen (norddeutschen) autonomen Antifa nicht nur für uns in diesem Zusammenhang der nichtssagende Merksatz: "Letztendlich fand keine wirkliche Debatte über das politische Vorgehen statt..." (S.35) übrig. Das die Bullen - sofern sie nicht über ihre Spitzel über die tatsächlichen Fetzereien der damaligen Beteiligten nicht ohnehin besser unterrichtet sind, als alle symphatisierenden Außenstehenden - vermutlich mit dieser Hülse genausowenig anfangen können wie wir, ist dabei kein Grund zur Entwarnung. Im Gegenteil: Erstens wollen die Bullen ja auch keine Antifa-Organisation aufbauen und zweitens kann es ihnen nur recht sein, wenn wir auch nachträglich nicht über die Sachen sprechen (können) die uns tatsächlich beweg(t)en.*



2. Das Erbsenschalenkonzept ohne Erbsen

Das scheinbar bestechende an dem von der AfM vertretenen Organisationskonzept besteht zunächst einmal darin, daß es als beliebige Zusammensummierung von Versatzstücken einer leeren Organisationstechnologie imanent überhaupt nicht zu kritisieren ist. Beispiele:
- "Außerdem verfolgten wir das Konzept eine klare, kontinuierliche und öffentlich erkennbare Politik zu machen." (S.35)
- "Das heißt Vorraussetzung für die politische Arbeit ist die verbindliche, kontinuierlich arbeitende Gruppe." (S.35)
- "Die Kräfte zu bündeln heißt die Gruppen, Einzelpersonen und Organisationen zusammenkriegen die sagen, daß sie so eine Politik richtig finden. Durch das Bündeln dieser Kräfte gibt es auch einen Prozeß innerhalb dieser Leute, der auch dazu führt daß sich noch andere anschließen, womit Zugkraft gemeint ist. Das soll am Ende dazu führen, daß die Aktion auch Erfolg hat." (S.42)
- "Aber ich muß doch erstmal überlegen, wie krieg ich überhaupt Relevanz..." (S.45)

Die AfM sagt in diesen Zitaten das was sie weiß. Wir fragen uns jedoch, ob die AfM auch weiß, was sie da sagt?

Wenn wir ein paar von der AfM in diesen Zitaten vertretene "Politik"-Begriffe aneinanderreihen, dann ist festzustellen, daß die AfM meint mit ihrem Konzept u.a. Klarheit, Verbindlichkeit, Kontinuität, Öffentlichkeit, Erkennbarkeit, Bündelung, Erfolg und Relevanz beanspruchen zu können. Wie ist nun die AfM auf diese "Konzeption" gekommen ? Ist sie gar als "Kritik" an irgend jemanden entwickelt worden? Unterstellen wir einmal der Einfachheit halber, daß sich die AfM mit diesen Begriffen von denjenigen "Autonomen" absetzen möchte, die ihnen in Göttingen über den Weg gelaufen sind. Und wir unterstellen sogar freundlicherweise, daß ein paar AfMler eine Praxis von einem batzen Autonomer tatsächlich erlitten hat, weil diese nun immer wieder auseinanderfallen sind und dergleichen mehr. Aber auch wenn wir das alles zugunsten der AfM annehmen, so bleibt doch auf der Konzeptionsebene (und zwar nur da!) an der Frage festzuhalten, wer denn nun konkret wenigstens bei den Autonomen mit politischen Anspruch für sich Unklarheit, Unverbindlichkeit, Diskontinuität, prinzipielle Nicht-Öffentlichkeit, Nicht-Erkennbarkeit, Auseinanderfallen, Mißerfolg und Irrelevanz als Konzept reklamiert haben mag?

Nun, das diese Gegen-Begriffe als bewußte "Konzeption natürlich von niemanden gedacht geschweige denn praktiziert werden können, verweist darauf, daß die von AfM gewählten Begriffe nicht das Quentchen einer tatsächlichen Kritik an der Praxis derjenigen Leute enthält, von denen sie glaubt sich untergründig absetzen zu müssen. Deswegen ist in diesem Zusammenhang der kommentierende Bemerkung des Radikal-Redakteurs Kunz auch nichts mehr hinzuzufügen: "Was du sagst bestätigt die Kritik, daß sich die Organisation durch sich selbst erklärt und begründet." (S.42)

3. Mehr-Medien-Meer

Wir haben versucht aufzuzeigen wie leer das Organisationskonzept der AfM nach innen ist. Das Problem der bereits dort fehlenden Selbst-Kritik muß sich in der Frage potenzieren, was man glaubt dem Rest der Gesellschaft mitteilen zu können. Dieses Manko zeigt sich drastisch an dem Verhältnis und den Einschätzungen der AfM zu den Medien. Abgesehen davon, daß die AfM dabei unzutreffende Ausgangsbeschreibungen leistet, bleibt auch in dieser Frage nicht einmal der Hauch eines kritischen Bewußtseins übrig. (1) Die ganzen Anmerkungen der AfM zur Frage des Umganges mit den bürgerlichen Medien sind umso ärgerlicher, da bereits im Interview sowohl von den Radikal-Leuten als auch den KritikerInnen aus Göttingen eine Reihe von wesentlichen Gegen-Argumenten vorgetragen werden. Dem Wortlaut des Interviews ist jedenfalls zu entnehmen, daß sie von der AfM souverän mißachtet werden. Doch der Reihe nach.

Von der falschen Beschreibung...:

"Wir leben in einer Mediengesellschaft und die autonome Bewegung gibt es in den Medien nicht mehr. Das heißt, sie ist nicht im öffentlichen Bewußtsein außerhalb der sogenannten Szene. " (S.40)

Die autonome Bewegung soll es also in den Medien nicht mehr geben, behauptet die AfM. Das ist großer Quatsch, weil eher das Gegenteil richtig ist: Die "Autonomen" - in Gänsefüßchen - existieren aktuell eher in den Medien denn in einer faktischen gesellschaftlichen Praxis. Dabei werden die Gänsefüßchen-"Autonomen" als zwischenzeitlich bundesweit bekannte symbolische Gegen-Institution von den Medien dafür benutzt alles was für die herrschende Macht nicht zu begreifen ist oder was für andere unbegreif- und unvermittelbar bleiben soll, in das dafür vorgesehene düstere Terrain abzuschieben. (2)

---

1 *So beklagt sich die AfM im Interview darüber, daß bei irgend einer Gelegenheit in Göttingen "irgendwelche Deppen" als "Autonome" interviewt worden sein sollen. Lassen wir einmal die Überlegung außen vor, ob sich nicht unter dem Begriff des "Deppen" - bezogen auf die vielen gruseligen doitschen Normalbürger - viele außerordentlich liebenswerte Menschen verbergen. Die AfM gibt jedenfalls mit ihrer Konzeption vor, das "Deppen-Problem" lösen zu können. Sie kann dies nur in der Gewissheit tun, noch nie einmal einen einzigen Gedanken dafür erübrigt zu haben, unter Umständen selber einmal zu den "Deppen" gezählt zu werden. Wir glauben, daß nicht nur die "Deppen" Gründe dafür geltend machen können, sich vor dieser Denkweise der sich selbst beängstigend "normal" verstehenden AfM zu fürchten.*

2 *Nehmen wir dafür ein Beispiel aus der jüngsten Zeit. In der weltweit wirkenden Medienaufbereitung der (glücklicherweise) gelungenen Zerstörung der staatlich-weizäckernden "Die-Würde-des-Menschen-ist-geschützt-"Show am 8. November 92 in Berlin wurden alle möglichen Leute, die gegen die Abschaffung des Asylrechtes demonstrierten, kurzerhand zu "Autonomen" erklärt, - obwohl diese sich mitnichten selbst so verstehen - um sie so besser als irrationale, Chaos stiftende Gewalttäter stigmatisieren zu können. Die Medien tun das ihre dafür, daß es in diesem Land*

Medientingel hin, Medientangel her. Wir existieren aller Schwächen zum Trotz nicht wegen der Medien sondern aufgrund unserer Ideen, unserer (wenn auch manchmal schlechten) Kritik an diesen Verhältnissen und (nicht zu vergessen, weil ganz wichtig:) unserer körperlichen Anwesenheit an einigen Ecken, Straßen und Plätzen in dieser Republik.
Wenn wir glauben etwas zu sagen zu haben, dann müssen wir jeden von den Medien erwarteten Standpunkt der Beruhigung durchkreuzen. Deshalb haben wir den Medien auch nicht die Selbstverständlichkeit mitzuteilen, daß es uns gibt, weil das bereits allseits als bekannt vorrausgesetzt werden kann. Den Medien ist mitzuteilen, warum wir es "scheiße" finden, daß es uns in diesen bescheuerten Verhältnissen überhaupt geben muß. Wir haben mit dem was wir nicht nur den Fernsehzuschauern zu sagen haben, sie nicht mit unserer Präsens gegen die Pogrome im Sinne von: "Schön das es in diesem Land Menschen gibt, die sich für mich stellvertretend wehren!" zu entlasten. Sondern wir haben (nicht nur) den Medien zu sagen, daß wir uns wehren und Widerstand leisten, obwohl wir wissen, das wir viel zu wenige sind, und das diese Realität nur darüber zu knacken ist, wenn die Leute bereit sind ihren Arsch auch von den Fernsehgeräten hochzubekommen.

Zur absurden Konsequenz:

"Es ist gerade politischer Selbstmord in einer Gesellschaft in der die Medien eine so große Rolle spielen wie dieser, zu glauben viel bewegen zu können, wenn mensch in den Medien keine Rolle spielt. (S.35)
Nun gut, die Zeiten ändern sich: Litt so mancher altgediente Genosse noch in den 70er Jahren unter einem "Atomstaat", so beschlich uns in den 80er Jahren die Angst vor der "Risikogesellschaft" und nun leben wir nach Auffassung der AfM aktuell in einer "Mediengesellschaft." Ob das stimmt?
Ohne Zweifel boomt seit ein paar Jahren der Medienbereich als Teil der Bewußtseins- und Manipulationsindustrie, mindestens alle drei Wochen geht ein neuer Fernsehsender mit mehr oder weniger Werbemillionen an den Start. Man gewinnt den Eindruck, daß zwischenzeitlich schon mehr Nachrichtensender als Nachrichten existieren. Ein Ende dieser Entwicklung in diesen Breitengraden ist vermutlich erst dann erreicht, wenn jeder Bundeswürger 23 Stunden Programm auf den eigenen Fernsehsender konsumieren kann. Herrliche Aussichten in schönen neuen bunten passiven Fernsehwelten!
Aber auch wenn manche meinen, das es doch nun so ist wie es ist, provoziert das für uns doch gerade die Distanz, ja wohlmöglich die Kritik um irgendwann einmal zu einer Änderung dieses Zustandes zu gelangen. Niemand - außer wir selber - kann uns dazu zwingen die falsche und gruselige Entwicklung der Manipulationsindustrien auch noch bedingungs- und ahnungslos gut zu heißen oder in unserer politischen Praxis zu affirmieren. Unser Kampf gegen die Enteignung unserer Fähigkeit zur direkten mündlichen Kommunikation und Aktion wird sich immer auch der Zurichtung durch die leeren gleichförmigen 24-Stunden Medienströme zu verweigern haben.
Wenn wir die diesbezügliche Antifa (M) Konzeption richtig verstanden haben, dann geht es demgegenüber in dem Verhältnis zu den Medien eher um die Verwirklichung eines militant angetäuschten antifaschistischen Greenpeace-Projektes. Der einzige Unterschied zwischen Greenpeace und Antifa (M) besteht derzeit lediglich darin, daß die AktivistInnen der letzt genannten Organisation aktuell nur erheblich schlechter bezahlt werden als erstere.

keine organisatorisch ungebundene inhaltliche Kritik an den Zumutungen in diesen Verhältnissen geben darf. Allenfalls als mit allen Mitteln zu bekämpfendes Mitglied der inhaltlich entleerten Brutal-Haß-Gewalt-"Autonomen"-Partei. In Gänsefüßchen.

4. "Die Kritik ist das theoretische Leben der Revolution" (Krahl)

Wir haben uns ein paar Interview-Aussagen der AfM genußvoll auf der Zunge und im Gehirnschmalz ~~genußvoll~~ zergehen lassen. Wir können dabei nicht ausschließen, daß sofern die AfM auf einzelne Versatzstücke dieser Kritik angesprochen werden sollte, sie sich möglicherweise mit der Bemerkung zu rechtfertigen versucht: "Das haben wir zwar so gesagt, aber anders gemeint." Nichts desto trotz bleibt aber der zu erklärende Umstand, warum es denn so gesagt worden ist, obwohl man es doch eigentlich anders meinte. Ob es vielleicht doch sein könnte, daß das gesagte vielleicht doch das tatsächlich gemeinte gewesen ist, welches sich nun in der nagenden Kritik als Tütelkram herausstellt?
Jedenfalls entsteht der Eindruck, daß diese Gruppe ihre mühsame Antifa-Praxis mit Hilfe einer leeren Organisationstheorie zur "Organisation" aufblasen möchte. Die in diesem Zusammenhang noch von der AfM zusätzlich vorgebrachten Argumente der "Relevanz" und des "Erfolges" sind natürlich keine oder sie müßte aktuell überzeugend darstellen können, wo diese in der Tat über 70 Jahre lang von Stalinisten und Bürokraten benutzten "Argumente" in der Realität des zwischenzeitlich verschwundenen "realen Sozialismus" übrig geblieben sind.
Zusammenfassend stellt sich aus unserer Sicht die Denkweise der Vertreter dieser Gruppe insgesamt als fatalistisch [1]; moralistisch [2] und erklärtermaßen theoriefeindlich dar.[3] Das dabei die Untertöne des ganzen AfM-Projektes autoritär klingen verwundert dann nicht, es ist nur ein weiterer Ausdruck - um einmal mit den Worten eines Oberpfälzers aus dem vergangenen Jahrhundert zu sprechen - für die Misere der deutschen Verhältnisse.
Dieser Misere ist gegenüber der AfM auf der formalen Seite nicht mit einer Art Aktivitäts- oder Organisationswettlauf im Sinne von: "Oh die machen aber mehr als wir, was können wir denn nun tun" beizukommen, wie es einige Äußerungen der Radikal-Redakteure Hinz und Kunz nahelegen. Was schon im Ansatz nicht stimmt, ist nicht damit zu kontern, daß sich alle gemeinsam in Zukunft darum bemühen sollen noch mehr - und das wohlmöglich auch noch gemeinsam - falsch zu machen.
Es ist auch ein Mißverständnis zu glauben, die bornierte AfM-Praxis auf der theoretischen Seite damit kritisieren zu können, daß in ihrem Konzept der Tat alle möglichen Reflexionen, insbesondere zu Fragen des Rassismus und Sexismus fehlen. Zum einen ist davon auszugehen, daß die AfM bei genügend äußeren Druck dieses Problem innerhalb ihrer Logik mit der Einrichtung dieser oder jener Anti-Ismus-Referate bearbeiten wird, um diesen Ansprüchen formal genüge zu

1 *Siehe das Zitat zu Beginn des Artikels*
2 *Es ist einigermaßen anmaßend, die scheinbare Notwendigkeit einer Organisation mit den über 20 durch Rassisten Ermordeten des Jahres 1992 begründen zu wollen. Als wenn eine noch so starke formale Massenorganisation dazu in der Lage wäre, verhindern zu können, daß nicht unmittelbar an die militanten Fa-*

schisten-Organisationen angebundene atomisierte rassistische Individuen im irgendwann und irgendwo auf Menschenjagd gehen.

[3] O-Ton AfM: "Es hilft nichts, wenn ich die Supertheorie habe und der hinterherhänge...(S.45) Dabei wäre doch das Gegenteil richtig.

tun. Zum anderen kann eine Kritik niemals nur eine quantitative im Sinne von: "Da fehlt jetzt aber noch dieser oder jene Punkt!" sein. In diesem Sinne verstellt aus unserer Sicht das vermeintlich kritische, jedoch formal wirkende Abfragen des Konzeptes der sogenannten "Triple Oppression" - welches sich bei genaueren Nachdenken ja beliebig um diese oder jene zusätzliche "Oppression" verlängern ließe - seitens der Radikal-Redakteure eher den Blick für die Prozesshaftigkeit der Kritik, die gerade nicht an diesen oder jenen Punkten halt macht, sondern sich mit nichts zufrieden gibt.
Das was wir (nicht nur) zur AfM zu sagen haben klingt in der Tat nicht sehr "positiv". Wir haben aber auch keine Lust danach in Verhältnissen zu suchen, in denen das vermeintlich "positive" nur als Karikatur und nicht im Sinne einer Emanzipation existieren kann. Die AfM bemüht sich aktuell nach Kräften darum sich zur Karikatur zu machen, und wir können sie nicht daran hindern. Wir können aber an einer Kritik arbeiten, in die wir uns immer wieder einbeziehen, die uns immer wieder auf uns selbst und unsere Halbheiten zurückführt, gegen die wir uns permanent auf den Weg machen. Anstatt unsere Fragen, Zweifel und Widersprüche in einer Organisation klar, fertig, kompakt oder was auch immer zu "lösen", haben wir in diesen bescheuerten Verhältnissen stattdessen immer wieder von neuem allen Grund zur Beunruhigung.

Avanti und Dilletanti aus Bärlino



Er war verzweifelt, weil er sich am Morgen einen Knoten in den Schlips gemacht hatte und abends um's Verrecken nicht mehr wußte, woran dieser ihn erinnern sollte...

TAXISTA - TAXISTA - TAXISTA - TAXISTA - TAXISTA - TAXISTA - TAXISTA -

OLYMPIA 2000
EIN BOMBENGESCHÄFT?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
vor ca.einem Jahr schrieb der Innungsvorsitzende Peter in der Verbandszeitung: "Das Berliner Taxigewerbe steht hinter der Bewerbung Berlins für die olympischen Spiele im Jahr 2000".Damals waren schon gut 50% der Bevölkerung gegen die Bewerbung. Warum eigentlich sollte das bei uns TaxifahrerInnen anders sein ?
Weil das große Geschäft auf uns warte, verkündeten der frühere Olympia-Pressesprecher Giersberg und Herr Peter. Wie aber war es 1972 in München? Wir haben beim Verband der Münchener TaxiunternehmerInnen angerufen: zuerst nur Lachen am Telefon. "Olympia 72? War für uns eine Katastrophe! 1. wurden kurz vor Beginn der Spiele 350 zusätzliche Konzessionen vergeben (für Berlin hieße das ca. 800-1000) und 2. fuhren die meisten der Funktionäre in ihnen kostenlos von BMW, DB, und Ford zur Verfügung gestellten Autos durch die Gegend, nicht in Taxen. Wir haben Monate gebraucht, uns von Olympia 72 zu erholen!!!"
In Barcelona 1992 kam es sogar zu einem Hungerstreik von KollegInnen, weil weite Teile der Stadt "aus Sicherheitsgründen" für sie gesperrt wurden, während die Scharen der Funktionäre in eigens bereitgestellten Limousinen kutschiert wurden.
Schon jetzt läuft unser Geschäft schlecht, vor allem auch, weil die Stadt zu voll ist und wir auch besetzt kaum noch "'ne schnelle Mark" machen können. In der Riesenbaustelle "Olympia" würden wir uns noch an ganz andere Verhältnisse gewöhnen müssen.

Kernstück der Berliner Bewerbung ist der sog. Olympia-Express. Das IOC will aber den Express nicht akzeptieren, wenn dessen Bahnsteige zu dicht an denen der S-Bahn liegen. Also denken die Berliner Olympia-Planer über die Stillegung ganzer S-Bahnstrecken und Straßenzüge während der "Spiele" nach (Morgenpost). Wir sollen also nicht s-Bahn fahren weil das IOC es nicht will. Absurd!
Der Senat nennt uns Gesamtkosten von 4,2 Milliarden DM, bei einem erwarteten Gewinn von 150 Mill. DM. Grundlage dieser Berechnungen sind die Baupreise von 1992. Die Erfahrung zeigt, daß die tatsächlichen Kosten am Ende stets um ein Vielfaches höher liegen: Für München 1972 wurden z.B. 1965 520 Millionen DM veranschlagt; nach 6 Jahren verteuerte sich das Unternehmen Olympia um 400%(!) auf ca.2 Milliarden DM. Für Berlin 2000 gibt es bereits verschiedene Berechnungen: im Deutschlandfunk wurde eine Summe von 30 Milliarden DM genannt.
Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, daß man uns nicht nur in Bezug auf die Finanzierung einen großen, gelben Bären aufbinden will: Die Spiele sollen einen "Entwicklungsschub" für die Stadt bringen, im Straßenbau, Wohnungsbau etc., weil mehr privates Geld in die Stadt fließt, hofft der Senat. Was für ein "Schub" wird das sein, der uns da versprochen wird? Mehr Schnellstraßen statt Busspuren, mehr Sportpaläste statt Turnhallen für jede Schule, mehr Wohnungen für die Reichen statt preisgebundene, bezahlbare Mieten in Häusern, die es schon lange vor 2000 geben müßte. Schon heute fehlen 100.000 Wohnungen.
(So ganz nebenbei: In München standen drei Viertel des olympischen Dorfes drei Jahre lang leer, weil die horrenden Mieten niemand bezahlen konnte. Die ca. 2000 Appartments des olympischen Dorfes in Barcelona werden zu Zeit zu Quadratmeterpreisen zwischen 3000 und 5000 DM als Eigentumswohnungen verkauft.)
Fazit: **Olympia 2000 - ein Bombengeschäft!** Für Bodenspekulanten, Hausbesitzer und Sponsoren wie Daimler Benz, Siemens,Berliner Bank und Telekom. **Olympia 2000 - eine Pleite für die Bevölkerung!**

Anläßlich des IOC - Besuches in Berlin vom 17.04. bis 21.04.92 zur Begutachtung der Stadt veranstalten wir einen

TAXI – KORSO

gegen Olympia 2000

Das Geld für Olympia muß sinnvoller ausgegeben werden:

-für mehr und billigeren Wohnraum!
-für eine bessere soziale und medizinische Versorgung!
-für eine sinnvolle Verkehrsplanung, die den privaten PKW-Verkehr in der Stadt drastisch zurückdrängt und den öffentlichen Personennahverkehr, von dem wir ein Teil sind,fördert.

BERLIN 2000

Wann : am **20.04.92 , um 13 Uhr**
Treffpunkt : **OLYMPISCHER PLATZ**
Route : über Olympische Str., Steuben, Theo, Kantstr., Budapester Str. Stüler Str., Hofjägerallee, Großer Stern, 17.Juni, Brandenburger Tor, Unter den Linden, Friedrichstr., Französische Str., am Hilton vorbei, Leipziger Str., Spandauer Str.
Abschlußkundgebung am **Roten Rathaus oder am Alex.**

Der Korso ist eine angemeldete, also völlig legale Veranstaltung!

Hoffentlich werden wir ganz viele!!!!
Keine olympischen Spiele in Berlin 2000!!!!

TAXISTA

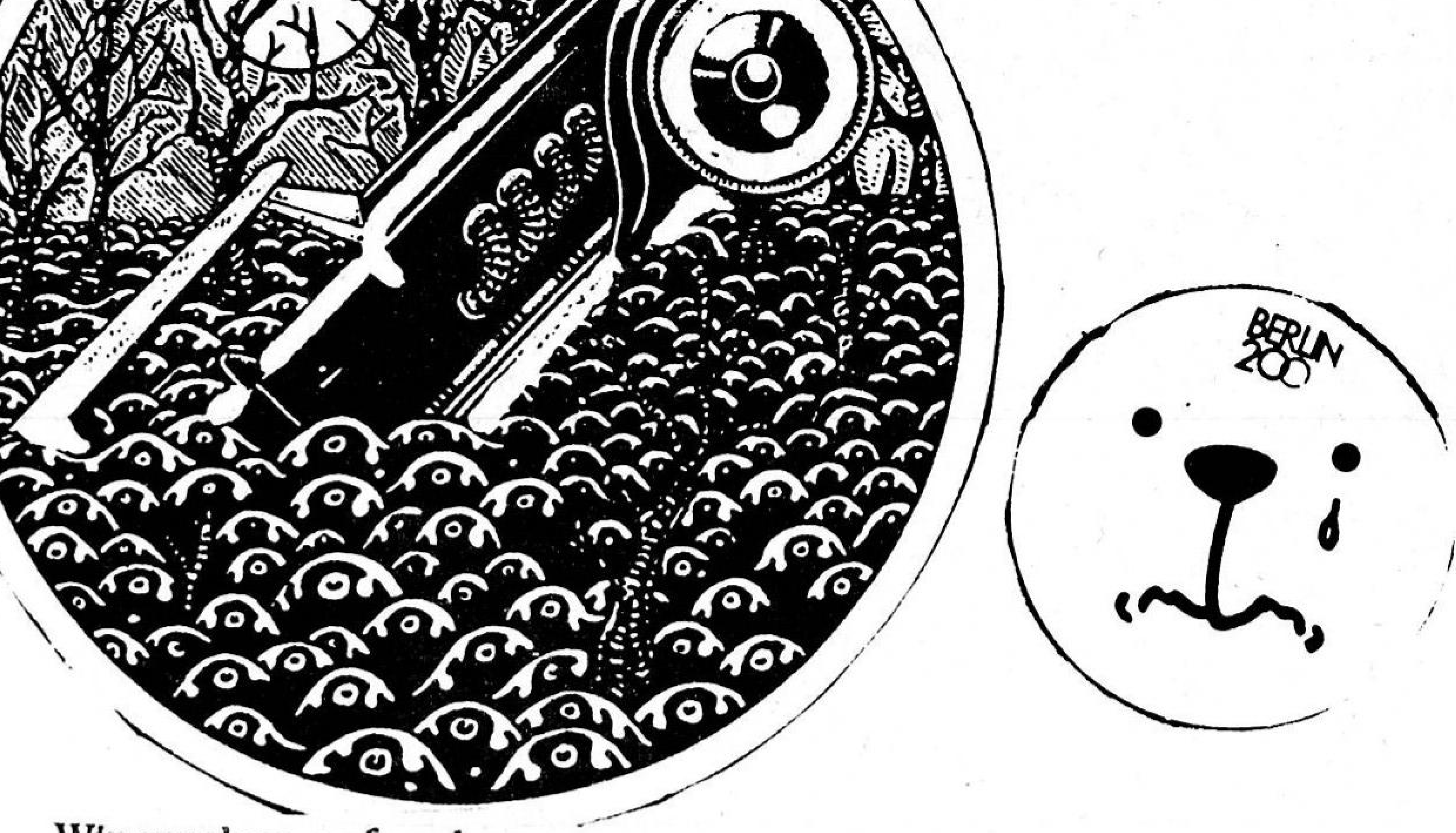


Einen Konzern stoppen
Hüttendorf Anatopia ausbauen und schützen

☮ & Teststrecke verrecke

Nichts Neues: täglich opfert und foltert die Gesellschaft Leben(sgrundlagen) ihrem Konsum-/Profitrausch.
Aber: die Zeit ist vorbei, alles hinzunehmen .
Tägliches Unrecht schreit nach Widerstand !

Seit 2 Jahren ist Anatopia gegen die Mercedesteststrecke unser Ansatz für fundamentale Kritik an lebensverachtenden Verhältnissen.



Wir machen aufmerksam
- auf Zerstörung von Natur (hier im Moor und überall)

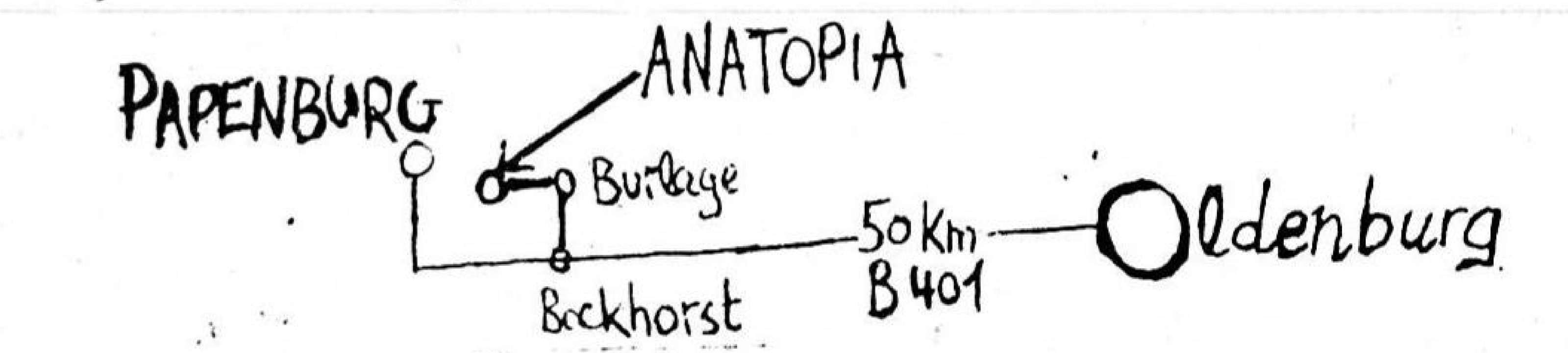
- auf die Rolle von ☮ im 3.Reich und seine Rüstungsproduktion (die Teststrecke ist im Krisenfall größter NATO-Flugplatz Europas)

- auf Hintergründe , die an der Gesellschaft vorbei gehen und Benz als einen der Konzerne entlarven, die in der Welt die Fäden in der Hand halten und die Puppen den Untergangstango tanzen lassen.

VIVA ANATOPIA

Wir versuchen zusammenzuleben ohne die Werte der Gesellschaft wie HERRschaft, Vereinzelung, Rassismus, Sexismus und andere Unterdrückungsformen zu übernehmen.
Das besetzte Land ist einer der wenigen FREIRÄUME wo an Utopien experimentiert werden kann. Unser Alltag in den 20 Wagen und Hütten ist von Widerstand und Zusammensein bestimmt und wird mit einfachsten Mitteln bestritten.
Doch überall wo Menschen gemeinsam für ihre Interessen kämpfen, reagiert der Staat mit seinem Terror (=Räumung).
Machen wir es seinen Bütteln so schwer wie möglich !
Sie können unser Dorf zerstören, aber niemals unsere Träume !!!

So kommt Ihr nach Papenburg:



TRÄUMEN NICHT RÄUMEN

Sobald es konkrete Anzeichen für eine bevorstehende Räumung gibt, werden wir eine Telefonkette in Gang setzen und hierher mobilisieren.
Alle sollen nach ihren Möglichkeiten an den Aktionen zum Erhalt Anatopias teilnehmen können. Vorher sowie Nachher brauchen wir Eure Anteilnahme (auch dort wo Ihr wohnt) !
Am Freitag (sofern 2 Tage Zeit; ansonsten die Woche drauf) nach der Räumung gibts in Hannover eine Demo & Aktionsnachmittag (15 Uhr Kröpcke).
Meldet Euch zum Aufbau von Telefonketten oder wenn Ihr aufgenommen werden wollt !

Wir freuen uns über Viele BesucherInnen
Im Sommer gibts ein Programm & Ausbau
des Dorfes, 24-25.4. ist ein Frauentreffen
und einiges mehr. Am 3. Juli rufen wir zu einer
einer Demogegen
einer Demo gegen die Testste
einer Demo gegen die Teststrecke auf
einer Demo gegen die Teststrecke und für e
ein selbstbestimmtes Leben (Anatopia!).
15 Uhr Papenburg-Unterende. Danach ist
2-Jahre-Besetzungsfeier im Hüttendorf.

Genaueres bei unsrer Adresse:
Anatopia bei Fam.Walker
Spillmannsweg 5
2990 Papenburg

Seid wachsam und vorbereitet !!!

SOLIDARITÄT ist eine WAFFE.

Nochmal- zum letzten Mal: Zu der Diskussion über das Papier der Gießenerinnen (Interim 229, 231, 232, 233) und der daran anschließenden Kritik von "VERS" am "neuen Kurs der RAF sowie Teilen der Gefangenen" (Interim 235), sowie zur Langfassung der Kritik von einem von "VERS" außerhalb dieser Zeitung.

Zum Vorwurf der "patriarchalen Ignoranz":

Ich bin auf den Vorwurf der Frauen aus Gießen, daß die antiimperialistische Bewegung in ihrer Theorie und Praxis mit den patriachalen Strukturen sowohl in der Gesellschaft, als auch in den eigenen Zusammenhängen nicht gebrochen hat, deshalb nicht eingegangen, weil ich denke, daß sie in der Feststellung dieser Tatsache einfach recht haben, und ich mir nicht anmaße, die Schlußfolgerung, die die Frauen daraus ziehen ("unüberwindbarer Interessengegensatz zwischen dem Feminismus und der antiimperialistischen Bewegung") und die ich bedaure, als Mann zu kommentieren oder infragezustellen. Ich kann von mir nicht behaupten besonders viel zur Überwindung der "brachialen Kluft innerhalb der gemischtgeschlechtlichen Linken" beizutragen, anders vielleicht als "marxistisch/leninistisch/feministischen Revolutionäre", obwohl ich Zweifel daran habe, wenn ich mir den doktrinären Stil eures Textes angucke, daß der Feminismus zumindest bei einigen von euch mehr ist, als nur eine rhetorische Geste und ein ideologische Versatzstück im "revolutionären" Modellbaukasten.
Weil ich bei mir selbst davon ausgehen muß, daß ich im Kampf für die Überwindung patriarchaler Strukturen nur insofern eine Rolle spiele, als daß ich mehr passiv als aktiv versuche, den Emanzipationsprozessen von Frauen, da wo ich auf sie treffe, möglichst wenig im Weg zu stehen, was ganz sicher unzureichend und zu kritisieren ist, wäre es mir wie ein paternalistisches Sichanbiedern vorgekommen, wenn ich mich mit solcher Art Inkommpetenz ausgestattet zum Kampf der Frauen geäußert hätte. Ich denke auch, daß sich die Frauen das energisch verbitten würden.

Damit zusammenhängend denke ich, was die These der Gießenerinnen angeht, daß die "neue Politik der RAF und Teilen der Gefangenen einen Rückzug in eine priviligierte männlich-weiße Metropolen-Nische bedeute", daß diese These einen inneren Widerspruch in ihrer gesamten Argumentation wiederspiegelt, denn "zurückziehen" kann man/frau sich ja nur von etwas wo man/frau schon mal war. Aber eben das bestreiten die Gießenerinnen der RAF, Teilen der Gefangenen und der antiimperialistischen Bewegung ja, daß diese jemals ernsthaft außerhalb einer männlich-weißen Metropolen-Nische gekämpft hätten, weshalb sie selbst sich ja aus diesen Zusammenhängen zurückgezogen haben. Sie denunzieren die RAF als sexistisch, rassistisch und patriachal, bestreiten ihr auch über einen internationalistischen, antiimperialistischen, marxistisch-leninistischen Ansatz jemals hinausgekommen zu sein, aber kritisieren gleichzeitig (logisch wäre es, wenn sie es begrüßen-, und wenn sie sich konstruktiv an der Debatte um die Neubestimmung beteiligen würden, wenn ihnen der bewaffnete Kampf so wichtig ist), daß die RAF die Politik des bewaffneten Kampfes grundsätzlich neu und offen zur Diskussion stellt. Es muß also für die Gießenerinnen, ohne daß sie das sagen, doch irgendetwas Positives an der RAF geben. Aus dieser Mischung von grundsätzlicher Ablehnung und von mir vermuteter insgeheimer Erwartung habe ich geschlossen, daß es den Frauen doch lieber wäre, wenn die RAF auf die alte Art weitermachen würde. Deshalb sprach ich von der Funktion als Projektionsfläche, die der RAF dadurch dann meiner Meinung nach zugewiesen werden würde, also dieses halb beklatschende und halb in Grund und Boden tretende distanzierte Verhältnis zwischen Anbietern und Konsumenten einer beliebigen Poltik. Vor diesem Hintergrund kam ich auf den Begriff "Söldnertruppe", also eines rein militärischen Zusammenhangs, dem man/frau keinen politischen-, und wenn dann eh' nur "reformistischen" Gehalt zutraut, die man/frau aber trotzdem ab und zu noch ganz gut findet, wenn einem/einer das Angriffsziel in den eigenen Kram passt, und die man/frau dann auch mit Beifall und Bewunderung für ihre "Leistung" belohnt, nach dem Motto: "Die RAF ist zwar Scheiße, aber Weiterstadt war Spitze!".
Wenn das wirklich alles völlig überinterpretiert ist-, und ich tatsächlich "Scheiße im Kopf" haben sollte, wäre mir das natürlich lieber als umgekehrt.

Zu dem Vorwurf, die Celler würden "pfäffisch über das Soziale unter den Menschen daherschwatzen", und die "gesamte Ausbeutungs- und Gewalthierachie im imperialistischen Patriachat negieren".

So wie ich die Celler verstehe meinen sie mit der Aussage, daß es darum gehe "das Soziale unter den Menschen neu herauszukämpfen", daß angesichts der Zunahme und Beschleunigung von durch die Kapitallogik determinierten gesellschaftlichen Individualisierungs-, Entsolidarisierungs- und Desintegrationsprozessen, mit den bekannten Folgen physischer und psychischer Verelendung, die Notwendigkeit an Bedeutung zugenommen hat, sich gegen diese Tendenzen innerhalb der Strukturen der Linken wie der Gesellschaft überhaupt ein solidarisches, nicht durch die Kapitallogik deformiertes Verhältnis zueinander wieder neu zu erobern. Was ihr dumm-dumpf als "pfäffisch" und "reformistisch" abtut, berührt die schon fast vergessenen-, in den Jahren des vergeblichen, militaristischen Anrennens gegen den "Feind" verdorrten Wurzeln, aus denen die revolutionären Versuche der letzten 20 Jahre ihre Energie geschöpft haben, und führt darauf zurück, daß in jedem Befreiungsprozeß eine Idee davon enthalten-, und soweit wie möglich antizipiert sein muß, wie sich die Träger/innen solcher Prozesse die neuen "sozialen" Strukturen und den Weg zu deren gesellschaftlichen Verallgemeinerung vorstellen. Die RAF hatte eine Vorstellung davon, ohne allerdings jemals die Gelegenheit gehabt zu haben, diese außerhalb der eigenen Struktur konkretisieren zu können ("Kollektivität und Selbstbestimmung sind Struktur und Ziel des Befreiungskampfes.."), der übrigen Linken fehlt, soweit ich das sehe, so eine Vorstellung schon seit langer Zeit.
Das markig-"revolutionäre" "Krieg dem Krieg bis zum Sieg", das einer von euch den Cellern in seinem Text entgegenhält, habe ich selbst schon bis zur Heiserkeit geschrien, und ich könnte mich darüber kaputtlachen, wenn es nicht so traurig wäre, daß ein weiteres Mal Genossen/innen in solchen Plattheiten Zuflucht suchen.

Zum Vorwurf, "Teile der Gefangenen" hätten der "Gewalt abgeschworen", und versucht die Freilassungsforderung als "realistisches Konzept" durch eine "veränderte Haltung zum Staat" durchzusetzen, was als Opportunismus und als Versuch denunziert wird, ein Tauschgeschäft durchzuziehen zu wollen.

Da weiß ich eigentlich nicht mehr, was ich dazu noch sagen soll. Nur soviel: Dreht das doch einfach mal um, was von Irmgard Möller immer wieder als scheinbarer Beleg für diese These zitiert wird:

"...ich kann mir Gewalt im Moment gut vorstellen, sowohl aus der politischen Lage-, als auch von meiner persönlichen Konstitution her", dann müßtet ihr doch sehen, wie wenig die Aussage ihres Satzes mit einer grundsätzlichen Aufgabe des Gebrauchs von Gewalt als potentiellem Mittel in der politischen Auseinandersetzung zu tun hat, sondern daß sie dieses Mittel (genauso wie die RZ, die in diesem Zusammenhang ebenfalls zitiert wird) aus der aktuellen Lage und für ihre eigene Person problematisiert. Mir ist das ein völliges Rätsel, wie ihr und andere so locker über die Problematik der Anwendung von Gewalt hinweggehen können.
Natürlich ging und geht es, und das ist von der RAF und von Teilen der Gefangenen auch klar so gesagt worden, um eine Veränderung der aus verschiedenen Gründen dysfunktional gewordenen kriegsförmigen Konfrontation der RAF zum Staat, auf die sich diese reduziert hatte, nämlich runter von einer Konfrontation, in der der politische Gehalt des Kampfes immer mehr von seinem militärischen Ausdruck überlagert und zerfressen wurde, hin zu einem Verhältnis, in dem der politische Inhalt des Antagonismus überhaupt erst wieder neu ins Zentrum der Auseinandersetzung zurückkommen-, und damit vermittelbar und "anschlußfähig" werden kann.
Aus der politisch zu erkämpfenden, und nicht durch die Preisgabe von nach wie vor gültigen politischen Prinzipien erkauften Rückkehr zu einem zivilen, d.h. nicht mehr kriegsmäßigen Charakter der Konfrontation ergibt sich die logische Forderung nach der Freilassung der faktisch als Kriegsgefangene Inhaftierten. Es ging und geht, meiner Meinung nach, jetzt mit der Forderung nach einer "politischen Lösung" darum, den Satz von Clausewitz, nach der der "Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" ist, umzudrehen, d.h. um die Rückkehr zu einem primär poltischen Umgang mit den nach wie vor antagonistischen Widersprüchen als "Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln".
Daß einer von euch in seinem Text "zivil" mit "gewaltfrei" übersetzt, überrascht mich nicht mehr. Mit dieser Wahrnehmung im Kopf-, mit diesem "Blick über Kimme und Korn", wie Lutz Taufer das nennt, drücken sich die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe ja offensichtlich wirklich als "Klassenkrieg" aus, was ich für eine fatale Fehleinschätzung und für eine Fortsetzung der alten, gescheiterten Frontpolitik halte. Und wenn es mit der gebetsmühlenhaft wiederholten Feststellung, daß die gesellschaftlichen Widersprüche "nur mit Gewalt/durch die gewaltsame Machergreifung" gelöst werden können, nur darum geht, den bewaffneten Kampf als Option für spätere Zeiten zu bewahren, dann ist für mich trotzdem überhaupt nicht erkennbar, welchen produktiven Wert diese Feststellung hat. Mir kommt es so vor, als ob sich diejenigen, die ständig losgelöst von der konkreten Situation von der Notwendigkeit gewaltsamer Auseinandsersetzungen sprechen, in was verrannt haben, und eingebunkert in ihrer Ideologie alles andere nur noch als "Counter" und "Deckung gegen Links" begreifen können.

Zu eurem Vorwurf des "sexistischen Spaltungsversuch", in dem ihr behauptet, ich würde die Gießenerinnen als "hysterisch"-, und die "Frankfurter" als besonnen darstellen, obwohl die inhaltliche Aussage ihrer Texte angeblich gleich sei.

Ich denke, daß der unterschiedliche Charakter der beiden Texte offensichtlich ist. Während die Gießenerinnen mit der RAF und einem Teil der Gefangenen politisch nichts mehr zu tun haben wollen, gehen die "Frankfurter" in ihrem "Messerrückentext" von sich selbst als Teil des Gefangenenkollektivs aus. Entsprechend kritisieren sie die RAF und andere Gefangene von einer Postion aus, die von diesen- und mit diesen noch etwas will. Ihre Kritik läßt Raum zur Antwort. Der tiefe Argwohn und das Mißtrauen, das die "Frankfurter vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in- und mit der antiimperialistischen Bewegung und der RAF in ihren Briefen zum Ausdruck bringen, führt sie nicht dazu ein antagonistisches Verhältnis zu behaupten. Über den Vorwurf des "Reformismus", den sie ausgehend von der Erklärung der RAF vom April '92, lange noch vor der sehr viel ausführlichereren August-Erklärung, anhand der Einschätzung der RAF zur KGT-Initiative-, und ausgehend von der Erklärungen von Karl-Heinz Dellwo zum "Sozialen..." usw. erheben, läßt sich auf dieser Grundlage noch diskutieren, zumal auch hier wieder Mißverständnisse eine Rolle spielen: Zum einen haben die "Frankfurter" gar nicht, wie ihr behauptet, "klar auf den reformistischen Kerngehalt"-, sondern nur auf die Gefahr eines unreflektierten, "undialektischen Umschlagens" der bisherigen-, aus ihrer Sicht falschen Poltik in ihr scheinbares Gegenteil hingewiesen, was etwas anderes ist, und zum anderen verstehen sie Karl-Heinz Dellwo meiner Meinung nach falsch, wenn sie von dem Satz in dem Konkret-Interview, in dem er sagt, daß es ihm mit der RAF darum gegangen ist das Vernichtungsverhältnis des Staates gegenüber Minderheiten usw. aufzubrechen, auf einen reformistischen Staatsbegriff und ein nicht mehr antagonistisches Verhältnis schlußfolgern. So wie ich den Satz verstehe, meint Karl-Heinz einfach, daß es ihm mit der RAF darum ging, dem Vernichtungsverhältnis des Staates nicht mehr einfach nur passiv ausgeliefert zu sein, sondern es dadurch zu durchbrechen,, daß er angefangen hat mit der RAF dagegen anzukämpfen.
Letztendlich, denke ich, liegen die Einschätzungen z.B. zur KGT-Initiative, gar nicht soweit auseinander ("Angriff" vs. "Chance"). Wenn die "Frankfurter" die KGT-Initiative auch primär zu Recht als Angriff interpretieren, sagen sie doch aber auch, daß es "natürlich...trotzden darum gehen (muß), dieses veränderte staatliche Kalkül zu nutzen für die Durchsetzung von Zusammenlegung und Freilassung."(AK 343,S.11) Genau das haben die RAF, die Lübeckerinnen, die Celler, und wir in der Gefangenensolibewegung doch versucht: Aus dem Bewußtsein, daß es sich bei der KGT-Initiative nicht um ein freundliches Entgegenkommen des Staates handelt, dessen Vorstoß trotzdem zu nutzen und umzudrehen für das Ziel der Freilassung der Gefangenen. Daß wir dem staatlichen Kalkül nicht-, wie die "Frankfurter" fordern, mit einer "klaren, offensiven Grundposition" gegenübergetreten sind, ist klar eine Schwäche, die sich im Verlauf des Jahres auch so ausgedrückt hat. Aber woher hätten wir diese Positionen angesichts unserer eigenen desolaten Situation so schnell herkriegen sollen?

Ähnlich wie mit den Texten der "Frankfurter" verhält es sich mit den Erklärungen von Heidi Schulz und Rolf Heißler, die ich nicht kannte, als ich die Texte an die Gießenerinnen und an Anna und Arthur geschrieben habe. Hier tut sich ein Graben auf für dessen Überbrückung wir zur Klärung der Differenzen und zur Produktivmachung der Widersprüche die Freilassung aller Gefangenen aus RAF und Widerstand unbedingt brauchen!







Laßt uns endlich wieder damit anfangen, über uns selbst-, und über unsere gemeinsame Sache zu reden: Den Kampf für die Freiheit der Gefangenen!

Ich denke, daß es offensichtlich ist, daß wir auf dem Weg zur Freiheit der Gefangenen aus RAF und Widerstand einen Schritt weitergehen müssen.

Der Staat intensiviert seine Anstrengungen auf der Ebene der Justiz, die Träger/innen von mehr als zwei Jahrzehnten revolutionärer Politik in der BRD weiterhin auf lange Jahre von jeder Möglichkeit auszuschließen, sich mit den in ihrem Kampf gewonnenen Erfahrungen in den Neufindungs- und Neuformierungsprozeß von systemoppositioneller, antagonistischer Politik in der Linken einzubringen. Das Urteil gegen Christian Klar und die Einleitung neuer Verfahren gegen Heidi Schulz, Rolf-Clemens Wagner, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hoffmann und Eva Haule sprechen eine deutliche Sprache. Rolf Heißler interpretiert diese Verfahren zutreffend als "Legalisierung der Todesstrafe" über das Konstrukt der "Schwere der Schuld".
Wie auch immer wir die KGT-Initiative von Anfang '92 interpretieren, ob mehr als reagierenden Ausdruck konkurrierender Linien im Staatsschutzapparat- oder eher als offensiven, in sich geschlossenen konterrevolutionären Plan: Wir haben es nicht geschafft, für eine neue Mobilisierung zur Freiheit der Gefangenen die Widersprüche im Apparat auszunutzen, bzw. die konterrevolutionäre Absicht der KGT-Initiative umzudrehen. Auf der Grundlage fehlender politischer Orientierungen hat uns die KGT-Initiative im Ergebnis nur weiterhin davon abgehalten, uns selbstständig eine Vorstellung davon zu erarbeiten, wie die Gefangenen befreit werden können. Weil von uns, den Gefangenensoligruppen, nichts Relevantes an Mobilisierung zu den Gefangenen hingekriegt worden ist, konnte die KGT das, was an Diskussion zur Freiheit der Gefangenen im letzten Jahr über die engen Zirkel hinaus neu aufgebrochen war wieder zurück auf die Ebene des "rechtsstaatlichen Umgangs" des Staates gegenüber den Gefangenen und auf die "unabhängige" Zuständigkeit der Gerichte zurückkanalisieren.
Ich denke, daß wir die Forderungen, die wir Anfang '92 formuliert haben (Freilassung der schwer kranken Gefangenen, Einstellung der neuen Verfahren, Zusammenlegung, freie Kommunikation, Freilassung) zuspitzen und verallgemeinern müssen auf die Forderung nach einer Amnestie für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand. Mit dieser Forderung sind wir da, wo diese Fragen entschieden werden: auf der politischen statt der juristischen Ebene.
Die Forderung nach der Amnestie ergibt sich logisch aus dem Versuch der RAF und der Gefangenen, ihre Strategie des bewaffneten Kampfes in der BRD, die in dieser Form aus verschiedenen Gründen schon länger an unüberwindliche Grenzen gestoßen ist, selbstkritisch zu hinterfragen und die Inhalte und Perspektiven von systemantagonistischer Politik grundsätzlich neu zu diskutiern. Für den Zweck dieser Diskussion innerhalb der Linken, die grundsätzliche ein Verhältnis von Offenheit und Gleichberechtigung untereinander erfordert, hat die RAF erklärt, gegenüber dem Staat ein Verhältnis "außerhalb des Krieges" anzustreben, und in der Konsequenz auf gezielt tödliche Angriffe auf Repräsentanten aus Staat und Wirtschaft zunächst zu verzichten. Die Zäsur, der Einschnitt, den die RAF und die Gefangenen aus der Entwicklung ihres Kampfes jetzt vollziehen wollen, kann aber erst vollständig sein, wenn die gefangenen Kämpfer/innen aus der Phase der kriegerischen Konfrontation der RAF zum Staat befreit sind.
Mit der Präzisierung und Zuspitzung der Forderung nach einer "politischen Entscheidung" des Staates in der Gefangenenfrage auf die Forderung nach einer umfassenden Amnestie für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand würden wir dem Staat die Möglichkeit nehmen, bzw. es ihm erschweren, sich selbst eine Variante auszutüfteln und umzusetzen, um z.B. mit Teizugeständnissen und an Unterwerfung gekoppelte Absichtserklärungen den politischen Druck nur ein weiteres Mal lediglich zu kanalisieren und zu spalten, ohne eine qualitative Veränderung herbeiführen zu müssen.
Außerdem könnten wir mit dieser präzisen Forderung sehr viel besser für deren Durchsetzung mobilisieren, wenn wir über die Selbstverständlichkeit hinaus, daß es unser Interesse ist, daß die Gefangenen frei sind, auch sagen können, wie wir uns den Weg dahin vorstellen. So könnten wir eine Grenze überwinden, an die wir schon des öfteren bei Veranstaltungen, in Diskussionen usw. gestoßen sind (daß die Leute schon interessiert daran sind sich für die Freiheit der Gefangenen einzusetzen, aber nicht wissen wie), indem wir ein konkretes Ziel vorschlagen, für das sich jeder und jede in den unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Bereichen, in denen er oder sie lebt und arbeitet, einsetzen kann.

Ich fände es gut, wenn wir darüber ernsthaft diskutieren-, und wenn sich auch andere zu diesem Vorschlag äußern würden!

Grüße an die RAF und das Kommando `Katharina Hammerschmidt`!

Einheit im Kampf für die Freiheit der Gefangenen aus RAF und Widerstand!

8.4.93, Gregor

BERLIN 2000

Die Sprühflasche der Kritik kann die Kritik der Sprühflasche nicht ersetzen!

Wir haben in der Nacht zum 12.4. in Alt-Strahlau eine Gedenkstätte für den Anti-Olympischen Widerstand eingerichtet.

Ein Gedenkstein für Karl Marx wurde von uns mit folgenden Zusatzbemerkungen versehen:

Von Karl Marx lernen heißt:
-Kapitalisten vom IOC in die Spree!
Volxsport statt Olympia!

Noch im Jahre 1837 verzehrte Karl Marx an diese Platz seine selbstgeschmierten Butterstullen. Über 50 Jahre später blieben diese dann schon dei Buddelmakern, angesichts beschissener Arbeitsbedingen, im Hals stecken. Kurzerhand organisier sie einen landesweiten Streik gegen die Kapitalist. Im Rahmen von Olympia ist nun geplant, Alt-Strahlau für Luxus-Wohnlager umzustrukturieren. Wir sollen dann von dieser lauschigen Stelle vertrieben werden.

Aber das lassen wir uns nicht gefallen!
Hände weg von Alt-Strahlau!
"Bisher hat das IOC die Olympia-Orte nur verschieden ausgewählt.
Es kommt aber darauf an, sowohl das IOC als auch die Olympiade abzuschaffen!"

Die Sprühbuddelmakerinnen



~~Olympia~~
+ Geldgier
1 Haufen Kohle : die Reichen ↗ die Armen ärmer

Wir bannen den größten
anzunehmenden BauSkandal.
Selbsthilfe gegen Mietspekulation
Verträge für die,
die sie wollen!
15% Selbsthilfeanteil
für Alle besetzten Häuser!
Die Häuser denen,
die drin wohnen!

VOODOO - WORKSHOP
"den NAGEL auf den
Kopf treffen!"
hämmer + nägel
balken + trommeln
bitte mitbringen!

KEIN INNENSTADTRING

YIPPIE!

Solidarpakt, HA, HA, HA!
Kapitalismus heißt:
das GrundGesetz so teuer
wie möglich verkaufen!

Art. 16 bleibt, weil viel gut
KEINE WEITEREN ABSCHIEBUNGEN
Wahlrecht für Alle
GEGEN gewalt.
der kampf geht
WEITER STATT
deutschland.
stasi = verfassungsschutz
the harder they come
the harder they fall

Wir bekämpfen Euren Krieg

make LOVE not WAR!
INSUMISSION
autonomie heißt
selbstbestimmung

Kein Pulver
No guns!
No more BullShit
hanf legalisieren jetzt!

RAUS AUS DEM GHETTO!
RAINBOW warriors back in town &
Der Regenbogen zeigt das
Spektrum des Lichts
in seiner ganzen Breite.
αναρχία

KEINE MACHT FÜR NIEMAND
1. Mai bis 2. Juni
что делать ?
do the right thing
früher aufstehen!
Wir
Bleiben
Alle

Jesus war ein Hippie.
punx not dead,
it just smells funny.
die Widersprüche sind
der motor der revolution.
HAUPTSACHE, daneben
ALLES KLAR!
wenn ein Versuch
beim ersten Mal klappt,
liegt der Fehler tiefer.

Wer Wunder hofft, stärke seinen Glauben
We can be MAGIC, if We start to break FREE

WALPURGISNACHT

Es lebe das multikulturelle Chaos
Freiheit ist immer auch die
Freiheit der Andersdenkenden.
Es gibt Sachen, die muß frau nur 1000X sagen.

Für ein freies und selbstbestimmtes Leben aller Frauen überall!

ROTES RATHAUS
Lautstark + Farbenfroh

GROSSE BELAGERUNG

Alles mitbringen!
Kerzen + Brennholz
Pauken + Trompeten
Wasser + Farben
Zelte + Besen
die anderen
erst kommt das fressen
dann kommt die moral
VORWÄRTS und NICHTS vergessen!

بسم الله الرحمن الرحيم
Miethaie zu Fischstäbchen
Kohl zu Rouladen
Nazis RAUS
Samaranch RUA
diepgen, hau ab
Regierung uffn Mond!

Hexen aller Länder
Sprengt den FraktionsZwang

Wenn die Nacht am tiefsten
ist der Tag am nächsten!
Da werden Weiber zu Hyänen
und treiben mit Entsetzen Scherz.
Wir lachen euch tot

die kleine hexe bittet um NachDruck!

Infotelefon Info zum 20.04. und überhaupt

Ein Teil der Infotelefone in Berlin arbeite
zum 20.04. enger zusammen um einen guten und
verbindlichen Informationsfluß zu gewährleisten

Wir wollen am 20.04. und an dem Wochenende davor
sicherstellen, daß Infos über Angriffe, Feten oder
sonstiges der Faschos schnell weitergegeben werden
können und eine schnelle Mobilisierung über Ketten
und Infostellen möglich ist.
Dazu ist es wichtig, daß die Gruppen und Fahrwachen die
unterwegs sind die Telefone nutzen und sich vorher verbindlic
mit uns absprechen um Falschmeldungen und mögliche Störaktionen
der Faschos auszuschließen.

Ruft uns also in den nächsten Tagen an um alles weitere genauer zu
besprechen. Auch Gruppen die im Moment noch keine genaue Vorstellung
was sie machen wollen, können anrufen.
Wir werden unsere Absprachen sicher nicht übers Telefon machen
sondern dann eine andere Möglichkeit finden, also ruft uns an.

Folgende Nummern könnt ihr anrufen:

A I T Antifa Info Telefon	786 59 17	Bürozeiten Mi.17-20:00 ansonsten läuft das Band
Baobab	426 94 51	Do.17-20:00
SOS-Infotelefon	251 22 77	Fr. + Sa. 16-4:00 So. 18-24:00

7865917 - 4269451 - 2512277 - 7865917 - 4269451 - 2512277

Zum 20.04. stehen bisher folgende Zeiten fest:

Baobab - Mo.den 19.04 12-20:00
Di.den 20.04. 12-2:00
A I T - über Band
SOS -Infotelefon
am Wochenende vorher wie oben
Mo. 16-2:00
Di.20.04. 12-2:00

SOS - INFOTELEFON

Meldet uns Fascho- Aktivitäten, Überfälle usw.

Wir sammeln die Infos, recherchieren, geben sie weiter, wir mobilisieren und koordinieren Schutz- und Fahrwachen.

Schaut nicht weg!
Greift ein!
Ruft uns an!

030 / 251 22 77

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

FREITAG 16.4.

20.00 Veranstaltung zu 500 Jahre Conquista/EXPO/Flüchtlingspolitik Festung Europa aus "spanischer" Sicht

22.00 Konzert mit Maniatica und Alloraliglesia aus Valencia/Villena Melodic Punk/ HC

im Sportlertreff
Schönhauser Allee 21
Prenzlauer Berg



Aktionstage gegen das IOC vom 17.4.-20.4.93

täglich um 22.00 Uhr:

"Trommelfeuer gegen das IOC"

trommeln, pfeifen, lärmen,...

Ort: Grand-Hotel (Friedrichstr./Behrenstr.)

- Utensilien bitte selbst mitbringen -

- letzte Infos auf der AKKraak-Fete am 17.4. im SO36 -



FREITAG 16.4.

Veranstaltung

Zerschlagt den rassistischen Konsens der "Ausländerfreunde" !

und

Informationen zum "Tag X" in Bonn (Asylrechtsänderung)

Cafe Clash
Uferstr. 13
1000 Berlin 65 - Wedding
(U-Bhf. Pankstraße)

Freitag: 16.April 93 19.30 Uhr

InteressentInnen sind herzlich eingeladen !

Ökologische Linke (ÖkoLi)

SONNTAG 18.4.

AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage

Filme + Vorträge + Diskussionen

18.April
Demonstration
gegen Olympia 2000 in Berlin
15.00 Uhr U-Bhf Kochstr.
danach um 18 Uhr:
Infoveranstaltung:
Das schwarz-braune Netzwerk in Berlin:
Das Zusammenwirken von
UnionspolitikerInnen, Rechtsintellektuellen
und dem schlagenden Arm der
rechtsextremen Bewegung.

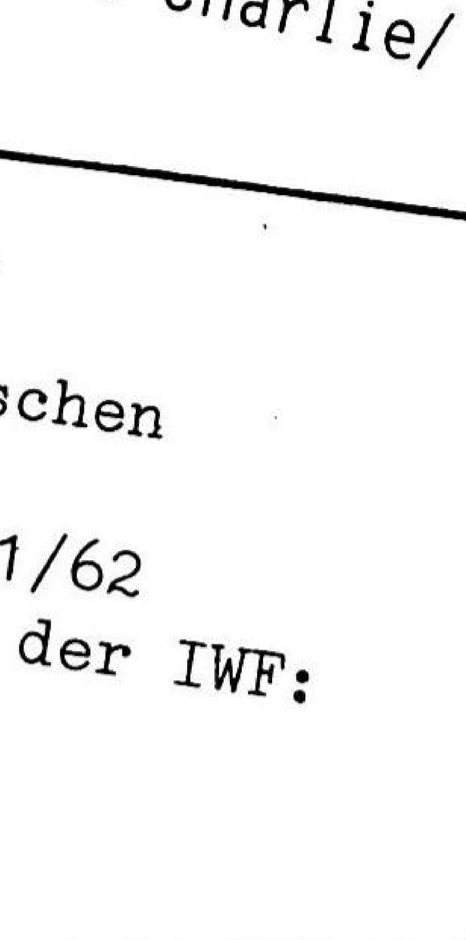
Café + Broschüren + Bücher

Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat
jeweils ab 17 Uhr



SONNTAG 18.4.

Sonntag, 18.4.93, **15.00 Uhr**
...8...9...aus! knock out Olympia!
Anti-Olympia-Demo: Treffpunkt Checkpoint Charlie/
U-Bahn Kochstraße



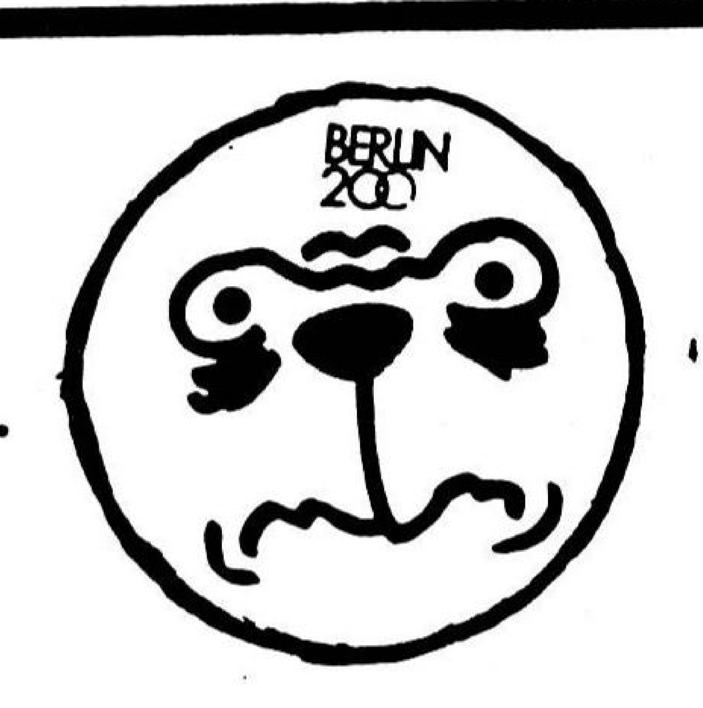
SONNTAG 18.4.

Seminarreihe zur politischen
Ökonomie 4.Teil
12.00 LAZ,Crellestr.22, 1/62
Währung,Verschuldung und der IWF:

NOlympic Radio 105,6 Mhz 19 Uhr
17.,18.,19.4.93

Montag 19.4.

Montag, 19.4.93, **18.30 Uhr**
NOlympia-Fahrrad-Demo rund ums IOC.
Treffpunkt: Alex (Weltzeituhr)



DIENSTAG 20.4.

20.4.: X-B-Liebig (Liebigstr. 34, Friedrichshain) offen ab 21:00,
VoKü ab 22:00, Filme usw. ab 0:00.

DIENSTAG 20.4.

TAXI – KORSO
gegen Olympia 2000

Wann : am **20.04.92** , um **13 Uhr**
Treffpunkt : **OLYMPISCHER PLATZ**
Route : über Olympische Str., Steuben, Theo, Kantstr., Budapester Str.
Stüler Str., Hofjägerallee, Großer Stern, 17.Juni, Brandenburger Tor,
Unter den Linden, Friedrichstr., Französische Str., am Hilton vorbei,
Leipziger Str., Spandauer Str.
Abschlußkundgebung am **Roten Rathaus oder am Alex.**

DONNERSTAG 22.4.


Treffen für die Männer aus Berlin, die bei den Libertären Tagen
93 in Frankfurt waren .: Do. 22.4.93 im blauen Salon 20 Uhr

(Mehringhof)

DONNERSTAG 22.4.

21.00 Clash, Uferstr.13 1/65
Frauen/Lesbenabend mit Video-Film:
Stripped Bare, San Francisco, USA, 1988, 60 min.
mit eingesprochener deutscher Übersetzung
Film über Frauen/Lesben, die in verschiedenen
Bereichen der Sexindustrie arbeiten. **women only !**

Volxsport statt Olympia



BERLIN 2000
POLIZEI
BERLIN 2000
Olympia
BERLIN 2000
BERLIN 2000
BERLIN 2000
BERLIN 2000
BERLIN 2000
STADTRING!
OVERTREEBRIDGEINFOLADEN
BERLIN 2000
OLYMPIA IST UNS ERSPART GEBLIEBEN
Straßenfest Oberbaumbrücke
-Versenkung eines Spekulanten-
-Essen+Musik
Daimler!
KEIN INNENSTADTRING!
Alptraum Auto Abschaffen